

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Körper

Wer heute auf vierzig Jahre Kalten Krieg zurückschaut, muß feststellen, daß diese Periode zu lange den Blick auf das verstellte, was die Welt in den kommenden Jahren und Jahrzehnten tief verändern wird.

Im Dezember 1988 sprach Michail Gorbatschow vor den Vereinten Nationen von den großen "Menschheitsfragen"; wenig später beim April-Gipfel 1989 wiesen die NATO-Häupter auf die "global challenges", die weltweiten Herausforderungen hin. Beide Seiten meinten auf russisch und englisch im wesentlichen dasselbe: Ost und West treiben gemeinsam in eine existentielle Krise, die sich zusammenfügt aus Übervölkerung großer Teile der Welt, Massenarmut, Naturzerstörung und Ressourcenknappheit.

Die neuen Völkerwanderungen, mit denen wir uns hier beschäftigen, sind Konsequenz dieser Krisenelemente. Die Ursachen liegen größtenteils jenseits jener Industriestaaten, die ihr Schicksal aus eigener Kraft meistern können; aber die Folgen werden den industriellen Demokratien zum Schicksal werden.

Seit vielen Jahren registriert Westeuropa jährlich eine Zuwanderung von fast 800.000 Menschen; die meisten davon kommen nach Deutschland. 1991 waren es bereits 256.000, viele aus dem zerfallenen Jugoslawien und aus dem zwischen Diktatur und Demokratie schwankenden Rumänien. Dazu kamen noch einmal über 200.000 ethnische Deutsche aus den Ländern der Sowjetunion, aus Polen und dem übrigen Osteuropa. Osteuropa von Oder und Neiße bis zum Ural kann für die Deutschen zum Schicksal werden, so wie das Mittelmeer für die südlichen Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

Die Vorzeichen sind überall zu sehen und zu spüren. In Italien leben bereits zwei Millionen Zuwanderer aus dem Süden; in Frankreich hat sich eine Protestbewegung am rechten Flügel gebildet. Aber es gibt kein geteiltes Europa, eines, das nach Osten, und eines, das nach Süden schaut: Es gibt nur ein Europa, oder es wird keines geben.

Dieses Europa wird wirtschaftlich und sozial bald nicht mehr aus Nationalstaaten bestehen, und so müssen die Sorgen der Deutschen auch die Sorgen der Franzosen sein und umgekehrt. Somit wird das schöne "Schengenland" nicht lange dauern, und ohne den freien Verkehr der Menschen im Vereinten Europa gibt es auf Dauer auch nicht den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen.

Es steht viel auf dem Spiel. Für jenes Europa ohne Grenzen, das jetzt im Entstehen ist, sind die Völkerwanderungen dieser Zeit beides: sowohl eine große Bedrohung als auch eine noch größere Aufgabe. Denn hinter den Umbrüchen Europas und den Aufbrüchen der islamischen Welt zeichnen sich Bevölkerungsexplosionen ab, die katastrophal zu nennen keine Übertreibung ist.

Der Bevölkerungsbericht der Vereinten Nationen von 1990 stellt folgende Diagnose: "Das schnelle Bevölkerungswachstum in den armen Ländern hat bereits begonnen, die Erde unwiderruflich zu verändern. Diese Veränderungen werden in den 90er Jahren ein kritisches Ausmaß erreichen. Zu Beginn der 90er Jahre müssen wir uns für konsequente Maßnahmen entscheiden, um das Bevölkerungswachstum aufzuhalten, die Armut zu bekämpfen und die Umwelt zu schützen. Andernfalls können wir unseren Kindern nur ein vergiftetes Erbe hinterlassen."

Leider haben auch die Vereinten Nationen nicht das Patentrezept, und man muß befürchten, daß es keines gibt. Es wird statt dessen viele Einzelmaßnahmen geben müssen, die vielleicht in ihrer Gesamtheit der Menschheit das Überleben sichern. Als der Bericht der Vereinten Nationen im Sommer 1990 erschien, wurde die Weltbevölkerung auf 5,3 Milliarden Menschen beziffert. Inzwischen sind bis jetzt 150 Millionen Menschen dazugekommen; bis zum Ende des Jahrhunderts werden es rund 1000 Millionen Menschen mehr sein. Das sind noch einmal soviel wie die Bevölkerung Chinas.

Die industriellen Demokratien befinden sich heute mitten in einer existentiellen Herausforderung ihrer moralischen und materiellen Existenz. Wenn diese Demokratien an polizeiliche Abwehr denken, so

dürfen sie nicht vergessen, daß diese immer zu spät kommt und daß das nur eine letzte Abwehr sein kann.

Zuerst und vor allem geht es darum, die Ursachen zu analysieren und an ihnen mit der Abhilfe anzusetzen. Das ist nicht nur menschenfreundlich, nicht nur Appell an Edelmut und Opferbereitschaft. Es ist längst aufgeklärtes Selbstinteresse und erweiterte Sicherheitspolitik. Die Vorstellung, Europa könne sich um sich selbst kümmern, während große Teile der Welt verkommen, ist nicht realistisch. Wenn nichts geschieht, werden große Teile der Elendswelt aufbrechen und nicht erst höflich an unsere Tür klopfen und um Einlaß bitten.

Was heute noch ein Wind ist, kann bald zum Sturm werden. Wenn die großen Völkerwanderungen erst einmal unterwegs sind, ist es längst zu spät. In nationalen Alleingängen werden die Europäer nicht mehr viel erreichen. Auch deshalb ist das vereinte Europa eine Notwendigkeit.

Europa muß sich zuerst in der gemeinsamen Analyse und der Definition der Aufgabe und dann an ihrer differenzierten Lösung bewähren. Dieser Aufgabe vorzuarbeiten, ist der Zweck unseres Zusammenseins. Ich wünsche uns, daß wir am Ende dieser zwei Tage genauer wissen, was zu tun ist, und daß wir es gemeinsam tun.

Herrn Brandt und Herrn Delors, der erst heute nachmittag zu uns kommen kann, möchte ich für ihre Bereitschaft danken, uns in unsere heutige Debatte einzuführen. Herrn Botschafter Sudhoffsage ich Dank, daß er uns seine Residenz, das wunderschöne Palais Beauharnais, für unser Gespräch zur Verfügung gestellt hat.

Bevor ich Herrn Kaiser die Leitung der Diskussion in die bewährten Hände lege, möchte ich Sie alle aus einem für mich schmerzlichen Anlaß um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Am 16. Dezember des vergangenen Jahres ist Dr. Gerhard Böhme verstorben, der über 30 Jahre lang die Geschicke des Bergedorfer Gesprächskreises wesentlich mitbestimmt und entscheidend geprägt hat. Auch unsere heutige Tagung wurde von ihm vorbereitet. Alle, die ihn gekannt haben, werden verstehen, wenn ich sage: Die Geschichte des Bergedorfer Gesprächskreises kann ohne den Einsatz und das Wirken von Herrn Böhme nicht geschrieben werden. Dafür sage ich ihm meinen tiefempfundenen Dank.

## Kaiser

Insbesondere Frankreich und Deutschland haben in ihrer Geschichte immer wieder Einwanderungswellen erlebt und sind in ihrer Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich davon geprägt worden. Beide Länder haben also eine Tradition zur Aufnahme von Fremden. Doch heute wird dies zunehmend zu einem Problem. Das Ende des Kalten Krieges hat uns in vieler Hinsicht von Hemmnissen befreit, Barrieren sind niedergerissen worden. Unsere Gesellschaften sind indes auch mehr denn je herausgefordert, sich Menschen aus anderen Ländern in einer bisher nie dagewesenen Weise zu öffnen.

Herr Körber hat zu Recht betont, daß der Kalte Krieg unseren Blick für Probleme verstellt hatte, die sich schon lange abzeichneten und die durch das Ende des Ost-WestKonfliktes überhaupt nicht gelöst worden sind. Ganz im Gegenteil, sie werden jetzt erst sichtbar und wirken sich sowohl auf die Beziehungen zwischen den Ländern als auch auf die innergesellschaftlichen Entwicklungen vehement aus. Den möglichen Konsequenzen daraus wollen wir hier nachgehen und politische Antworten zu skizzieren suchen.

Herr Körber hat darauf hingewiesen, daß dies keine separaten nationalen Probleme mehr sind. Wir leben alle zusammen in einem vernetzten System. Wir reagieren aufeinander; wir sind zusammengeschlossen, vor allem innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Wir sind gespannt, was ein Staatsmann zu dieser Fragestellung zu sagen hat, der mit der von ihm eingeleiteten Deutschland- und Ostpolitik wesentlich zum Ende des Kalten Krieges beigetragen hat. Herr Brandt, Sie haben das Wort.

## Brandt

Ich denke, es ist realistisch, davon auszugehen, daß Westeuropa - um mich erst einmal auf diesen Teil des Kontinents zu beschränken - auf absehbare Zeit unter Zuwanderungsdruck bleiben wird. Die Problemlage im östlichen Teil des Kontinents macht dies wahrscheinlich; ebenso aber auch die Lebensumstände in einer Vielzahl von Ländern südlich Europas. Also, que faire? Was tun?

I.

Zunächst möchte ich einen Hinweis zur Versachlichung der Debatte geben: Wanderungsbewegungen, das klang bei Herrn Körber und Herrn Kaiser schon an, die in gemäßigttem Umfang ablaufen, sind ja wirtschaftlich und kulturell nicht negativ, sondern durchaus positiv zu bewerten. Sie bringen Gewinn im direkten und übertragenen Sinne des Wortes. Wenn die Zahlen jedoch explodieren, werden Migrationsströme zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Belastung, übrigens auch für die Herkunftsländer, wo der Weggang von eher unternehmerischen Menschen zu lähmender Hoffnungslosigkeit beiträgt.

Meines Erachtens sollte stärker ins öffentliche Bewußtsein gehoben werden, daß Wanderungsbewegungen nicht nur eine europäische, sondern eine weltweite Herausforderung geworden sind. Die Migrationsbelastungen in den Armutregionen Afrikas und Asiens sind noch ungleich größer als in Europa, und von den Leidtragenden dortiger Bürgerkriege und Hungersnöte haben nur wenige Europa erreicht.

Angesichts des regional unausgewogenen Bevölkerungswachstums, der ungleichen Ressourcen und mithin ungleichen Entwicklungschancen kann wenig Zweifel bestehen, daß Migration zukünftig ein kritischer Gegenstand der internationalen Beziehungen sein wird. Durch Massenarmut, Umweltzerstörung und Unterdrückung werden Menschen auf die Flucht getrieben. Die daraus erwachsenden Krisen sind gleichsam "vorprogrammiert".

Trotzdem möchte ich einer Entdramatisierung gegenwärtiger europäischer Auseinandersetzungen das Wort reden. Denn obwohl Trendanalysen wenig Anlaß zu blauäugigem Zukunftsoptimismus geben, macht es aus meiner Sicht wenig Sinn, durch Horrorszenarios Zukunftsängste zu erzeugen. Gleichwohl, was immer die grob geschätzten Zahlen ausreisewilliger Osteuropäer und Nordafrikaner wert sein mögen, es besteht aller Grund für politische Vorsorge. Denn aufgrund der extrem ungleichen Lebensbedingungen haben wir mit einem Anschwellen der Wanderungsströme zu rechnen.

Deshalb sollten wir erstens mehr tun, damit Menschen in ihrer angestammten Heimat bleiben können und auch wollen.

Wir sollten uns zweitens und gleichzeitig auf ein Zusammenleben mit mehr Ausländern einrichten. Dazu gehört dann ein energisches Angehen gegen Neigungen zur Fremdenfeindlichkeit.

Und drittens sollten wir über eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik nicht nur reden, sondern mit Nachdruck dafür sorgen, daß sie Wirklichkeit wird, und zwar rascher als es heute den Anschein hat.

II.

Wenn ich mit dem letzten Punkt beginne, so deshalb, weil - wider vollmundige Vorankündigungen - beim Europäischen Rat in Maastricht in dieser Frage in Wirklichkeit nichts nach vorn bewegt worden ist. Von gemeinschaftlichen, das heißt durch die Kommission wahrzunehmenden Kompetenzen war jedenfalls keine Rede. Und lassen Sie mich meinen Eindruck hinzufügen, daß offenkundig manche auch in der Ausländer- und Asylpolitik den interregionalen Lastenausgleich eher fürchten und ihm zumindest noch auszuweichen trachten. So bleibt es bis auf weiteres bei der mühseligen Koordinierung der migrationsrelevanten Innen- und Rechtspolitik. Als Folge der fehlenden Richtlinienkompetenz ist ein erheblicher Zeitverlust unvermeidlich.

Nun weiß ich wohl: Absprachen über kontrolltechnische Maßnahmen sind nicht ohne Bedeutung. Von wirklichem Fortschritt kann jedoch erst gesprochen werden, wenn das nationale Asylrecht der Zwölf - ich sage noch der Zwölf; aber es gilt dann natürlich für die erweiterte Gemeinschaft gleichermaßen - endlich harmonisiert ist und wenn wir eine EG-weite Einwanderungspolitik haben werden.

Ein Streit darüber, ob (West-)Europa überhaupt Einwanderungsregion sei oder werden solle, ist wirklich überflüssig. Wir sind es längst. Und wegen der externen und internen Rahmenbedingungen werden wir es nolens volens auch bleiben:

- Zum einen kennen wir die schwierige Situation in den Nachbarregionen; und im Osten würde unsere Abschottung - nachdem der Eiserne Vorhang gerade weggeräumt wurde - als zynisch verstanden werden.

- Zum anderen ist bekannt, daß die Bevölkerungszahlen in den reichen Ländern Europas rückläufig sind und die Alterspyramide zunehmend ins Rutschen kommt. Wirtschaftsdemographen empfehlen daher aus guten Gründen die Zuwanderung junger Menschen.

Aus diesen und anderen Gründen sollten wir recht bald zu einem europäischen Konsens über das Wie vernünftiger gemeinsamer Regelungen gelangen. Wie Zuwanderung geregelt werden kann, mag zum Teil an Erfahrungen außereuropäischer Einwanderungsländer ermessen werden. Den Rat der Experten brauchen wir gewiß zur Beantwortung der Frage, ob - zusätzlich zur Anerkennung von "klassischen" Fluchtgründen, was im deutschen Fall das Grundgesetz vorschreibt - Quoten der richtige Ansatz für die Aufnahme sind. Quoten nach erweiterten Härtefällen, nach berufsspezifischen oder regionalen Gesichtspunkten. Ich sage das so offen, weil es keinen Sinn hat, vor diesem Punkt die Augen zu verschließen. Das heißt, zu den sogenannten klassischen Flüchtlingen kommen die vorgenannten Orientierungspunkte hinzu. Die Frage ist, wie man diese gewichtet und wieviel man sich zutraut.

Wenn das europäische Bürgerrecht kommt - und das wird der Fall sein - müssen wir Schritte in Richtung auf ein gemeinsames europäisches Ausländer- und Asylrecht machen, wenn nicht schon gemacht haben. Ich will jetzt nicht von dem spezifisch deutschen Problem sprechen; davon wird sicher noch die Rede sein, wenn ich mein Gegenüber, den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, sehe. Aber wir haben davon auszugehen, daß unsere Aufnahmekapazität begrenzt ist. Europa ist nun einmal viel dichter besiedelt als Amerika oder Australien. Überdies weiß jeder, der dort hinter die Fassaden geschaut hat, daß die sogenannten Schmelztiegel auch kalt sein oder werden können.

Wollte man, was vernünftig wäre, die europäische Aufnahme an die objektive Integrationskraft der EG und Noch-EFTA-Staaten koppeln, so wäre wenig gewonnen, denn die subjektive Bereitschaft zur Integration ist eher unterentwickelt. Wir kennen die sich in einer Mehrzahl von Ländern häufenden fremdenfeindlichen Stimmungen, ja Exzesse. Ich kann nur empfehlen, ihnen mit gebotener Energie zu begegnen und sich um jede mögliche Aufklärung auch dann zu bemühen, wenn man nicht gleich genügend Gehör damit findet.

Aber von den Exzessen abgesehen, zweifellos sind auch Mehrheiten, zumindest in einigen unserer Länder, nach heutigem Stand der Ansicht, daß durch eine hohe und oft unerwartet rapide Zuwanderung große Belastungen entstanden sind. Im deutschen Fall besonders durch die gleichzeitige Zuwanderung von Aussiedlern und Asylbewerbern. Von Aussiedlern sprechen wir bei Menschen deutscher Herkunft, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Das Deutsche Rote Kreuz

geht allein bei dieser Kategorie vielleicht etwas übertrieben - immerhin von zwei Millionen Menschen aus, die auf gepackten Koffern sitzen.

Es wäre abwegig, die tatsächlich beträchtlichen Probleme auf kommunaler Ebene, auf der Ebene der Städte und Gemeinden, kleinreden zu wollen. Den politisch Verantwortlichen kann nur geraten werden, ihr Hauptaugenmerk auf konkrete Engpässe, besonders des Wohnungs- und Arbeitsmarktes, zu richten, obwohl in aller Regel die akuten Probleme dort überwiegend nicht durch die Zuwanderer entstanden, allerdings häufig verstärkt worden sind.

III.

Weil selbst beim besten Willen weder die jetzige noch die sich erweiternde Europäische Gemeinschaft allen Geplagten dieser Erde zur Heimstatt werden kann, gilt es, ernsthafter, als ich bisher zu erkennen vermag, über meinen ersten Punkt nachzudenken, nämlich: Was kann Europa leisten, damit Menschen in ihrer Heimat bleiben wollen? Dabei hege ich nicht die Illusion, mit wenig Geld und vielen guten Worten sei alles getan.

Immerhin, gute Projekte im Rahmen der Entwicklungs-Zusammenarbeit, von denen es mehr gibt, als weithin vermutet wird, bleiben wichtig; und manche Maßnahme, die sich in den Ländern des Südens bewährt hat, kann auch für Länder im Osten hilfreich sein. Noch wichtiger jedoch sind umfassende Programme zur Beschleunigung und zur sozialen Abfederung von Strukturreformen in den Herkunftsländern. Dabei ist meiner Beobachtung nach die begründete Hoffnung auf lohnende Perspektiven fast noch wichtiger als der unmittelbar abzulesende Ertrag, wenn die Menschen das Gefühl haben, es verändert sich etwas; es bleibt nicht alles so in der Schwebelage, wie sie es gegenwärtig erleben.

Wenn von Strukturreform die Rede ist, sollten wir auch selbst zu solchen Anpassungsleistungen bereit sein, die Osteuropa, aber auch anderen Teilen der Welt, bessere Entwicklungschancen eröffnen. Ohne hier in Details zu gehen: Wir haben in der Verschuldungsfrage, in der EG-Agrarmarktpolitik oder in den Energie- und Umweltbereichen noch längst nicht unsere Hausaufgaben erledigt.

Was das Finanzielle angeht, werde ich zu denen gehören, die weiterhin darauf insistieren, die durch das Ende des Kalten Krieges greifbare Friedensdividende nicht nur an der jeweiligen "Heimatfront" zu verteilen. Und was das Immaterielle betrifft, so sind die Möglichkeiten für Technologie- und Wissenstransfers bei weitem nicht ausgeschöpft. Da es um global verträgliche Entwicklung gehen sollte, haben wir nicht die Wahl zwischen Hinwendung zum Osten oder zum Süden, sondern, so schwierig das ist, wir müssen das eine tun und dürfen das andere nicht lassen.

Sicherlich macht Arbeitsteilung guten Sinn. Für rechtsrheinische Europäer liegen nun einmal Polen und Rußland näher als Nordafrika; für linksrheinische Mittelmeeranrainer stellt sich das eher umgekehrt dar. Hier kennt man sich auch besser aus in der Beurteilung unterschiedlicher Formen von islamischem Fundamentalismus und inwieweit er Wanderungsbewegungen beeinflusst. Ich bin besonders gespannt darauf, von den französischen Teilnehmern zu diesem Thema etwas zu hören. Wo immer möglich, sollten wir soviel wie möglich gemeinschaftlich angehen, damit gar nicht erst der Verdacht aufkommt, hier würden "Claims" abgesteckt. Und damit wir die Hunger- und Armutregionen im südlichen Afrika, in Asien und Lateinamerika nicht aus dem Auge verlieren, werden uns (hoffentlich bald) gestärkte Vereinte Nationen an das erinnern, was der neue Generalsekretär zu Recht als unsere weltweite Mitverantwortung bezeichnet.

Ich denke nicht nur an den wahrlich nicht einfachen Abbau der Wohlstandsgefälle auf der Nord-Süd- und West-Ost-Achse. Um den Abwanderungsdruck zu mindern, bedarf es gleichermaßen der Verhinderung von Gewalt und der Achtung der Menschenrechte, die vielerorts weiterhin mit Füßen getreten werden. Offenkundig verstehen manch Mächtige nur Gegendruck und Sanktionsmaßnahmen. Ohne die bitteren Lehren am Golf, vor allem nach dem Golfkrieg, und auf dem Balkan zu verallgemeinern, muß wohl in manchen Fällen der "Link" zwischen wirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Kreditwürdigkeit enger geknüpft werden.

Nichts führt schließlich an der Erkenntnis vorbei, daß eine große Menschheitsaufgabe darin besteht, die wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und politischen Verhältnisse so verändern zu helfen, daß die Ursachen von massenhafter Abwanderung, auch von erzwungener individueller Flucht, beseitigt werden. Auch wenn man weiß, daß dies eine Aufgabe von Generationen ist, lohnt es sich allemal, mit dem zu beginnen, was heute möglich ist.

Ich habe mich zu diesem Thema hierin Paris nicht äußern können, ohne mich der Tatsache zu erinnern, daß ich selbst Flüchtling war, als ich in den dreißiger Jahren mehrfach in diese Stadt kam. Und ich darf in aller Offenheit hinzufügen: So sehr sich mir unauslöschlich hier erfahrene

Gastfreundschaft eingeprägt hat - wenn natürlich nicht gerade im Palais Beauharnais, Herr Botschafter-, so wenig taugen damals gemachte Erfahrungen, um die uns heute gestellten Fragen vernünftig zu beantworten. Heute sind europäische Antworten geboten und, wie ich meine, auch möglich.

### **Kaiser**

Diese Einführung von Willy Brandt hat die Komplexität des Problems deutlich gemacht.

Ich würde vorschlagen, daß wir unser Gespräch mit einer Tour d'horizon beginnen, also die Problematik zunächst in ihrer ganzen Breite diskutieren, um uns dann später den spezifischen Fragen, vor allen Dingen den politischen Maßnahmen, die erforderlich sind, zuzuwenden. Denn man muß sowohl die Ursachen für die Auswanderung in den Herkunftsländern sehen als auch die Wirkungen in den aufnehmenden Ländern. In beiderlei Hinsichten ist die Politik gefragt.

### **de Montbrial**

Der Vortrag von Herrn Brandt hat mich besonders durch seine Zurückhaltung beeindruckt. Denn ich meine, die Frage der Einwanderungswellen muß moderat und auch mit einer langfristigen Perspektive in Angriff genommen werden. Wir stehen allerdings unter dem Druck des aktuellen Geschehens und der ungeheuer raschen Veränderungen, was uns indes nicht davon abhalten darf, über die langfristigen Entwicklungen nachzudenken.

Zunächst möchte ich feststellen, daß die Zunahme der Weltbevölkerung an sich keine Katastrophe darstellt. Unter den Bevölkerungsstatistikern dominiert derzeit die Theorie des sogenannten demographischen Umschwungs, derzufolge sich die Weltbevölkerung am Ende des 21. Jahrhunderts bei zehn Milliarden Menschen stabilisieren wird, und unser Planet ist durchaus in der Lage, zehn Milliarden Bewohnern ein Überleben zu ermöglichen. Es ist noch gar nicht so lange her - Ende der 70er Jahre;- da geriet man bereits in Panik, weil man glaubte, die Bevölkerung nicht mehr ernähren zu können. Tatsächlich hat sich dann herausgestellt, daß unser Planet sehr wohl imstande ist, eine Weltbevölkerung dieser Größenordnung zu ernähren, insbesondere durch die Fortschritte in der Agrartechnologie - die Landwirtschaft ist heute ja zu einer Industrie geworden. Und die demographische Entwicklung weist keine unbegrenzte exponentielle Zunahme auf, aus dem einfachen Grunde, weil es irgendwann einen Ausgleich zwischen Geburten- und Sterberate geben muß.

Das Problem für die Entwicklungsländer ist, die Geburtenrate allmählich der abnehmenden Sterberate anzupassen. Ist diese Anpassung erreicht, wird sich die Bevölkerungszahl stabilisieren. Daß sich heute die Frage der Einwanderungswellen aus dem Süden so brisant stellt, ist vor allem auf die völlig veränderten Konflikte in der Dritten Welt zurückzuführen, was wiederum nicht zuletzt mit dem Verschwinden des Ost-West-Konfliktes zusammenhängt, der jeden dieser Dritte-Welt-Konflikte polarisierte und ihm eine Dimension verlieh, die heute nicht mehr gegeben ist. Über diesen Aspekt sollten wir noch eingehender nachdenken.

Einige Anmerkungen zur spezifisch europäischen Problematik. Herr Brandt hat zu Recht gesagt: Generell bedeutet die Einwanderung nach Europa auch eine Chance für Europa. Vielleicht ist sie sogar eine Notwendigkeit. Wenn ich mich recht erinnere, gibt es demographische Prognosen, denen zufolge die Bevölkerung im vereinigten Deutschland um 2020, 2025 ohne Einwanderung zahlenmäßig von der französischen Bevölkerung übertroffen wird. Die meisten Demographen kommen zu diesem Ergebnis. Ohne Einwanderung sieht sich Deutschland - und das gilt mit einer Zeitverzögerung für alle westeuropäischen Länder - einem zunehmenden Schwinden seiner vitalen Kräfte gegenüber, wie Herr Brandt es gesagt hat. Worum es in der Tat geht, ist, daß diese Einwanderungsströme relativ geordnet fließen und sich nicht in Form von riesigen Wellen über Europa ergießen. Historisch gesehen haben die Einwanderungsströme in Europa stets ebenso eine stabilisierende wie eine destabilisierende Rolle gespielt. Auch das ist wieder eine Frage des Zeitraumes, in dem die Einwanderungen vor sich gingen.

Wichtig wäre es zweifellos, die Bevölkerung in der Dritten Welt - Maghreb ist dafür ein typisches Beispiel - und auch in den osteuropäischen Ländern zu stabilisieren. Was können wir dazu beitragen? Ich wende mich zunächst dem wirtschaftlichen Aspekt zu und der Frage der Investitionen. Viele Wirtschaftsfachleute weisen daraufhin, um einer unkontrollierten Massenabwanderung vorzubeugen, müsse man in den Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum investieren. Das würde zum Beispiel heißen, daß die Südeuropäer oder auch Europa insgesamt im Maghreb oder in Algerien investieren und natürlich auch in Osteuropa und sogar in der Ex-Sowjetunion.

Doch um investieren zu können, bedarf es entsprechender politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei kommt man dann nicht umhin, deutlich zu machen, daß Algerien beispielsweise nach der Entkolonisierung versucht hat, gerade die schlechtesten Seiten der Sowjetunion nachzumachen, was der Grund für viele Enttäuschungen gewesen ist. Auch dies ist ein Aspekt des Kalten Krieges. Ein Land wie Algerien hat die politischen Vorbilder der Sowjetunion importiert, weil die FLN tatsächlich eine Kopie der KPdS U war. Das betraf also das System der zentralen Planung, wie es in der UdSSR betrieben wurde. Hinzu kamen in Algerien natürlich die spezifischen Probleme der Unterentwicklung, insbesondere ein Bevölkerungswachstum, das im Augenblick bei 2,9 Prozent pro Jahr liegt.

Die Frage ist somit zu stellen: Was können die westeuropäischen Länder eigentlich tun, um Länder der Dritten Welt und jetzt auch noch die ehemaligen Ostblockländer dazu zu bringen, vernünftigeren Entwicklungsmodellen zu folgen? Ich glaube nicht, daß wir viel tun können. Können wir beispielweise den Algeriern oder auch den Russen vorschreiben, wie sie die Dinge bei sich handhaben sollen? Ich bin nicht dieser Meinung. Hier sind entsprechende Reaktionen und Enttäuschungen unvermeidlich. Es geht also um die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Unter rein wirtschaftlichem Aspekt stellt sich zum Beispiel die Frage, ob Länder wie Algerien - aber auch Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion - überhaupt in der Lage wären, in nennenswertem Maße Investitionskapital aufzunehmen. Diese Frage ist schwer zu beantworten. Mit anderen Worten, es gibt keine kurzfristigen Lösungen. Deshalb werden wir kurzfristig auf strenge Kontroll-, ja sogar Zwangsmaßnahmen in der Einwanderungspolitik nicht verzichten können. Das heißt, wir werden gezwungen sein, eine langfristig offene und großzügige Politik mit einer kurzfristigen Kontroll- oder Zwangspolitik zu verbinden.

In diesem Zusammenhang sollte man auch über das mexikanisch/amerikanische Beispiel nachdenken. Herr Brandt hat zu Recht daran erinnert, daß man Europa bezüglich der Größe des Landes und der Bevölkerungsdichte nicht mit Nordamerika oder Australien vergleichen kann.

Man kann sich dem Thema jedoch annähern. Von Mexiko aus gehen jährlich 800.000 bis eine Million illegaler Einwanderer in die USA. Das ist dann doch eine gewaltige Zahl. Aber anscheinend regelt sich dies nahezu von selbst, ohne daß es zu einem großen Drama kommt. Vielleicht lassen sich daraus auch für uns nützliche Lehren ziehen.

Im Westen, speziell in Europa, werden wir indes nicht um grundlegende Strukturreformen herumkommen. Wir werden uns mehr und mehr den berechtigten Investitionswünschen auch außerhalb unseres Territoriums öffnen und, wie Herr Brandt sagt, immer mehr Kapital in den östlichen Ländern, im Maghreb, ja sogar in Afrika generell und auch im Mittleren Osten investieren müssen. Und dies angesichts von weltweiten wirtschaftlichen Ersparnisdefiziten.

Ich erinnere daran, daß das einzige Land der Europäischen Gemeinschaften, das eine aktive Zahlungsbilanz und eine entsprechend hohe Sparrate für Investitionen aufwies, Deutschland war. Dieser Überschuß wird im Augenblick - und das dürfte sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern - vollkommen von der deutschen Vereinigung absorbiert.

Was können wir also tun, um die benötigten Ressourcen für den Osten, den Süden und so weiter zu mobilisieren? Die Antwort kann nur sein, daß wir selber Reformen vornehmen müssen, um unsere Sparfähigkeit zu erhöhen. Derartige Reformprozesse bedeuten, daß wir unsere Verschwendung, zum Beispiel in der Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft und auf vielen anderen Gebieten, eindämmen müssen. Das sind schmerzhafteste Prozesse für unsere Bevölkerungen und wird schwerwiegende politische Probleme bei uns auslösen.

Fazit: Bei der Frage der Einwanderung kommen wir um die größeren Dimensionen nicht herum.

## Grosser

Einen Punkt hat Willy Brandt in seinem Referat ein wenig vernachlässigt, nämlich die Frage der Nationalitäten. Flüchtling und Flüchtling ist eben nicht das gleiche. Wenn es morgen in Europa einen allgemeingültigen, gesetzlich verankerten Nationalitätsbegriff gäbe, der sich an dem gegenwärtigen deutschen Verständnis anlehnen würde, wäre das in Frankreich ein glänzender Sieg für Jean Marie Le Pen, und zwar aus einem französischen und einem deutschen Grund. Nach Artikel 44 unseres Nationalitätsgesetzes kann jedes Kind, das in Frankreich geboren ist, ohne Schwierigkeit Franzose werden. Und einer der Gründe, warum man in Frankreich bei den jungen Leuten nicht von Ausländerfeindlichkeit reden dürfte, liegt sicher darin, daß diese größtenteils französische Staatsbürger sind. Deshalb ist dies bei uns mehr ein Integrations- oder Assimilierungsproblem von

Menschen, die französische Staatsbürger sind. In Frankreich ist es relativ einfach, eingebürgert zu werden. Entsprechend hoch ist die Zahl der jährlichen Einbürgerungen.

In Deutschland verhält sich dies ganz anders. Bezeichnenderweise fehlt zum Beispiel im Taschenbuchband "Unser Recht", das alle wichtigen Gesetzestexte zur Frage der deutschen Staatsbürgerschaft enthält, das Problem der Nationalität, und auch die Frage der Einbürgerung ist dort nicht erwähnt. In Deutschland gibt es im Gegenteil eine geradezu absurde Auslegung des Artikels 16 des Grundgesetzes, der im Jahre 1948 formuliert wurde, um zwei damals aktuelle Probleme zu lösen: Zum einen ging es um die Leute, denen unter Hitler ihre Staatsangehörigkeit abgesprochen wurde und die sofort wieder deutsche Staatsbürger mit allen Rechten werden sollten, und zum anderen um die Menschen, die aus Polen, der Tschechoslowakei und so weiter vertrieben worden waren und für die man klarstellen mußte, daß sie vollgültige Staatsbürger der neuen Bundesrepublik waren. Die Auslegung jedoch, die man heranzog, entspricht am ehesten der deutschen Tradition, für die man ein Wort benutzen mußte, das sich ins Französische gar nicht übersetzen läßt - was ich sehr gut finde;-, nämlich "völkisch". Es geht um eine ethnische Auslegung und nicht um eine Auslegung im Sinne der Staatsbürgerschaft.

Als Boris Jelzin im November 1991 nach Bonn kam, hat er mit Helmut Kohl eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die die Rückwanderung der ehemaligen Wolgadeutschen in eine noch festzulegende Region - aus der niemand ausgewiesen werden soll, was völlig unrealistisch ist - zum Inhalt hat. Diese Erklärung zeigt den deutlichen Willen des Kanzlers, daß er keineswegs den Wunsch hat, Hunderttausende oder sogar Millionen von Menschen nach Deutschland zu holen, die überhaupt kein Deutsch sprechen, aber aufgrund ihrer ethnischen Abstammung die deutsche Staatsbürgerschaft einfordern können. Im Gegensatz dazu ist es für einen jungen Türken, der in Deutschland geboren wurde, die deutsche Sprache spricht und noch nie in der Türkei gewesen ist, außerordentlich schwer - auch mit der Gesetzesänderung vom vergangenen Jahr -, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten.

Von daher sprechen wir, wenn wir über Einwanderung reden und den Punkt der Nationalität berühren, über sehr verschiedene Dinge von einem Land zum anderen. Willy Brandt erwähnte seinen damaligen Aufenthalt in Paris. Seinerzeit wurde er in Frankreich als jemand angesehen - mehr oder weniger wohlwollend;-, der die Absicht hatte, in sein Land zurückzukehren. Ich selbst hatte die Chance - und natürlich sehe ich darin eine Chance;-, im Jahre 1937 französischer Staatsbürger zu werden im Alter von 12 Jahren. Schon zu dieser Zeit sah es der französische Staat als ganz normal an, daß man so schnell wie möglich die französische Staatsangehörigkeit bekam, insbesondere die Jungen als zukünftige Soldaten. Aber ich denke, das ist heute noch genauso.

Wenn man bei der Diskussion über die Einwanderung die gerichtliche Abwicklung und die gesetzliche Regelung der Staatsbürgerschaft in den Vordergrund stellt, wäre das für alle Franzosen hier an diesem Tisch ohne Zweifel eine Katastrophe.

## **Rovan**

Wir haben zum Glück keine Wolgafranzosen: das würde die Dinge noch schwieriger machen, und die Frage der Wiedereinbürgerung der Einwohner von Quebec hat sich für uns bisher noch nicht gestellt. Wir haben zwar keine Wolgafranzosen, aber ich möchte daran erinnern, daß wir die gleiche Gesetzgebung wie in Deutschland hatten, was die Rückkehr der Franzosen angeht, die die Geschichte aus Frankreich vertrieben hatte, zum Beispiel die Hugenotten, die sich in Deutschland niedergelassen hatten und die bis vor kurzem, wenn sie es wollten, die französische Staatsangehörigkeit wiederbekommen konnten. Wir haben, lieber Alfred Grosser, einen berühmten Kollegen, dem diese Möglichkeit zugute gekommen ist. Allerdings ging es dabei um sehr viel weniger Menschen als bei den Rußlanddeutschen.

Ich teile Alfred Grossers Kritik an dem Begriff der Volksdeutschen nicht, und das aus einem einfachen Grund: Die Völker, bei denen die Volksdeutschen lebten, haben die Existenz dieser Gruppen selbst eindeutig bewiesen. Ich will dazu nur zwei Beispiele nennen: Während des Krieges wurden die Wolgadeutschen deportiert, und am Ende des Krieges wurde die Hälfte der Jugoslawiendeutschen getötet. Was für Gründe dabei sonst noch eine Rolle gespielt haben mögen: Diese Menschen wurden in erster Linie als Deutsche verfolgt. Deshalb halte ich es für normal, daß man sie weiterhin als dem deutschen Volk zugehörig ansieht, weil sie für eben diese Zugehörigkeit gestraft wurden.

Alfred Grosser und zuvor Willy Brandt haben dann daran erinnert, wie viele von uns selbst an diesem Tisch irgendwann in ihrem Leben Fremde gewesen sind, die Asyl gesucht haben, oder von Menschen abstammen, die einmal in dieser Lage gewesen sind. Das ist nicht nur ein rechtliches oder ein wirtschaftliches, sondern für die meisten auch ein existentielles Problem gewesen. Das war in Europa



schon immer so, ist aber heute noch viel mehr der Fall. Und die Lösungen, über die man nachdenkt, sind schwierig. Als Thierry de Montbrial über europäische Lösungen sprach, habe ich mich an die Verhandlungen auf der Konferenz von Evian im Jahre 1934 erinnert. Damals war es nicht leicht gewesen, in Europa Völker zu finden, die bereit waren, auch nur einige zehntausend Deutsche aufzunehmen, welche Deutschland verlassen mußten. Seinerzeit waren es nur einige zehntausend Menschen, die sich zudem physisch und kulturell kaum von jenen unterschieden, von denen sie aufgenommen werden wollten.

Meine Herren Veranstalter, Sie haben den heutigen Tag für dieses Gespräch gut gewählt; denn Sie wissen sicher, daß gerade heute hierin Paris eine große Demonstration gegen Rassismus und Rechtsextremismus stattfindet. Aber wenn Sie die Tageszeitungen lesen, werden Sie feststellen, daß als Gründe für diese Demonstration zwei sehr verschiedene Motivationen bestehen: Die einen wollen gegen die Existenz einer rechtsextremistischen Partei protestieren, die einen stark rassistischen Beigeschmack entwickelt, während die anderen zum Teil gegen die Maßnahme einer sozialistischen Regierung protestieren wollen, welche beabsichtigt, die Einwanderungsmodalitäten zu verschärfen. Da wird der Widerspruch deutlich, den wir gegenwärtig bei uns erleben: Wir haben eine Regierung der Linken, die ideologisch zutiefst antirassistisch und theoretisch für die Einwanderer ist, die aber gleichzeitig gegen diese Maßnahmen ergreift, die auch andere Regierungen von ganz anderer Couleur getroffen haben oder hätten treffen können. Das heißt, die Lage ist in moralischer und nicht nur in materieller Hinsicht sehr schwierig.

Es ist dabei auch nötig, zwischen den früheren und den heutigen Einwanderungen zu unterscheiden, was vielleicht für Frankreich noch mehr gilt als für Deutschland. Ein Pole wurde Deutscher oder Franzose innerhalb von ein oder zwei Generationen. Unser derzeitiger Einwanderungsminister ist Sohn eines italienischen Einwanderers. Es wird aber noch sehr lange dauern, bis ein Sohn oder Enkel eines muslimischen algerischen Einwanderers bei uns eine solche Position bekleiden kann.

Das heißt, und dies sei natürlich ohne moralische Wertung gesagt: Wir müssen feststellen, daß der Eintritt in unsere Gesellschaften für Menschen, die über ganz andere kulturelle Erfahrungen verfügen, einer ganz unterschiedlichen Kultur entstammen und sich äußerlich auch stark von der Masse der Bevölkerung unterscheiden, ungeheure Probleme mit sich bringt. Das ist ja im Grunde eine Binsenwahrheit.

Wenn wir hier also über mögliche zukünftige Einwanderungswellen reden - was bis jetzt nur Befürchtungen sind;- , dann stellt sich die Frage, je nach der Herkunft dieser Wellen, auf sehr verschiedene Weise: Was wird in Deutschland, der Tschechoslowakei oder Polen mit Einwanderern aus der Ukraine oder aus Rußland geschehen? Und wie gehen wir in Frankreich mit den Problemen um, die wir schon seit langem mit den Bevölkerungsströmen moslemischer Abstammung haben?

Das Problem der Multikulturalität stellt sich in unseren Gesellschaften sehr unterschiedlich. Wir haben eine Kommission, die unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsrates seit mehreren Jahren über Einwanderungsfragen arbeitet. Sie hat eine bemerkenswerte Arbeit geleistet. Ich habe dem Präsidenten einmal gesagt, daß ein Ausländer, der Franzose werden will, sehr leicht seinen Nachnamen ändern lassen kann, während er den Vornamen nicht wechseln kann. Wenn also jemand, der Ben Abdallah heißt, sich in Zukunft Dupont nennen will, kann er dies tun; aber er wird dann Ahmed Dupont heißen anstatt Ahmed Ben Abdallah. Gewiß kann man auch das ändern, wenn man es will.

Ich will damit abernur darauf aufmerksam machen, daß die Probleme sehr verschieden sind, je nach Herkunft der Einwanderergruppen, weil wir es dabei mit ganz verschiedenen Welten zu tun haben. Alfred Grosser hat hervorgehoben, daß bei uns das Problem noch komplizierter ist, weil von vier bis fünf Millionen Einwohnern dieses Landes, die aus Nordafrika stammen, mindestens die Hälfte bereits die französische Nationalität hat, ohne daß damit die Probleme alle sofort wegfallen.

Es gibt hier einen ausgezeichneten Verein, der sich France Plus nennt und aus nordafrikanischen Militanten besteht, die sich für die Integration der Einwanderer in die französische Gesellschaft einsetzen. Die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, um beispielsweise nordafrikanische Kandidaten auf die Listen der verschiedenen Parteien für die Kommunalwahlen zu bringen, sind aber nach wie vor erheblich. Denn dieser Problematik liegt kein einfacher Tatbestand zugrunde.

Um ein Beispiel zu geben: Denken Sie an ein solches Phänomen wie den "Kulturkampf im 19. Jahrhundert in Deutschland, der nicht zuletzt darin begründet war, daß in den Gebieten mit evangelischer Mehrheit eine Minderheit lebte, bei der man eine doppelte Loyalität argwöhnte. Das heißt, die Katholiken im Preußen Friedrich Wilhelm III. wurden bezichtigt, mehr Untertanen des Papstes als des Königs zu sein, obgleich sie ebenso Deutsche waren wie die Lutheraner. Gott sei

Dank hat der Papst seit langem kein bedeutendes Reich mehr. Die Moslems, die heute zu uns kommen, sind, oder waren es am Anfang, Angehörige, weniger von bestimmten Staaten, als von einer Religion, die sich mit einer nationalen Kultur und einer Sprache identifizieren. Zum Glück gibt es keinen großen europäischen Staat mehr, in dem Lateinisch gesprochen wird, sonst würden die Katholiken weiterhin verdächtigt, eine doppelte Loyalität zu pflegen - und dies liegt erst etwa hundert Jahre zurück. Wieviel größer muß da der Verdacht sein, daß Moslems einen solchen doppelten Loyalismus beibehalten, also keine Bürger sind wie die anderen.

Wir sind also mit Problemen konfrontiert, die sich nicht einfach durch wirtschaftliche Entscheidungen lösen lassen, die überhaupt schwer zu handhaben sind, weil sie, tiefenpsychologisch gesehen, alle Ängste ins Spiel bringen, die der andere seit dem Beginn der Zeiten nie aufgehört hat, bei uns selbst hervorzurufen, und damit den ganzen Komplex der Andersartigkeit des als Feind erlebten Fremden.

Ich erinnere daran, daß während des Krieges 1870/71, als bayerische Soldaten in Frankreich kämpften, die Franzosen die "anderen" waren. Aber als dann eines Tages ein bayerisches Regiment mit senegalesischen Soldaten zu tun bekam, hieß es: Jetzt kommen die "ganz anderen". Ein Ukrainer ist für die meisten derjenigen Europäer, die mit ihm leben müssen, weniger "ganz anders" als ein Nordafrikaner.

In dieser Hinsicht stehen wir mit den muslimischen nordafrikanischen oder mit den schwarzafrikanischen Einwanderern vor gänzlich anderen Problemen als früher mit Spaniern oder Polen, vor geradezu unlösbaren Problemen, wie dies in allen entscheidenden Momenten der Geschichte der Fall gewesen ist.

Eine Multikulturalität, die jüdische, christliche, moslemische und aufklärerische Elemente vermischt und damit auch die aus verschiedenen kulturellen Geschichten stammenden Sprachen zusammenfaßt, kann nur für zahlenmäßig kleine Eliten konzipiert werden. Schon bei einer kleinen Minderheit wie den Juden setzt sich die Assimilierung (das heißt die Integration) auf Kosten der ursprünglichen religiös-ethnischen Eigenkultur durch, und diejenigen, die an dieser festhalten, werden immer mehr vom Staat Israel angezogen und geraten ebenfalls in den Verdacht der doppelten Loyalität. Und dabei gibt es in Frankreich vier- oder fünfmal weniger Juden als Leute muslimischer Herkunft. Gegen das Phantom der Multikulturalität stelle ich daher das Prinzip der Laizität und der bürgerlichen Gleichheit, vor allem was die Stellung und die Rechte der Frauen angeht. Wer sich in diese Wirklichkeit nicht einfügen will, hat kein Anrecht darauf, sich hier festzusetzen.

Eine Kultur der religiösen oder nationalen Exklusivität kann nicht mit einer universalistischen Kultur der Menschenrechte gleichgestellt werden. Religion ist Privatsache; aber die Gläubigen sind gehalten, die allgemeinen Gesetze zu respektieren, selbst wenn es sich um die Teilnahme mohammedanischer Mädchen an gemischten Turnstunden in den öffentlichen Schulen handelt.

Als ich noch aktiver Professor war, habe ich meinen Studenten am Ende jedes Jahres gesagt: Sie werden im Laufe Ihres weiteren Lebens feststellen, daß Sie immer mehr arbeiten müssen und dabei immer weniger verdienen werden. Keine europäische Regierung würde es wagen - verständlicherweise; -, eine solche Ansprache an ihre Staatsangehörigen zu halten. Aber trotzdem müßte eine solche Rede gehalten werden. Denn wenn es darum geht, ob wir eine große Anzahl von Ausländern aufnehmen wollen, damit sie uns die Kinder machen, die wir selbst nicht mehr machen, wie Thierry de Montbrial sagte, oder ob wir ihnen die Mittel geben, damit sie in ihren Ländern im Wohlstand leben können, würde das in jedem Fall bedeuten, daß wir unsere Abgaben und Zahlungen, die sozialen oder internationalen Unterstützungen, beträchtlich erhöhen müßten.

Wenn ich sehe, wie schwierig es schon ist, die westdeutsche Bevölkerung zu Opfern zugunsten ihrer ostdeutschen Landsleute zu bewegen, und wenn ich bedenke, daß wir mehr als 30 Jahre gebraucht haben, um Lösungen zu finden, die ich keineswegs als ausreichend ansehen würde, um den Zustrom von weniger als zwei Millionen Franzosen aus Nordafrika - ich spreche jetzt nicht von den Moslems - aufzufangen, dann bin ich nicht sehr optimistisch, was die Bereitwilligkeit der Europäer betrifft, ihre Gürtel enger zu schnallen, damit diejenigen besser leben können, die wir aufnehmen wollen, oder um so zu handeln, daß diese nicht mehr das Bedürfnis haben, zu uns zu kommen, weil sie zu Hause sinnvoll und auskömmlich leben können.

Aber hierbei handelt es sich - das möchte ich abschließend noch einmal betonen - nicht einfach nur um wirtschaftliche Probleme. Sicherlich, Nordafrika ist arm, und ihm muß geholfen werden. Wenn Algerien nicht die Chance gehabt hätte, von Ahmed Gozali und einigen tapferen Militärs, denen ich gerne Denkmäler errichten würde, regiert zu werden, wären wir heute mit dem Problem der Zuwanderung nach Frankreich eines großen Teils der regierenden algerischen Klasse und deren Familien konfrontiert, die nicht unter einer islamistisch-fundamentalistischen Herrschaft leben

möchten. Zu diesem Problem hatte unser Innenminister nichts Besseres zu sagen, als daß man in einem solchen Fall dem Gesetz entsprechend handeln würde. Das wäre sicher keine einfache Lösung, weil das Gesetz den Fall nicht vorgesehen hat, daß es plötzlich 200.000 oder 300.000 politische algerische Flüchtlinge zusätzlich zu den bisherigen Einwanderern geben würde.

Ich erwähne dies alles nur, um deutlich zu machen, daß wir ungeachtet der materiellen Fragen vor einer Situation stehen, die im gewissen Sinne eine "Churchill-Demokratie" wie im Juni 1940 erfordert. Ich sehe allerdings wenig Bereitschaft, weder in Deutschland, noch in Frankreich oder England, in sehr großem Stile global die Maßnahmen zu ergreifen, die eine Churchill-Demokratie zu Friedenszeiten erfordern würde, nämlich den Bürgern zu sagen: Ich kann Euch nichts anderes bieten als Anstrengung und nochmals Anstrengung. Mehr arbeiten und weniger verdienen und das in einer Gesellschaft, in der man noch zu jedermann sagt: Es gibt Möglichkeiten, um mehr zu verdienen und weniger zu arbeiten.

### **Kaiser**

Während Herr Grosser auf die wichtigen Unterschiede in der Frage der Staatsangehörigkeit hingewiesen hat, sind bei Herrn Rovon jetzt die ethnischen, kulturellen und religiösen Hintergründe deutlich geworden, die eine unterschiedliche politische Behandlung der Einwanderungswellen erforderlich machen.

### **Bitterlich**

Ich stimme Herrn Brandt zu, daß man über eine gemeinsame europäische Einwanderungs- oder Zuwanderungspolitik nicht nur mehr reden, sondern endlich handeln soll. Ich habe auch durchaus Verständnis dafür, daß er Maastricht kritisch hinterfragt, auch wenn ich ihm inhaltlich nicht zu folgen vermag. Denn dabei muß man die ganze Entwicklung einbeziehen und sehen, die zu Maastricht geführt hat.

Einwanderungs- oder Asylpolitik waren in der Europäischen Gemeinschaft in den letzten 30 Jahren kein Thema. Erst seit 1988 mit dem Herannahen des Binnenmarktes und dem damit verbundenen Abbau der Grenzkontrollen sind viele wach geworden. Gleichzeitig nähern wir uns aber damit - wie bei der Währungs- oder Verteidigungspolitik - einem Kernbereich staatlicher Souveränität. Wir haben in der Vorbereitung von Maastricht die Erfahrung machen müssen, daß es noch nicht möglich ist, das Modell der europäischen Integration vollständig auf diese Kernbereiche zu übertragen - ob uns das nun gefällt oder nicht.

Immerhin haben wir in Maastricht ein Ergebnis erreicht, das sicher nicht ideal ist, sondern ein Kompromiß, wie so vieles in Europa. Man sollte jedoch nicht verkennen, daß wir in Maastricht einen Anfang gemacht haben, der in Wahrheit über die bloße Koordinierung von bestimmten Bereichen, zu denen vorrangig sowohl die Zuwanderung als auch das Asylrecht gehören, weit hinausgeht. Auch wenn die Koordinierung im Vordergrund steht, geht der Inhalt doch bishin zu gemeinsamen Maßnahmen und schließt sogar die Möglichkeit der Vergemeinschaftung bestimmter Politikbereiche nicht aus, und zwar unter Angabe konkreter Zeitziele.

Die Innen- und Justizminister der EG und über die EG-Grenzen hinaus hatten in den letzten Jahren zwar bereits eine relativ intensive Zusammenarbeit begonnen, die allerdings weitgehend geheim und ohne sonderlichen Erfolgsdruck erfolgte. Künftig werden die Innen- und Justizminister als ein echter Rat der EG tagen mit einem klaren Programm und eindeutigen Zielen, was sie unter Erfolgsdruck setzt, konkrete Ergebnisse in den nächsten Jahren vorzuweisen. Es besteht auch eine enge Verbindung zur EG-Kommission als Motor der Integration, was im letzten Jahr bereits durch die beiden unter der Federführung von Herrn Bangemann erarbeiteten Papiere zur Einwanderungs- und zur Asylpolitik unterstrichen wurde.

Ich bin also gar nicht so pessimistisch in dieser Frage, was die europäische Politik betrifft, und glaube, daß wir in zwei, drei Jahren, vielleicht noch schneller, hier Ergebnisse sehen werden. Die Innenminister, denen das Wort "Europa" sehr fremd war, Herr Schnoor möge mir dies nachsehen, haben sich da halt schwergetan. Bei meinen Vorbereitungsgesprächen für Maastricht in verschiedenen Ländern Europas war die Polizei meist bereit, viel weiter zu gehen als die Innenminister. Die Bundesrepublik verhält sich da auch nicht viel anders.

Herr Brandt und auch Herr de Montbrial haben zu Recht gesagt, mit wenig Geld und guten Worten ist es nicht getan. Auch die Flüchtlingskonzeption, die die Bundesregierung 1990 verabschiedet hat, bietet in dieser Hinsicht nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Wenn ich mir etwa die Mittel vor Augen führe, die die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren in den

Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, aber auch in anderen Ländern investiert haben, so frage ich mich, ob hier nicht ganz neue politische Konzepte bei der Unterstützung dieser Länder notwendig sind. Hermes-Garantien und ähnliches reichen eben nicht aus, um die Menschen zu veranlassen, in ihrer Heimat zu bleiben. Das gilt im übrigen auch für Frankreich in seinem Verhältnis beispielsweise zum Maghreb, das ich aus eigener Anschauung ein wenig kenne, und wo ebenfalls neue politische Ansätze notwendig erscheinen.

### Kaiser

Herr Schnoor ist Innenminister eines der größten Einwanderungsländer Europas, nämlich von Nordrhein-Westfalen. Ich weise nur daraufhin, daß in der einheitlichen europäischen Akte eine Beteiligung der Länder der Bundesrepublik Deutschland an der europäischen Politik festgeschrieben ist. Insofern ist die europäische Problematik mittlerweile voll in die Bundesländer integriert.

### Schnoor

Wir nehmen in der Tat das Wort von Jacques Delors: "Wir wollen ein Europa der Regionen" sehr ernst. Deshalb sind die Länder der Bundesrepublik hier mindestens so gefordert wie der Bund.

Zunächst möchte ich mich zu den Fragen äußern, die Herr Grosser und Herr Rovon aufgeworfen haben. Herr Grosser, ich weiß es nicht, was deutsch und was ein Deutscher ist - nicht juristisch gesehen, sondern, sagen wir, phänomenologisch. Im Ruhrgebiet beispielsweise sind viele gute Deutsche, die vor 50 Jahren noch gute Polen waren, heute der Meinung, es sollten nicht so viele Ausländer kommen.

Ich kann auch mit dem Begriff "Volk" wenig anfangen, an dem bei uns im Grunde der Versuch gescheitert ist, das kommunale Wahlrecht für Ausländer durchzusetzen. Da hätte uns sicher die Formulierung des französischen Staatsbürgerrechts weitergeholfen. Aber der Hinweis von Herrn Grosser auf den Artikel 16 und auf die Wolgadeutschen reizt mich zu einem kleinen Widerspruch. Für mich ist das weder ein juristisches, noch ein verfassungsrechtliches Problem - Artikel 16 und auch die Vertriebenengesetzgebung sollten wir einen Augenblick vergessen;-, sondern hier geht es um ein faktisches und um ein moralisches Problem.

Erstens faktisch: Ich kann die Einwanderung von Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion nicht verhindern, genausowenig wie ich verhindern kann, daß Menschen aus Jugoslawien oder aus der Türkei, auf weichen Wegen auch immer, zu uns kommen, ob wir sie nun wollen oder nicht. Neue Grenzen mit Grenzzäunen, wie früher der Eisernen Vorhang, gibt es nicht und wollen wir auch aus politischen Gründen nicht. Menschen, die der Meinung sind, daß sie in ihren Ländern keine Lebensperspektive mehr haben, werden ihre Heimat verlassen, ob uns das paßt oder nicht. Was immer wir dagegen juristisch unternehmen: Sie tun dies. Wenn ich es aber de facto nicht verhindern kann, muß ich mich fragen, ob es sinnvoll ist, so etwas überhaupt verhindern zu wollen. Wir versuchen gegenwärtig eine Kanalisierung dieser Ströme, indem beispielsweise die ausreisewilligen Deutschstämmigen bei der deutschen Botschaft in Moskau oder wo immer einen Antrag auf Einreise in die Bundesrepublik stellen müssen.

Zweitens handelt es sich hier aber auch um eine moralische Frage. Wenn ich mir vergegenwärtige, welche Leiden die Deutschen in der Sowjetunion erfahren haben, die mit dem deutschen Überfall 1941 überhaupt nichts zu tun hatten. Diese Menschen haben zum Teil schon seit Generationen nur den einen Gedanken, nämlich jenen Staat zu verlassen. Kann ich sie ernsthaft daran hindern wollen?

Ich habe mich auch immer dafür ausgesprochen, bei sowjetischen Juden keinerlei Kontingentierung oder Beschränkung zuzulassen. Wie sollte ein deutscher Innenminister jemals einen Juden zurückweisen, der zu uns kommen will? Das ist eine besondere Erbschaft unserer Geschichte. Deshalb können bei uns - im Unterschied zu Frankreich und anderen Ländern - Juden aus der Sowjetunion einreisen und werden sofort wie Asylberechtigte oder Flüchtlinge anerkannt, ohne ein Asylverfahren durchlaufen zu müssen. Wie lange wir das durchhalten werden, weiß ich nicht. Jedenfalls komme ich hier nicht in die Situation, jemanden zurückschicken zu müssen.

Über den Begriff der Staatsangehörigkeit müssen wir noch sprechen. In der Bundesrepublik gilt ja nicht das sogenannte *ius soli* wie hierin Frankreich. Aber es liegt jetzt beim Bundesrat ein Gesetzesantrag von einigen Ländern, unter anderem von Nordrhein-Westfalen, der darauf abzielt, für die Ausländer der dritten Generation faktisch das *ius soli* gelten zu lassen, ohne daß jemand gezwungen wird, davon Gebrauch zu machen. Wir wollen niemandem die deutsche Staatsbürgerschaft aufzwingen, wenn er sie nicht haben will. Auch wenn jemand bei uns geboren

wurde, möchte er vielleicht ja kein Deutscher werden. Wir wollen auch die Doppelstaatsangehörigkeit zulassen.

Herr Rovon hat gefragt, ob bei der Einwanderung nicht auch der ethnische Hintergrund eine Rolle spielt, zumindest was unser Verhalten den Menschen gegenüber angeht. Das ist ein sehr schwieriges Thema. Während wir, wie gesagt, die sowjetischen Juden frei einwandern lassen, verweigern wir dieses Recht den Roma aus Jugoslawien. Ich habe einmal als Innenminister versucht, für eine begrenzte Zahl von Roma ein Bleiberecht zu erwirken. Ich bin damit gescheitert, nicht nur an der Bundesregierung, sondern auch bei meinen eigenen Kabinettskollegen. Auch meine eigene Partei hat sich quergestellt. Ich sage das so deutlich. Der Grund ist schlicht und ergreifend: Es gibt in unserer Bevölkerung eine Akzeptanz für Juden; sie fallen nicht auf, sind meist hochgebildet und ohne weiteres integrierbar. Für Roma dagegen gibt es überhaupt keine Akzeptanz, so bedauerlich das ist; ich kann es nicht ändern.

Wenn mir von den Menschenrechtsorganisationen vorgehalten wird: Wo bleibt der Gleichheitsgrundsatz? Gibt es Flüchtlinge zweiter Klassen?, kann ich darauf nur antworten: Im humanitären Bereich der Flüchtlingspolitik - nicht im juristischen - ist der Gleichheitsgrundsatz nicht durchsetzbar. Ich komme um die Tatsache nicht herum, daß ich einigen nicht helfen kann, auch wenn ich dies für Unrecht halte.

Wir haben es bei der Migrationsproblematik mit Symptomen einer kranken Welt zu tun. Ich denke an die zunehmende Verelendung im Süden, die Willy Brandt erwähnt hat, an die Umweltprobleme, an Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Und wenn die Ursachen externer Natur sind, helfen gegen einen Einwanderungsdruck keine internen Regelungen, ganz abgesehen davon, daß wir keine neuen Zäune ziehen können.

Wie Sie wissen, gibt es in Deutschland derzeit einen heftigen innenpolitischen Streit über das Asylrecht, etwa über die Frage, ob wir den Artikel 16 unseres Grundgesetzes im Interesse einer europäischen Harmonisierung ändern müssen. Im Grunde geht es dabei nur um die Frage, ob derjenige, der Asyl begehrt, das unbeschränkte Recht hat, zunächst zu uns hereingelassen zu werden und für dieses Recht notfalls vor einem Gericht kämpfen zu können. So lange hat er ein Bleiberecht bei uns. Das ist in den anderen europäischen Ländern etwas anders geregelt, ohne daß ich dies jetzt bewerten will. Deshalb ist für mich die Frage der Harmonisierung des europäischen Asylrechts so wichtig, wobei es dann auch darum geht, wieweit die Genfer Flüchtlingskonvention übernommen wird.

Wir werden die Europäische Union nur bekommen, wenn wir die einzelnen Länder so nehmen, wie sie nun einmal sind. Wir müssen beispielsweise akzeptieren, daß die Niederländer, Herr Kosto, sagen wir in Fragen der Rechtspolitik oder der Drogenpolitik, eine andere Einstellung haben als die Mehrzahl der anderen Länder. Das akzeptieren wir auch. Aber auch Sie sollten bitte akzeptieren, daß wir in der Frage des Artikels 16 Grundgesetz eine andere Einstellung haben als Sie, im wesentlichen aus historischen Gründen. Da wirken die Ereignisse aus der Nazizeit immer noch nach.

### **Grosser**

Wir haben genau den gleichen Text in der französischen Verfassung. Nur heißt es da: "Wenn sie für die Freiheit verfolgt worden sind." Sie müssen mir schon erklären, warum nach Artikel 16, wie er heute besteht, bestimmte Handhabungen nicht möglich sind und deshalb eine Änderung des Artikels notwendig ist.

### **Schnoor**

Vielleicht tun wir Sozialdemokraten - aber auch die Liberalen - uns in dieser Frage besonders schwer. Für mich ist das, was dazu in unserer Verfassung steht, gewissermaßen ein Relikt aus der Zeit der Verfolgung nach 1933. Sicher, wir sagen heute, nach der deutschen Vereinigung, die Nachkriegszeit ist jetzt zu Ende; für Europa hat eine neue Zeit begonnen. Aber diesen Stachel aus der Vergangenheit möchte ich irgendwie erhalten wissen.

Ich möchte noch einige Bemerkungen zu einer gemeinsamen europäischen Politik machen. Zum einen geht es zweifellos um Hilfen für die Länder selbst, aus denen die Menschen heute abwandern und denen wir das Bleiben dort erleichtern wollen. Da gibt es in unserer Bevölkerung sicher Akzeptanzprobleme; denn wir werden abgeben und teilen müssen. Entwicklungshilfe ist gegenwärtig in Deutschland sehr unpopulär - in Frankreich mag dies anders sein.

Wer bei uns ist beispielsweise bereit, etwas für Schwarzafrika zu tun? Aber alle diese Hilfen wirken erst mittelfristig, wenn nicht langfristig. Das heißt, der Einwanderungsdruck wird auf absehbare Zeit

bleiben. Meine große Sorge ist, daß die europäischen Staaten dies nur schwer ertragen werden und es politisch einen Rechtsruck in Europa geben wird.

Was die Einwanderungspolitik angeht, habe ich doch eine etwas andere Vorstellung als Herr Brandt. Ich meine, wir werden die Einwanderung nach Westeuropa faktisch nicht verhindern können. Es werden immermehr Menschen hierbleiben, auch solche, die wir nicht als Flüchtlinge anerkennen. Dazu kommen Aussiedler und Juden aus der Sowjetunion. Insofern sind wir in der Tat ein Einwanderungsland. Und wir müssen für die Integration dieser Menschen mehr tun als bisher. Auch diejenigen, deren Anträge erst geprüft werden und die bei uns oft jahrelang leben, bevor dies entschieden ist, müssen von uns in gewisser Weise integriert werden. Das würde vor allem die Akzeptanzprobleme in der Gesellschaft verringern und der Ausländerfeindlichkeit entgegenwirken. Gegenwärtig betreiben wir eine andere Politik, und auch ich wirke leider daran mit. Doch hier ist eine Umkehr unbedingt notwendig.

### **Bitterlich**

Ich stimme Herrn Schnoor zu, daß es letztlich keine absolut gerechte Ausländerpolitik gibt. Aber was wir tun müssen, ist, sachlich zu differenzieren und beispielsweise zwischen Asyl und Zuwanderung zu unterscheiden. Im Gegensatz zu Ihnen bin ich der Überzeugung, es führt mittelfristig kein Weg daran vorbei - ob das hundertprozentig gerecht ist oder nicht;- , daß wir differenzierte Quoten in Europa einführen.

### **Schnoor**

Ich glaube nicht, daß Quoten eine realistische Lösung bringen würden. Denn außerdem gibt es ja immer noch den Weg des Asylrechts, den ich mit Quoten nicht einschränken kann. Das heißt, es werden in jedem Falle mehr Menschen einreisen, als wir dies wünschen.

### **Langguth**

Herr Schnoor hat davon gesprochen, wie notwendig es ist, die Akzeptanz in der Bevölkerung bei Fragen des Asylrechts zu beachten, und vor der Gefahr eines "Rechtsrucks" gewarnt. Wenn jedoch 95 Prozent der Asylbewerber nicht anerkannt werden, dann wirft man in der Bevölkerung eben alle Asylbegehrenden in einen Topf und unterscheidet nicht mehr zwischen denjenigen, die tatsächlich in ihren Ländern politisch verfolgt werden, und Asylbewerbern aus wirtschaftlichen Gründen. Hier muß die Politik realistischer werden und darf sich nicht nur auf die Relikte aus der Vergangenheit zurückziehen. Sie muß dafür sorgen, daß das Asylrecht in der Bevölkerung nicht durch die Praxis in Frage gestellt wird.

Natürlich weiß ich, daß die Flüchtlingsströme weitgehend in den zunehmenden Verelendungstendenzen begründet sind - im Deutschen sprechen wir von "Wirtschaftsasyllanten". Im Grunde ist das, was Herr Brandt ausgeführt hat, ein Plädoyer für eine Weltinnenpolitik. Im Jahre 1990 haben wir in Deutschland - Bund, Länder, Kommunen - 4,6 Milliarden D-Mark für Asylbewerber ausgegeben. Das waren 63 Prozent des Etats des Entwicklungshilfeministeriums. Wäre es da nicht an der Zeit zu überlegen, ob wir nicht sehr viel mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müßten, um die Probleme vor Ort in den Herkunftsländern anzugehen? Ich meine, hier müßte die Entwicklungspolitik ansetzen und auch auf der Ebene der EG verstärkt koordiniert werden.

Heute erleben wir, daß die Kluft zwischen den Herkunftsländern und den reichen Industrieländern immer größer wird. So lag der Anteil, den die Industrieländer am Welthandel haben, im Jahre 1988 schon bei 70 Prozent, während er 1980 noch bei 63 Prozent gelegen hatte - ein Trend, der eindeutig zu Lasten der Entwicklungsländer geht. Ein Weg, um den Zugang von Waren aus diesen Ländern in die Europäische Gemeinschaft zu erleichtern, ist beispielsweise das Lome-IV-Abkommen.

Ich denke zudem an die großen Schwierigkeiten, Osteuropa über Assoziierungsabkommen zu integrieren. Die mittel- und osteuropäischen Staaten können vor allem Kohle, Stahl, landwirtschaftliche Produkte und Textilien liefern. Aber weiche Probleme stellen sich allein bei der Einfuhr von Schaffleisch in den französischen Markt! Von solchen Einfuhren werden bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders betroffen; in diesem Falle die Bauern, die Konkurrenz erhalten. Ich meine aber, daß wir Vorsorge treffen müssen, um in Europa nicht etwas Ähnliches wie eine mexikanische Grenze zu bekommen.

Deutschland ist inzwischen zweifellos zu einem Einwanderungsland geworden. In der Europäischen Gemeinschaft liegt Deutschland mit 62 Prozent der Asylbewerber einsam an der Spitze, gefolgt von

Frankreich mit fast 17 Prozent und Großbritannien mit etwa acht Prozent. Das heißt, wir haben es hier nicht zuletzt mit einem deutschen Problem zu tun, das zugleich aber auch ein europäisches ist.

Mein Eindruck ist, daß in unserer Bevölkerung dann eine Akzeptanz vorhanden ist, wenn es sich um Einwanderer handelt, die kulturell und ethnisch integrierbar zu sein scheinen. Es gibt ja auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erhebliche Wanderungsbewegungen; man denke nur an die Italiener, Spanier oder Griechen, die nach Deutschland gekommen sind.

### **John**

Das waren Arbeitsimmigranten.

### **Langguth**

Ja. Die Gründe für eine Migration sind natürlich sehr verschieden. Aber ich denke, die meisten Menschen verlassen höchst ungern ihre Heimat, ob nun aus politischen oder aus wirtschaftlichen Gründen - insofern darf die Migrationsfrage nicht nur auf Asylbewerber aus politischen Gründen verengt werden.

Herr Brandt hat gefragt, ob man nicht eine Quotierung nach bestimmten Härtefällen oder nach berufsspezifischen, beziehungsweise anderen regionalen Gesichtspunkten vornehmen sollte. Herr Schnoor hat dazu vor kurzem gesagt, er halte diesen Weg deshalb für verfehlt, weil eine Quotierung bei der Aufnahme von Flüchtlingen sich weder mit dem Inhalt noch mit dem Geist der Genfer Flüchtlingskonvention verträgt. Dennoch sehe ich darin einen ganz zentralen Punkt, und ich stelle die Frage, ob wir überhaupt Instrumente schaffen können, wie es die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada oder Australien getan haben.

Möglicherweise wird damit die Zuwanderung sogar ausgeweitet, weil sie als Signal einer großzügigeren Einwanderungspolitik mißverstanden werden könnte. Aber unabhängig davon: Das individuell einklagbare Recht auf Asyl, das nach dem deutschen Grundgesetz verbürgt wird, wird durch eine Quotierung nicht berührt. Wenn wir zu einer Quotierung kommen sollten, Herr Brandt, müßten wir zweifellos fragen, was dann aus dem Artikel 16 wird.

### **Bitterlich**

Wir müssen klar unterscheiden: Auf der einen Seite gibt es das politisch begründete Asylrecht, und auf der anderen Seite steht die Frage der Zuwanderung, sei es aus familiären oder aus Arbeitsmarktgründen.

### **Schnoor**

Herr Brandt hat bei der Quotierung nicht den Flüchtlingsbereich gemeint, sondern das, was darüber hinausgeht.

### **Langguth**

Aber die Gefahr besteht, daß dann bestimmte Leute, die heute um politisches Asyl nachsuchen, versuchen werden, mit in die Quote zu kommen, wenn sie mit ihrem Asylbegehren keinen Erfolg haben. Das durch das Grundgesetz garantierte Recht auf politisches Asyl darf auf keinen Fall durch Quotierungen relativiert werden.

### **Brandt**

Ich habe kein Problem mit Ihrer Interpretation von Maastricht, Herr Bitterlich. Wo kämen wir hin, wenn es nicht tüchtige Beamte gäbe, die uns klarmachen, daß ihre Regierungen sich bemühen. Wo kämen wir auf der anderen Seite hin, wenn es nicht die anderen gäbe, die sagen: Eigentlich wünschten wir, Ihr wäret schon ein bißchen weiter. Das ist eine vernünftige Arbeitsteilung. Aber ich will das hier nicht verniedlichen. Ich bin in aller Regel durchaus dafür, wie Herr Bitterlich, ein halbvolles Glas voll zu nennen. Ich wende mich nur dagegen, den Inhalt eines Schnapsglases in ein Wasserglas zu schütten und dann den Eindruck zu erwecken, es sei halb voll. Also Druck werden wir schon weiter ausüben müssen.

Herr Schnoor hat mich nicht ganz zutreffend interpretiert, wo es um die Quoten geht. Ich sehe darin ein mögliches zusätzliches Ordnungselement, vorzugsweise als Teil einer abgestimmten europäischen Politik. Das steht nicht im Gegensatz zu einem grundgesetzlich verankerten Asylrecht.

Sollte es jedoch notwendig sein, ein solches grundgesetzliches Asylrecht neu zu interpretieren und zu ergänzen, dann meine ich, dürfte man sich dem nicht verschließen.

Noch eine Bemerkung zum Grundgesetz, also auf die deutsche Situation bezogen. Herr Grosser hat zu Recht an die Vorgeschichte des Grundgesetzes erinnert, das 1948 verfaßt wurde und 1949 in Kraft getreten ist. Damals gab es in der ganzen Welt wohl kaum einen Menschen, der scharf darauf war, nach Deutschland zu kommen, um dort Asyl zu genießen. In jener Zeit hätte fast jeder Deutsche einen anderen Paß angenommen, wenn er ihn hätte bekommen können. Das heißt: Die Verankerung des Asylrechts war damals ein eher symbolischer Akt. Diejenigen, die das Grundgesetz verfaßt haben, konnten nicht ahnen, wie sich die Welt entwickeln und daß beispielsweise eines Tages die Dritte Welt eine solche Rolle spielen würde.

Nachdem sich die Welt aber so entwickelt hat und wir, wenn ich es recht sehe, nicht nur in Deutschland in einer Situation sind, in der Regierung zunehmend durch und für Rechtsanwälte ausgeübt wird, ist hier ein neues Problem entstanden. Deshalb der vorsichtige Hinweis auf eine, wie immer dann zu verankernde, Interpretation dessen, was der Artikel 16 zutreffend gewollt hat. Ich meine, das ist möglich, ohne den Artikel zu streichen.

Herr Grosser hat sicher recht, wenn er uns die Frage stellt, ob wir uns nicht - wir tun es ja schon, wenn auch nicht systematisch - um unsere Nachbarregionen deutlich stärker kümmern sollten als um andere Teile der Welt, wenn es um Zuwanderung geht. Das ist ein wichtiger Hinweis. Mich würde im übrigen auch interessieren, wie unsere französischen Kollegen in dieser Hinsicht über die Situation im Maghreb und in Nahost denken. Was erwarten Sie aus diesen Regionen in bezug auf das Islam-Problem? Davon verstehen Sie verständlicherweise mehr als wir.

Ich verbinde damit eine zusätzliche Frage, ob jemand hier bereit ist, sich mehr als diplomatisch zur Frage des Verhältnisses zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft zu äußern. Das betrifft etwa die Art der Mitgliedschaft oder Assoziation und hat ebenfalls sehr viel mit der Zuwanderungsproblematik zu tun. Hinzu kommen dann auch die benachbarten Regionen. Das bedeutet nicht nur die Kurden, sondern in weit größerer Zahl Menschen aus den südlichen Teilstaaten der bisherigen Sowjetunion. Das ist nicht nur ein Problem zwischen Iran und diesen Ländern, sondern vor allem ein Problem der Türkei.

### **Bitterlich**

Wenn Sie das Thema Mittelmeerpolitik ansprechen, Herr Brandt, so gibt es seit den 70er Jahren immer wieder einen grundsätzlichen Streitpunkt zwischen den EG-Mitgliedern: Während der Süden mehr Geld für den Mittelmeerraum verlangte, wollte der Norden, daß sich die EG für die Produkte aus dem Süden öffnet. Das hat dann immer zu mehr oder weniger schwachen Kompromissen geführt. Die bisherige Mittelmeerpolitik ist kein Ruhmesblatt für die Europäische Gemeinschaft. Wir haben diesen Raum lange unterschätzt.

Das Thema Fundamentalismus ist von uns schon vor zehn Jahren in Algerien heiß diskutiert worden - ich war damals dort an der Botschaft. Wir waren alle der Ansicht: Wenn keine tiefgreifenden Reformen stattfinden, ist diese Entwicklung unvermeidlich. In Deutschland gibt es leider nur wenige Kenner dieses Landes, etwa Jürgen Wischniewski. In den Medien ist darüber in den letzten zehn Jahren so gut wie nichts berichtet worden. Erst jetzt hat man Algerien plötzlich wiederentdeckt. Nur: die Qualität der Berichte zeugt oft von großer Unkenntnis.

Herr Brandt erwähnte die Türkei. In Paris wird mir des öfteren entgegengehalten: Was für uns Algerien ist, das ist für Euch die Türkei. Der Vergleich mag hinken. Wir könnten natürlich lange über die Bedeutung der Türkei diskutieren; beispielsweise für die Sicherheit Europas, ihre gestiegene Bedeutung angesichts der gegenwärtigen Konflikte im Nahen Osten oder angesichts des Zerfalls der Sowjetunion.

Aber wenn dann die Sprache auf den EG-Beitritt der Türkei kommt, stelle ich eine große Sprachlosigkeit fest. Man hat fast den Eindruck, alle sind froh, daß es die Griechen gibt, die alle Ansinnen einer Heranführung der Türkei an die EG zurückweisen. Nur ist das keine Antwort. Ich meine, wir müssen ehrlich mit der Türkei, aber auch mit Griechenland umgehen. Wir sollten auf die Griechen stärker einwirken, damit sie eine normale Entwicklung des Verhältnisses zur Türkei zulassen und den Türken klarmachen, daß wir uns nur ein Assoziationsverhältnis mit der EG vorstellen können. Aber ich stimme zu, daß die Türkei für Europa ein äußerst wichtiger Faktor in dieser Region ist.

### **Stürmer**



Ich halte das für einen wichtigen Hinweis, Herr Bitterlich. Die Türkei ist durch das Ende des Kalten Krieges, durch den Sog der transkaukasischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, wo etwa 40 Millionen Menschen der Turkvölker leben, in ein Spannungsfeld geraten, dessen Auswirkungen zur Zeit weder die türkische Regierung noch wir überblicken. Da findet eine dramatische Entwicklung statt. Das Kurdenproblem stellt sich außerdem. Wenn man Slowenien einen Staat nicht verweigert, wie will man ihm dem um vieles größeren kurdischen Volk versagen? Hier liegt also sehr viel brennbares Material. Da gibt es keine glatten Lösungen, sondern das sind tragische Konflikte.

### **Kosto**

Ich stimme Herrn Brandt zu, daß wir eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik entwickeln müssen. Die Wanderungsbewegungen und die Flüchtlingsströme sind in der Tat aber auch ein weltweites Problem. Meine Frage ist, ob wir unsere europäische Solidarität weltweit verstehen oder geographisch eingrenzen. Mit anderen Worten: Beschränken wir unsere Mittel auf die Länder, aus denen die Wanderungsströme nach Europa kommen und überlassen die anderen Regionen dem Hohen Kommissar für Flüchtlinge oder den Vereinigten Staaten oder Japan?

### **Chesnais**

Gerade um das Mittelmeer herum befinden wir uns in einer Region, die im Laufe des nächsten halben Jahrhunderts Migrantenströme wird aufnehmen müssen - ob wir das wollen oder nicht;- , die sehr viel größer sein werden als diejenigen, die etwa Nordamerika während seiner ganzen modernen Geschichte seit 30 oder 40 Jahren zu verkraften hatte. Als Demograph weise ich daraufhin, daß in Afrika in den nächsten 30 Jahren zusätzlich eine Milliarde Menschen leben werden. Es befindet sich demzufolge in einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage. Das derzeitige weltweit dominante Entwicklungsmodell ist viel zu wenig auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet. Schon heute gibt es in den meisten Ländern Afrikas eine massive Arbeitslosigkeit. Was werden diese Hunderte von Millionen Menschen tun? Wir sehen zur Zeit vor allem nach Nordafrika. Möglicherweise ist das Problem dort eher gering im Vergleich zu dem, was von südlich der Sahara auf uns zukommt.

Ich sehe verschiedene Möglichkeiten, um die Ungleichgewichte zu verringern, insbesondere im Mittelmeerraum, wo demographisch und ökonomisch gesehen größter Reichtum und größte Armut einander unmittelbar gegenüberstehen. Hinzu kommt das kulturelle Ungleichgewicht, weil hier Islam und Christentum aufeinanderstoßen. Die Hälfte des Islam befindet sich im Süden Europas: eine halbe Milliarde Menschen, die zudem die größte Bevölkerungszunahme aufweist.

Es gibt vier mögliche Gegenmittel, die miteinander verbunden werden müssen: Erstens könnte man das demographische Wachstum in unseren Ländern selbst anregen, indem man beispielsweise die Sozialausgaben wieder in ein Gleichgewicht bringt, die heute vor allem den alten Menschen zugute kommen, während die jungen Haushalte viel häufiger unterhalb der Armutsgrenze leben. Das gilt für alle großen OECD-Länder. Die schwierigen Lebensumstände der jungen Haushalte verhindern den Wunsch nach Fortpflanzung.

Zweitens sollte man die Familienplanungspolitik im Herkunftsland unterstützen. Frankreich hat in dieser Hinsicht nicht die ihm zukommende Rolle gespielt. Ich habe mehrfach in afrikanischen Ländern gearbeitet und dort festgestellt, daß die amerikanischen und kanadischen Kollegen in dieser Hinsicht viel mehr tun als wir.

Drittens sollten wir, wenn möglich, eine Pufferzone schaffen. Nordafrika und die Türkei könnten eine Pufferzone zu Schwarzafrika und dem Nahen Osten darstellen, die auf lange Sicht in bezug auf Emigration und Integration die größten Probleme bereiten werden.

Viertens brauchen wir eine weitergehende gemeinsame Asylrechtspolitik auf sehr lange Sicht. Denn Einwanderung umfaßt sowohl den Zustrom von Flüchtlingen als auch familiäre Zuwanderung und wirtschaftliche Immigration.

### **Hassner**

Zu Thierry de Montbrial's optimistischer Erwartung, was die globale Entwicklung des Bevölkerungswachstums angeht, und seiner Theorie des demographischen Übergangs kann ich nur hoffen, daß er recht behält. Herr Chesnais, der der optimistischen Schule von Sauvy angehört, scheint ähnlich zu denken. Aber selbst wenn die Démographie bessere Voraussagen machen kann als die politische Wissenschaft oder die Wirtschaft, ist sie gleichwohl nicht vollkommen. Die globale Perspektive sollte jedenfalls diskutiert werden.

Wenn hier verstärkte Wirtschaftshilfe für die Herkunftsländer gefordert wird, möchte ich darauf hinweisen, daß dies auf kurze Sicht die Auswanderung eher erhöhen als verringern könnte. Das ist durchaus ein Dilemma. Unter langfristigen Gesichtspunkten ist dies sicher wünschenswert, aber auf kurze Sicht kann es die Probleme eher noch verschärfen.

Alfred Grosser hat die Problematik von "Nationalität" und "Staatsangehörigkeit" aufgeworfen. Ich stimme mit ihm voll überein, wenn ich auch nicht alle seine Folgerungen teile. Mein Eindruck ist jedenfalls, daß es eine Tendenz zu einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gibt, wenn beide auch von sehr unterschiedlichen Ausgangspunkten herkommen. In Deutschland orientiert man sich jetzt ein wenig mehr an Vorstellungen, die die Staatsangehörigkeit an den Geburtsort binden. In Frankreich hat bedauerlicherweise der vormalige Präsident Giscard d'Estaing die blutmäßige Abstammung ins Spiel gebracht.

Trotz einer gewissen Annäherung darf man die Augen aber nicht davor verschließen, daß für die Integrationspolitik, aber auch für die multikulturelle Politik, ein ernsthaftes Problem besteht, nämlich die sehr unterschiedlichen Traditionen. In den meisten europäischen Ländern scheint man dem multikulturellen Modell den Vorzug zu geben, wie das in Frankreich vor etwa zehn Jahren bei der Linken in Mode war. Heute dagegen will man bei uns das alte französische Modell wieder aufwerten, nachdem die Schwarzafrikaner daraufgekommen sind, daß "unsere Vorfahren, die Gallier, blonde Haare hatten", um eine individuelle Integration zu ermöglichen, während im Fall der Multikulturalität die ethnischen Gemeinschaften in den Ghettos oder in den Händen von Ayatollahs gelassen werden.

Aus französischer Sicht liegt hier ein großes Problem, weil viele Leute meinen, Integration werde auf lange Sicht nach diesem Modell funktionieren, auch für die Maghrebener. Aber Europa wird uns unvermeidlich ein anderes Modell oktroyieren, nämlich das der Multikulturalität, das uns die Probleme beschert, wie die Engländer sie mit solchen Gemeinschaften in Birmingham und anderswo hatten. Aber wir sind gezwungen, eine entsprechende Politik anzustreben, wenn die inneren Grenzen in der Europäischen Gemeinschaft gefallen sind.

Das gleiche gilt für die Begriffe Staatsangehörigkeit und Nationalität. Ich beschäftige mich vorwiegend mit Osteuropa. Wenn man hier an Jugoslawien denkt, aber auch an andere europäische Länder, dann sagen uns dort alle Freunde, daß sie unbedingt die Unterscheidung von Staatsangehörigkeit und Nationalität brauchen, nach dem Vorbild der österreichisch-ungarischen Monarchie. Wenn man will, daß die serbischen Enklaven in Kroatien weder serbisch noch kroatisch sind, dann brauchen wir eine europäische Staatsangehörigkeit. In Frankreich dagegen stößt die Idee einer mehrfachen Staatsangehörigkeit und die Unterscheidung von Nationalität und Staatsangehörigkeit auf heftigen Widerstand.

Ich weiß nicht, ob den deutschen Teilnehmern bekannt ist, daß nach Maastricht innerhalb der Gemeinschaft die Frage des kommunalen Ausländerwahlrechts ein großes Problem darstellt. Herr Balladur, vielleicht der künftige Premierminister der Rechten, hat gesagt, daß er Maastricht akzeptiert mit Ausnahme des Ausländerwahlrechts. Denn nach französischem Recht würden die Ausländer dann auch den Senat mitwählen, und eine solche politische Entscheidung würde die Souveränität zu sehr tangieren. Wir sehen uns also sehr unterschiedlichen Konzeptionen gegenüber, und wie läßt sich zwischen Integration und Aufrechterhaltung der nationalen Identitäten ein Mittelweg finden? Diese Frage bleibt offen.

Des weiteren wurde nach einer Definition des Begriffs "Flüchtling" gefragt. Es gibt hier in der Tat eine unterschiedliche Betrachtungsweise, ob man diese Frage nun aus der Sicht der Flüchtlinge selbst oder aus der der Aufnahmeländer betrachtet. Diejenigen, die sie aus der Sicht der Flüchtlinge sehen, verneinen eine Unterscheidung von politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen. Menschen, die Opfer eines Systems sind, das ihnen keine Lebensperspektiven gibt und keine Arbeitsmöglichkeiten bietet, sind genauso legitime Flüchtlinge wie jene, die politisch verfolgt werden. Auf der anderen Seite ist klar, daß man nicht alle aufnehmen kann und deshalb die Unterscheidung von Flüchtling und Einwanderer nicht verwischen sollte.

Ich sehe mich nicht in der Lage, hier einen klaren Standpunkt zu entwickeln. So hat Herr Schnoor das Problem der Nicht-Akzeptanz der Roma, der Zigeuner, angesprochen. Ihr Drama besteht darin, daß sie auch in den Ländern Osteuropas, in Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien keine Akzeptanz finden. Das ist ein enormes Problem für ganz Europa.

Trotz aller Schwierigkeiten, die möglicherweise den extremen Rechten in vielen Ländern zur Macht verhelfen könnten und die in der Innenpolitik erhebliche Probleme mit sich bringen, sehe ich keine andere Lösung, als hier gemeinsam vorzugehen. Deshalb bin ich für Einwanderungsquoten. Wir

brauchen eine gemeinsame Politik in der Gemeinschaft und auch in der KSZE und anderswo, um mit den Herkunftsländern über Probleme wie Zigeuner oder Quoten abgestimmt verhandeln zu können.

### **Rovan**

Was die Roma angeht, so hat, wenn ich recht unterrichtet bin, das Land Nordrhein-Westfalen, das Probleme mit dieser Gruppe hatte, großzügigerweise Wohnungen in Mazedonien für diejenigen Roma gebaut, die nicht aufgenommen werden konnten. Die Folge ist, daß diese Unglücklichen nunmehr Opfer der blinden Eifersucht ihrer Nachbarn geworden sind, weil sie jetzt sehr viel besser wohnen als das mazedonische Staatsvolk. Ähnliche Probleme dürfte es übrigens in Rußland geben, wo mit deutschem Geld von türkischen Firmen für russische Offiziere, die repatriert werden, für dortige Verhältnisse hervorragende Wohnungen errichtet werden.

### **Stürmer**

Ich sehe die Gefahr, daß wir vis-à-vis diesen Bevölkerungs- und Wanderungsproblemen zu sehr von der Hand in den Mund leben und in Jahren statt in Jahrzehnten und Generationen denken, wo die Zahlen sich noch in ganz anderen Dimensionen bewegen werden. Wir haben es in der Tat mit einer säkularen Entwicklung zu tun, die Europa und alle europäischen Länder tief verändern wird.

An Frankreich läßt sich bereits eindringlich feststellen, wie stark die politische Struktur sich verändert hat. Bei einer ähnlichen Entwicklung in Deutschland würde ich dem Projekt Europa kaum noch eine Zukunftschance geben. Eine Le-Pen-Bewegung in Deutschland mit einem Potential bis zu 20 Prozent würde uns in der ganzen Welt isolieren und die deutsche politische Szenerie unberechenbar für uns selbst und für die Umwelt machen. Es hört sich ja gut an, wenn gesagt wird, wir müssen unsere Bevölkerung aufklären, damit sie toleranter wird - und wenn sie es nicht wird? Wollen wir uns auf ein Experiment einlassen, das nicht mehr reversibel ist?

Ich meine also, wir müssen in einer längeren Perspektive denken, und zwar jenseits aller innenpolitischen Taktik, und auch auf alles Wunschdenken verzichten. Die Menschen müssen wir nun einmal so nehmen, wie sie sind; andere gibt es nicht. Und wenn sich die Weltkonjunktur weiter abschwächen sollte, wie es den Anschein hat, dann bleibt für Bildungsmaßnahmen wenig Hoffnung, und es wird sich schnell zeigen, daß die Bereitschaft zu teilen und zu opfern begrenzt ist. Man braucht nur die Argumentation der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lohnrunde anzusehen, wenn es um den "Solidaritätsbeitrag" für die deutsche Wiedervereinigung geht.

Wir können in dieser Situation auch auf keinerlei historische Vorbilder zurückgreifen. In den 60er Jahren haben wir noch geglaubt, daß industrielle Entwicklung zu Stabilisierung führt. Als Historiker kann ich vor solchen Hoffnungen nur warnen. Die Bevölkerungsexplosion in den europäischen Staaten - mit Ausnahme Frankreichs - in England, Irland, Deutschland, Belgien, Nord- und Süditalien hielt über mehrere Generationen an und hat sich vor dem Ersten Weltkrieg nicht stabilisiert. Lediglich die Wachstumsraten selbst steigerten sich nicht mehr. Dabei haben wir in Europa nirgendwo und zu keiner Zeit Wachstumsraten erreicht, wie wir sie heute in der gesamten islamischen Welt antreffen, wo sie bei drei, zum Teil sogar bei vier Prozent liegen. In Europa betrug das Bevölkerungswachstum pro Jahr selten mehr als 1,6 bis 1,8 Prozent, selbst in Irland nicht, wo die Menschen zeitweise in Scharen nach Amerika auswanderten. Sicher, die Menschen sind damals früher gestorben, und wir wissen nicht, ob die Alterserwartung in den islamischen Ländern höher sein wird als im Europa des 19. Jahrhunderts.

Aber ich wiederhole: Diese hochdynamische Entwicklung hat in Europa über mehrere Generationen angehalten, und sie ist nicht durch Industrialisierung stabilisiert worden. Das hat erst der Erste Weltkrieg und die anschließende tiefe Depression eingeleitet, die sich auf die Mentalität der Völker auswirkte. Durch den Zweiten Weltkrieg und verschiedene weitere Faktoren ist dann eine tatsächliche Stabilisierung und sogar ein Rückgang in der Bevölkerungsentwicklung eingetreten.

Wenn wir also darauf warten wollen, dann müssen wir an einen Zeitraum von, sagen wir, einhundert Jahren denken. Bis dahin wird die Weltbevölkerung auf 10 bis 14 Milliarden Menschen angewachsen sein. Selbst wenn die Nahrungsmittel für diese Bevölkerung ausreichen - was unter Biologen und Pflanzenzüchtern durchaus umstritten ist;- , wird es ihr an Wasser zum Trinken und Luft zum Atmen fehlen, worauf die Vereinten Nationen längst verweisen, die nicht im Ruf stehen, unnötig Panik zu machen. Der Bevölkerungsbericht der Vereinten Nationen von 1990, den Herr Körber zitiert hat, ist klinisch kalt und gerade deshalb sehr eindrucksvoll. Da gibt es nicht viel Spielraum.

Kann man die europäischen Ersparnisse in Kapital umwandeln? Das ist sicher möglich, aber kaum für die Dritte Welt. Denn die Geldströme gehen nun einmal logischerweise dahin, wo aus Geld Kapital

wird und Rendite trägt. Im Augenblick können wir froh sein, wenn mehr Kapital nach Ost- und Mitteleuropa fließt. Aber daß es in Gegenden geht, wo sich das Kapital sozusagen in Luft auflöst, ist ganz und gar unwahrscheinlich. Angesichts des Modernisierungsdrucks, dem sich unsere Gesellschaften gegenübersehen, wäre dies auch nicht wünschenswert; denn dadurch würden gerade jene Länder geschwächt, die allein den schwachen Ländern helfen können. Also von solchen Vorstellungen, durch Geldexport der Dritten Welt zu helfen, ist wohl Abschied zu nehmen.

Wie groß die friedliche Absorptionsfähigkeit unserer Gesellschaften für Zuwanderer ist, das läßt sich theoretisch nicht ermitteln, und praktisch sollten wir es besser nicht erproben. Wenn uns etwas an einer europäischen Koordination gelegen ist, müßte diese in den nächsten ein bis zwei Jahren erfolgen. Danach könnte die ganze Entwicklung außer Kontrolle geraten, weil unsere Gesellschaften dann nicht mehr vernünftig, sondern instinktmäßig reagieren werden, was nicht eben günstig wäre. Wir haben also nur noch eine begrenzte Zeitspanne, in der vernünftige Reaktionen möglich sind.

Vielleicht ist nicht überall deutlich geworden, daß zwischen dem europäischen Projekt und der Durchsetzung des Schengener Abkommens ein direkter Zusammenhang besteht. Wenn sich die deutsche Haltung in bezug auf die Asylfrage nicht ändert, kann Schengen scheitern. Die Haltung des französischen Senats in dieser Frage ist recht eindeutig: Das Schengener Abkommen wird nur ratifiziert, wenn Deutschland in der Asylfrage eine ähnliche Politik anvisiert wie die anderen Partner.

Das größte Land in Europa hat hier auch eine besondere Verantwortung zu übernehmen. So sehr wir alle das Asylrecht schützen wollen, so sehr müssen wir auch eine Überlastung verhindern, die dann eintritt, wenn nicht nur die an Leib und Leben bedrohten Menschen zu uns kommen, sondern auch all die anderen, die sich bei uns ein besseres Leben als in ihrer Heimat versprechen. So verständlich dies ist, müssen wir diese Entwicklung dennoch anhalten, sonst ist schon die Bewegungsfreiheit in einem Europa ohne Grenzen evident in Gefahr.

Solange es den Kalten Krieg noch gab und die Mauer noch stand, waren das alles theoretische Überlegungen, die zu wenig verpflichteten. Jetzt ist daraus mit einem Mal bitterer Ernst geworden. Denn die Welt nach dem Kalten Krieg ist leider Gottes nicht stabil, sondern es drohen Krisen und Katastrophen, die sich bereits an mehreren Stellen abzeichnen oder sogar schon im Gange sind. Dadurch werden wiederum neue Menschenströme in Bewegung gesetzt, und es wird ohnehin genügend echte Asylanten, wirklich bedrängte Menschen geben. Diese europäische Dimension sollten wir mehr als bisher im Auge haben. Sie ist bis 1988/89 kaum gesehen worden. Übrigens ist diese neue Völkerwanderung auch als Sicherheitsproblem bisher nicht erkannt worden.

## John

Es gibt in der sich dramatisch zuspitzenden Zuwanderungsdiskussion offensichtlich eine neue Beruhigungsspiel, die da heißt: "Armutsbekämpfung vor Ort - Migrationsvermeidungspolitik". Das mag ja eine richtige Überlegung sein. Aber alle Fakten sprechen dagegen, daß der Transfer von Kapital und Know-how in die armen Länder kurz- und mittelfristig tatsächlich eine Abwanderung von dort verhindert. Im Gegenteil, es werden zunächst neue Wanderungsströme ausgelöst. Das zeigen sämtliche Untersuchungen aus den USA, die sich als klassisches Einwanderungsland intensiv mit dieser Thematik befaßt haben.

Das zeigt im übrigen auch ein Blick auf unsere eigene Geschichte. Zehn Jahre nach Kriegsende - Deutschland befand sich gerade in einer hoffnungsvollen Aufbauzeit haben wir noch einmal eine große Auswanderungswelle in die Vereinigten Staaten und nach Australien erlebt, zu einer Zeit also, wo man durchaus positive Perspektiven in Europa hatte. Die Erwartung etwa, wenn wir genug Pakete nach Rußland schicken, werden die Menschen dort bleiben, ist mit Sicherheit falsch. Damit wird dort auch der Eindruck erweckt: Wie muß das Land selbst erst aussehen, in dem die Bewohner es sich leisten können, so schöne Pakete zu schicken. Damit rede ich keineswegs gegen solche absolut notwendigen Hilfsmaßnahmen, sondern warne nur vor falschen Hoffnungen.

Deutschland ist inzwischen zum größten Einwanderungsland in Europa geworden, und wir sind neben den USA auch das größte Einwanderungsland weltweit. Wir tun aber so, als seien wir nach wie vor ein Nicht-Einwanderungsland. Deshalb verfügen wir auch nicht über die entsprechenden Institutionen und gehen mit diesen Dingen als größtes europäisches Einwanderungsland reichlich unprofessionell um. Das muß sich, meine ich, so schnell wie möglich ändern.

Wie können wir erwarten, daß die Diskussion an den Stammtischen sachlich geführt wird, wenn sie auf der politischen Entscheidungsebene so gut wie gar nicht stattfindet. Es gibt in Bonn keinen Parlamentsausschuß für Zuwanderungs- und Migrationsfragen; das macht alles der Innenausschuß, der nicht einmal einen diesbezüglichen Unterausschuß hat, in dem diese Fragen gesondert behandelt

werden können. Viel weniger gibt es einen dafür zuständigen Staatssekretär, von einem eigenen Einwanderungsministerium ganz zu schweigen. Und das, obwohl wir mit circa 650.000 Menschen pro Jahr die meisten Einwanderer neben den USA aufnehmen. Das sind im Augenblick etwa 200.000 Aussiedler; des weiteren an die 250.000 Asylbewerber. Außerdem gibt es die Familienzusammenführung und etliches mehr. Das summiert sich auf ungefähr 650.000 Menschen pro Jahr, die nach Deutschland kommen. Als Berliner Ausländerbeauftragte kann ich nur mit Nachdruck die Schaffung von mehr Institutionen fordern, wenn wir die Diskussion bei uns versachlichen und unserer Bevölkerung die Zusammenhänge deutlich machen wollen.

Ich warne auch davor, an perfekte Lösungen zu glauben. Wenn ich Herrn Stürmer zuhöre, dann sage ich mir: Das mag ja alles richtig sein, aber wie gehen wir damit um? Es gibt genügend Unheilspropheten, die uns die einfache Lösung anbieten: nämlich niemanden mehr reinzulassen und diejenigen, die drin sind, wieder hinauszuerwerfen. Wir wissen alle, wie absurd das eine wie das andere ist. Deshalb sollten wir gegenüber unserer Bevölkerung auch nicht so tun, als brauchten wir nur das Asylrecht zu ändern, damit niemand mehr zu uns kommt. Ich bin dennoch dafür, das Aufnahmeverfahren entscheidend zu ändern, um die Probleme wenigstens etwas zu verringern. Aber es gibt keine perfekte Lösung. Wir können allenfalls weniger schlechte Lösungen erreichen als die, die wir jetzt haben.

Was wäre eine weniger schlechte Lösung? Ich denke zum Beispiel, daß eine durchdachte Einwanderungspolitik Vorteile hätte. So könnten wir die Zahl der Zuwanderer von vornherein festlegen. Im Grunde sollten wir ja stolz darauf sein, daß - nicht nur auf Deutschland beschränkt - Westeuropa zum erstenmal in seiner Geschichte zu einem Einwanderungskontinent geworden ist; bisher sind die Menschen von hier immer ausgewandert. Das bedeutet, daß wir es mit einem wohlhabenden, politisch stabilen Land zu tun haben. Das wollten wir doch - speziell in Deutschland - immer sein: ein Modell für andere.

Viele Menschen sind der irrigen Meinungen, wenn wir schon als Nicht-Einwanderungsland so viele Menschen aufnehmen, wie viele werden es erst, wenn wir Einwanderungsland werden? Die Leute verkennen, daß wir dann die Zahl besser steuern können. Das ist auch eine moralische Frage. Denn was könnten wir den Ärmsten und Verlierern dieser Welt bei uns bieten? Sicher keine schnelle Integration. Selbst mit den besten Integrationsprogrammen und den professionellsten Institutionen würde es nicht gelingen, größere Gruppen innerhalb von zwei, drei Generationen in einer modernen Industriegesellschaft zu beruflichem und sozialem Aufstieg zu bringen. Wenn wir also aus moralischen Gründen viele Armutsflüchtlinge bei uns aufnehmen, dann machen wir sie hier wieder zu einer diskriminierten Minderheit.

Warum können wir nicht auch unsere nationalen Interessen formulieren, indem wir nicht nur Arme und Verlierer bei uns aufnehmen, sondern auch solche Ausländer, die in der Lage sind, hier selbst Arbeitsplätze zu schaffen, zum Beispiel Auswanderungswillige aus Hongkong? Wir schließen uns damit doch nicht ethnisch oder völkisch ab. In dieser Frage sind wir längst ein offener Nationalstaat geworden und wollen es auch bleiben.

Deshalb sollten wir endlich ein Einwanderungsmodell entwickeln, das uns weit besser in die Lage versetzt als bisher, mit den Flüchtlingsproblemen umzugehen. Dann könnten wir, wie etwa Australien, ohne weiteres sagen: Die Bundesrepublik nimmt im Jahr soundso viele Menschen auf, wobei die politisch Verfolgten erste Priorität haben. In der ganzen Nachkriegszeit haben wir übrigens nie mehr als 50.000 politisch Verfolgte -Asylberechtigte und Flüchtlinge nach der Genfer Konvention- im Jahr aufgenommen, Herr Schnoor. Und es gibt heute nicht mehr so viele Verfolgte aus politisch-ideologischen Gründen. Die Zeit ist hoffentlich vorbei.

Dabei will ich nicht verschweigen, daß es heute möglicherweise andere Formen der politischen Verfolgung gibt. Wie würden Sie etwa den Fall eines entlassenen Lehrers in einem schwarzafrikanischen Land bewerten, der sich negativ über die herrschende Partei in seinem Land geäußert und seinen Staatspräsidenten einen Ganoven genannt hat? Er wird bei uns als politisch Verfolgter anerkannt.

Wie steht es aber um die junge Nationalchinesin, die gegenwärtig in Berlin lebt und gerade ihr zweites Kind bekommt? Sie sagt: Wenn ich nach China zurückgehe, bekomme ich keinen Kindergartenplatz und auch keinen Schulplatz für mein Kind. Wenn ich Arbeit finden sollte, müßte ich sehr viel höhere Steuern zahlen, weil ich gegen die chinesische Bevölkerungspolitik verstoßen habe. Mit anderen Worten, diese Frau kann ein bei uns selbstverständliches Menschenrecht, nämlich so viele Kinder zu bekommen, wie sie will, in ihrem Land nicht wahrnehmen. Ist das nicht auch eine Form von politischer Verfolgung? Bei uns wird diese Frau nicht als politisch verfolgt anerkannt, sondern zurückgeschickt.

Natürlich weiß ich auch, daß eine Anerkennung weitreichende Folgen hätte. Die Aufnahme kann also keine Lösung sein.

Ich stimme Herrn Rovon zu: Wir leben in einer Zeit großer Unsicherheit, und wir brauchen gleichzeitig in unserer Bevölkerung ein Höchstmaß an Gelassenheit beim Umgang mit diesen Problemen. Dazu sind aber die Bürger in den letzten 40 Jahren nicht angehalten worden. Und gerade jetzt, wo wir finanzielle Probleme haben, sehen wir uns den großen Zuwanderungsraten gegenüber. Ob wir da noch zu Gelassenheit und Toleranz finden, wage ich zu bezweifeln. Da ist es wenig hilfreich, den vielen, die zu uns kommen, vorzuwerfen, sie würden unser schönes Asylrecht kaputt machen. Die Menschen versuchen nur, eine Chance wahrzunehmen, die wir ihnen zu eröffnen scheinen, obwohl es de facto nicht so ist. Wenn Wanderungswillige bei uns für Jahre aufgenommen werden, warum sollen sie dann nicht kommen?

Aber so wie die großen politischen Auseinandersetzungen heute betrieben werden: Forderung einer totalen Laissez-faire-Politik auf der einen Seite, totale Verhinderung von Zuwanderung auf der anderen, stellt sich die Einwanderungsalternative nicht. Und selbst, wenn wir zu einem von mir befürworteten Einwanderungsmodell kommen, werden wir illegale Zuwanderungen nicht verhindern können. Ich sehe es deshalb als notwendig an, auf mehr Gelassenheit hinzuwirken.

### **Fritsch**

In der Tat erleben wir derzeit einen Wandel von einer aus historischen Wurzeln gewachsenen Asylpolitik, die auch ein bestimmtes Staatsrechtskonzept beinhaltet, hin zu dem größeren Rahmen einer Einwanderungspolitik. In dem Spannungsfeld von kurzfristigen Notwendigkeiten und langfristigen Überlebensstrategien kommen wir mit der moralischen Komponente, die der Asylpolitik zugrunde liegt, nicht mehr weiter.

Wie die Beispiele der Vereinigten Staaten und Australien zeigen, kommt es darauf an, die Einwanderungsbestimmungen - unabhängig von politischen und ethischen Grundsätzen - so zu formulieren, daß daraus ein Positivsummenspiel wird, das den Einwanderern genauso zugute kommt, wie den Gesellschaften, die sie aufnehmen.

Die Demographen haben uns ja hinlänglich darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Bevölkerung allmählich überaltert - was durchaus nachteilige soziale und wirtschaftliche Konsequenzen hat. Eine generelle Verjüngung ist aber nur möglich, wenn wir über mehrere Generationen Populationen aus anderen Ländern aufnehmen, die einen ganz anderen Altersaufbau aufweisen.

Was die erwähnten Prognosen für die Weltbevölkerung angeht, so habe ich in meinen Büchern bisher ebenfalls mit der Annahme operiert, daß sich die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2030 - 2040 um die zehn Milliarden Menschen herum stabilisieren wird. Neuere Prognosen gehen von ganz anderen Zahlen aus. Der sehr renommierte amerikanische Demograph Keyfitz, der jetzt bei der IIASA in Laxenburg arbeitet, spricht von einer Stabilisierung bei acht Milliarden Menschen. Und Herwig Birg von der Universität Bielefeld, der alle verfügbaren Daten nachgerechnet hat, behauptet, die Zahlen der Weltbank und der UNO seien schlicht falsch. Eine Stabilisierung der Weltbevölkerung sieht er weder bei acht noch bei zehn, sondern, wenn wir Glück haben, bei 14 Milliarden Menschen. Das sind natürlich beträchtliche Differenzen.

Als Sozialwissenschaftler und Ökonom wird mir da wieder einmal deutlich, wie wenig wir über jene Probleme wissen, welche die Zukunft der Menschheit betreffen. Wenn ein Flugzeugpilot seinen Kurs nur so ungenau kennen würde, wie wir wissen, wohin die Bevölkerung sich entwickelt, würde er kaum je am Zielort ankommen.

Die Frage der Kapitalknappheit ist bereits angesprochen worden. Auch dieses Problem hat eine eminent politische Dimension. Denn unter dem Eindruck der bestehenden politischen Unsicherheiten beobachten wir eine Tendenz zur Verkürzung der Zeithorizonte. Das heißt, eine Investition wird nur dann vorgenommen, wenn sie sich innerhalb von drei bis vier Jahren - früher waren es sieben bis acht Jahre - rentiert. Das bedeutet, der implizite risiko-orientierte Geldzinsfluß liegt bei etwa 12 bis 14 Prozent, während die soziale Diskontrate für infrastrukturelle Investitionen etwa vier bis fünf Prozent beträgt, was eine Amortisationszeit von 14 bis 17 Jahren impliziert. Je größer der Unterschied zwischen der Geldrate und der sozialen Diskontrate ist, um so größer ist der politische Steuerungsbedarf, den wir jedoch angesichts der großen politischen Unsicherheiten nicht zu erbringen in der Lage sind.

Die Konflikte zwischen islamischer und christlicher Kultur sind bisher recht unverbindlich angesprochen worden. Ich denke jetzt einmal an einen staatspolitisch sehr wichtigen Punkt, nämlich die Trennung von Kirche und Staat, also Scharia versus säkularisierten Staat. In der Schweiz wollten

die Türken plötzlich eigene Schulen einrichten, wobei im Koran Schule und Moschee alles in einem ist. Das verstößt aber gegen den Säkularisationsanspruch des Staates bei uns. Da geht es also nicht mehr um die Frage der persönlichen Sympathie zu den betreffenden Menschen, sondern um die Grundsätze unserer Rechtsordnung, die sich in den letzten 200 Jahren, nicht zuletzt dank der französischen Revolution entwickelt haben. Wenn wir dies übersehen, tun wir weder uns noch den anderen einen Gefallen.

### **Grosser**

Man kann nicht in einem Atemzug einerseits von Planung auf lange Sicht sprechen und andererseits den Islam von heute als nicht wandelbar ansehen. Noch im 19. Jahrhundert hat sich die katholische Kirche ebenso verhalten wie der Islam heute. So wie wir in der Demographie mit langen Zeiträumen rechnen, können wir nicht erwarten, daß sich die neuen Bevölkerungsgruppen, die nach Frankreich kommen, hier sehr schnell lazisieren. Das wird auch seine Zeit brauchen.

### **Rovan**

Deshalb sollte man sehr aktiv alle diejenigen Elemente unterstützen, die die Laizierung des Islam vorantreiben.

### **Fritsch**

Wenn es diese Elemente gibt.

### **Kaiser**

Ich würde es begrüßen, wenn speziell die französischen Teilnehmer uns diese Debatte, die innerhalb Frankreichs das Problem der Moslems betrifft und ihr Verhältnis zur übrigen Bevölkerung, noch ein wenig verdeutlichen könnten.

### **Chesnais**

Hinsichtlich der langfristigen Perspektiven bei der Entwicklung der Weltbevölkerung hat Herr Fritsch zwei extreme Szenarios einander gegenübergestellt. Zum einen die niedrige Schätzung von Keyfitz mit acht Milliarden und dann die hohe von Birg mit vierzehn Milliarden Menschen. Ich kenne die Arbeiten beider Experten sehr genau und meine, daß beide nicht zutreffen. Die Schätzung von Keyfitz ist zu niedrig und die von Birg zu hoch. Die meisten Untersuchungen, seien es die der Weltbank oder der Vereinten Nationen, gehen für das Jahr 2000 von etwas mehr als sechs Milliarden aus und für 2025 von etwas mehr als acht Milliarden, ohne daß der Anstieg dann schon zum Stillstand gekommen sein wird. Wir werden also die Acht-Milliarden-Grenze bald überschreiten und im Endeffekt vielleicht auf zehn bis zwölf Milliarden kommen. Genauer kann man es nicht sagen.

Ich meine allerdings nicht, daß man die Frage im Weltmaßstab stellen muß. Es handelt sich hier weniger um ein globales Problem, sondern mehr um eines, das für bestimmte Regionen relevant ist, insbesondere für den Mittelmeerraum. In diesem Gebiet sind die Gegensätze am stärksten, worauf ich schon hingewiesen habe. Die Europäische Gemeinschaft weist gegenwärtig die niedrigste Geburtenrate in der Welt auf, die bei weitem nicht ausreicht, um langfristig die Bevölkerung im Gleichgewicht zu halten. Vielmehr haben wir eine starke Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen. Deshalb sind wir auf Einwanderung angewiesen.

Im Süden gibt es einen beträchtlichen Geburtenüberschuß, der unser Defizit bei weitem übersteigt. Allein in Afrika wächst die Bevölkerung um circa zwanzig Millionen Menschen pro Jahr, während unser langfristiger Einwanderungsbedarf - wenn man davon ausgeht, daß damit lediglich unser demographisches Defizit ausgeglichen werden soll - sich für die Europäische Gemeinschaft vielleicht auf zwei Millionen beläuft.

Nun muß man Afrika insgesamt betrachten. Nordafrika ist im Augenblick sehr viel stärker an den Wanderungsbewegungen beteiligt, weil es sich in einem anderen Entwicklungsstadium befindet als das übrige Afrika. Es ist, was den demographischen Übergang betrifft, um circa 25 bis 50 Jahre Schwarzafrika voraus. Herr de Montbrial sagte vorhin, daß eine Weltbevölkerung von zehn Milliarden auszuhalten wäre. Das ist langfristig möglich. Aber währenddessen gerät die Entwicklung mittelfristig in ein Ungleichgewicht. Ein Bevölkerungswachstum von drei Prozent in den Europa benachbarten Ländern ist nicht zu verkraften. Daraus entsteht ein Wanderungsdruck, der unsere Aufnahmekapazitäten erheblich übersteigen wird, allein was Wohnungen, Arbeitsplätze, Städtebau und so weiter betrifft.

Herr Hassner meinte, ich habe langfristig gesehen eine optimistische Sicht der Dinge. Das trifft zu. Aber mittelfristig bin ich recht berunruhigt. Ich stehe der Immigration insofern positiv gegenüber, als wir in Europa einen Einwanderungsbedarf haben werden, weil Zuwanderung aus ökonomischen Gründen wünschenswert ist. Kulturell hingegen sind wir mit erheblichen Problemen konfrontiert, wenn ich etwa daran denke, wie wir große islamische Minderheiten eingliedern wollen.

Herr Grosser meinte, der Islam könne sich wandeln. Gewiß, alles wandelt sich: die Kulturen, die Zivilisationen. Aber das ändert nichts daran, daß es im Islam offenbar recht starke Beharrungsmomente gibt. Wenn man sich auf einer Weltkarte einmal ansieht, wie die Akzeptanz für Familienplanung verteilt ist, stellt man fest, daß die islamischen Gebiete dafür wenig aufgeschlossen sind. Das ist einer der großen Gegensätze im Vergleich zur westlichen Kultur.

Nun macht der islamische Bevölkerungsanteil in Frankreich nur einen kleinen Teil aus, während weltweit gesehen heute circa eine Milliarde Menschen dem Islam anhängen. Die in Frankreich leben, haben sich größtenteils schon an unseren Werten orientiert. Die Säkularisation schreitet bei ihnen voran; das heißt, die Einwanderer aus Nordafrika betreiben in gewissem Sinne bereits ihre Integration.

Insofern wirkt die Immigration auch selektiv. Diejenigen, die zu uns gekommen sind, haben sich auch unsere Kultur ein wenig ausgewählt, während diejenigen, die zurückgeblieben sind, nicht so ohne weiteres die gleiche Wahl getroffen hätten. Ich bin mir also nicht sicher, ob der Islam langfristig zu größerer Flexibilität fähig sein wird. Es gibt sehr verschiedene Gruppierungen. Während sich die einen uns zuwenden, lehnen uns die anderen ab. Das haben wir während des Irak-Konflikts gesehen, was wir in Frankreich sogar recht dramatisch mitbekommen haben. Wir waren jedenfalls sehr beunruhigt, als wir feststellen mußten, wie stark die islamische Gemeinschaft innerhalb Frankreichs in sich zerrissen war. Ich weiß nicht, wie sich der Islam außerhalb unserer Grenzen entwickeln wird. Und ich wage sogar für die Entwicklung in Frankreich selbst keine Prognose. Ich weiß, daß es widersprüchliche Tendenzen im Inneren des Islam gibt. Oder sollten wir besser "der Islame" sagen?

### Reiter

Bisher wurde die Diskussion sozusagen hausintern geführt. Jetzt kommt einer von draußen zur Sprache - nicht ganz von draußen, hoffe ich. Auf jeden Fall einer aus einem Land, das einen beträchtlichen Beitrag dazu leistet, daß die Deutschen nicht aussterben. Vielleicht liegt das daran, daß die Polen noch weniger als die Ukrainer, die hier angesprochen wurden, auffallen; vor allem, wenn sie nur ein wenig die Kleidung wechseln. Es gibt wohl nur wenige Völker, die sich, insbesondere in Deutschland, so leicht und schnell assimilieren wie die Polen.

Wir haben darin übrigens eine lange Tradition; aber es war nicht immer nur eine Einbahnstraße, sondern über längere Zeit ein Austausch. Allein die Familiennamen sprechen dafür. Mein Name klingt ja auch "nicht eben typisch polnisch", wie das manche meiner deutschen Gesprächspartner vorsichtig formulieren. Nach dem Kriege ist es aber zu einer Einbahnstraße geworden. Es fuhren und führten verschiedene Wege aus Polen nach Deutschland. Einer der beliebtesten Wege in den 80er Jahren war der Weg des Asylbewerbers.

Ich will mich hier keineswegs in deutsche Angelegenheiten einmischen; doch die Sache geht auch mein Land an. Ich halte sehr viel vom deutschen Asylrecht. Es gibt ja auch viele Menschen aus Polen, die davon Gebrauch gemacht haben, und zwar zu einer Zeit, als es gute Gründe dafür gab. Aber irgendwann wurde dann dieses schöne Recht ad absurdum geführt, und zwar auf eine Art und Weise, die im Grunde genommen beiden Seiten geschadet hat. Ende der 80er Jahre, als von politischer Verfolgung in Polen keinesfalls mehr die Rede sein konnte, stellten immer noch Tausende von Polen Asylanträge, wohl wissend, daß sie abgelehnt werden würden. Aber das ist ja jetzt fast vorbei.

### Schnoor

Im Jahre 1990 waren es von 200000 Asylbewerbern 9 155; wir haben sie genau gezählt.

### Reiter

Die Folgen sind aber bis heute nicht ganz überwunden. Denn die Menschen, die zu Recht abgelehnt worden sind und nach Polen zurückkehren, gehen nicht als Freunde Deutschlands, sondern mit dem Gefühl, daß ihnen unrecht getan wurde.

Wir haben heute eine geradezu absurde Situation, daß sich diese Menschen zum Beispiel an mich wenden und von mir erwarten, daß ich sie vertrete. Das heißt, sie wenden sich an den Botschafter des Staates, den sie verlassen haben, mit der Begründung, sie seien dort verfolgt worden, und fordern, er möge sie in dem Aufnahmeland unterstützen. Es gibt Tausende solcher, oft sehr bitterer Fälle.



Wenn nur die Hälfte der Mittel, die für diese Menschen hier zur Verfügung gestellt worden sind, in unserem Lande selbst eingesetzt worden wäre, hätte man vermutlich einen ganz anderen Effekt erzielen können. Das wäre ein Beitrag nicht nur zur Entwicklung Polens, sondern auch zur deutsch-polnischen Verständigung gewesen.

Die zweite Möglichkeit war, den Weg als Aussiedler zu gehen, wobei beide Gruppen nicht immer genau getrennt werden können und es zwischen ihnen auch eine gewisse Fluktuation gibt. Das heißt, Menschen, die als Asylbewerber abgelehnt wurden, stellen anschließend den Antrag, als Deutsche anerkannt zu werden.

Das Ganze hat auch eine positive Seite. Es zeigt, wie wenig nationales Denken und nationale Gegensätze das Verhalten der Menschen bestimmen. Die Leichtigkeit, mit der ein Pole, wenn er nur die Chance dazu sieht, gern ein Deutscher, ein Franzose oder ein Engländer wird, kann auch positiv bewertet werden. Doch wenn das länger anhält, wird es auch Spannungen erzeugen.

Es war eine kluge und mutige Entscheidung der deutschen Regierung, die Visumpflicht für Polen abzuschaffen - eine Entscheidung, die wohlgerne im Schengener Kreis getroffen wurde. Das heißt, die Klugheit hatte in diesem Falle eine kollektive Komponente; aber sie betrifft insbesondere die deutsch-polnischen Beziehungen.

### **Bitterlich**

Die Entscheidung wurde übrigens gegen den Widerstand anderer, zum Beispiel der Niederländer, getroffen.

### **Reiter**

Jedenfalls wurde das Problem dadurch entschärft. Der Weg nach Deutschland und Westeuropa überhaupt wurde für alle Polen geöffnet, nicht nur für diejenigen, die als anerkannte Deutsche ein Dauervisum oder gar den deutschen Paß hatten. Das hat Neidgefühle abgebaut. Man sollte sich davor hüten, eine privilegierte Gruppe zu schaffen. Das könnte das Klima in den deutsch-polnischen Beziehungen, aber vor allem zwischen einzelnen Teilen der Bevölkerung Polens vergiften.

Wir könnten dasselbe Problem in den Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn haben. Aufgrund der Geschichte könnten wir zum Beispiel sagen: Alle, die jetzt in den Gebieten leben, die vor dem Kriege zu Polen gehörten und deren Vorfahren polnische Staatsangehörige waren, haben heute Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit. Wissen Sie, wie viele Polen wir auf einmal dazubekommen würden? Ich glaube, es könnten Millionen sein. Das betrifft die Ukraine, Weißrußland, Litauen.

Wenn wir eine solche Entscheidung trafen, würden wir an unserer Ostgrenze große Spannungen hervorrufen. Ich will jetzt nicht so tun, als ob wir diese Entscheidung deshalb nicht treffen, weil wir so edel und so human eingestellt sind. Vielmehr können wir uns eine solche Entscheidung gar nicht leisten. Denn wir würden es nicht verkraften, wenn diese Millionen jetzt bei uns anklopfen und die polnische Staatsangehörigkeit beantragen.

Ich erwähne dies nur als ein Beispiel dafür, daß Polen ein Land ist, durch das selbst eine Grenze verläuft, ein Land mit einem doppelten Gefälle: mit einem Ost-West-Gefälle an der Westgrenze und mit einem West-Ost-Gefälle an der Ostgrenze. Wir haben in Polen fast spiegelbildlich die gleichen Probleme, die Deutschland hat oder hatte. Es gibt bei uns Russen-Märkte, und zwar in verschiedenen Städten Polens. Wir haben Fremd- oder Schwarzarbeiter aus Rußland; es gibt Schwarzhandel und so weiter, alles Spannungsmomente.

Wir befinden uns deshalb in einer besonderen Situation. Aufgrund des Assoziierungsabkommen mit der EG und auch durch die Abschaffung der Visumpflicht sind wir sozusagen mit einem oder mit einem halben Bein in der EG, während wir uns mit dem anderen Bein und mit dem größeren Teil des Körpers noch im Osten befinden. Jetzt wird sich entscheiden, wo wir hingehören, und daraus wird sich dann die Rolle ableiten, die Polen an dieser sehr empfindlichen Stelle Europas künftig spielen kann. Ich glaube nicht, daß es im Interesse Europas, auch von Westeuropa läge, wenn Polen gewissermaßen nach Osten umkippt. Dadurch würde die Zone der Instabilität noch größer werden. Vielmehr liegt es sowohl im Interesse Polens als auch unserer Nachbarn, daß wir uns Westeuropa zugehörig fühlen.

Wie akut die Probleme sind, zeigt eine Meldung, die ich heute morgen in Deutschland im Radio gehört habe - und die mir nur bestätigte, was mir bereits vor zwei Wochen in Warschau bekanntgeworden war;- , daß nämlich die Erdöl- und Erdgaslieferungen aus Rußland gestoppt worden sind. Polnische

Vertreter haben in Moskau vergeblich zu klären versucht, worin die Gründe für den Lieferstopp liegen. Offenbar weiß es dort wirklich niemand. Die Russen sagen: Geht nach Kiew; wahrscheinlich haben die Ukrainer ein Loch in die Pipeline gebohrt und zapfen das Erdöl ab. Das macht aber die ganze Problematik deutlich. Niemand weiß, an wen man die Vorwürfe richten soll; niemand ist schuld, niemand ist verantwortlich. Damit müssen wir in Zukunft möglicherweise verstärkt rechnen.

### **Neville-Jones**

Ich sehe weniger eine neue Einwanderungswelle, von der hier immer wieder gesprochen wird, als vielmehr mehrere gleichzeitige Bewegungen, die sich wesentlich voneinander unterscheiden. Deshalb glaube ich auch nicht, daß es nur eine Lösung geben kann.

Es wurde gesagt, daß wir es bei unserem Thema vor allem mit der Dritten Welt und mit Osteuropa zu tun haben. Ich möchte Sie jedoch auf ein ganz anderes Phänomen aufmerksam machen, das Großbritannien betreffen kann. Sollte es in Südafrika eine schwarze Mehrheitsregierung geben, kann das die Auswanderung von einer Million Menschen aus Südafrika nach England zur Folge haben. Denn diese Leute haben alle ihre britische Nationalität behalten und sind daher berechtigt, bei uns einzuwandern. Das heißt nicht, daß sie alle kommen werden, aber sie haben das Recht dazu, und ich denke, eine ganze Reihe wird davon Gebrauch machen.

Herr Brandt hat zu Recht dafür plädiert, europäische Lösungen zu finden und in dem Zusammenhang die Frage einer europäischen Nationalität angesprochen. Hinsichtlich einer europäischen Einwanderungspolitik vermeide ich im Augenblick noch das etwas fragwürdige Wort "gemeinsam".

Welche Vorstellungen gibt es in Großbritannien zur Frage der europäischen Nationalität? Die Franzosen binden die Nationalität an das Territorium, das sogenannte *ius soli*. Ähnlich ist bei uns: Wer in Großbritannien geboren ist, ist automatisch britischer Staatsbürger. Je weiter man geographisch nach Osten geht, findet man eine ganz andere Vorstellung von Nationalität, die an eine kulturelle, sprachliche, ja sogar rassistische, ethnische Identität gebunden ist. Das ergibt eine andere Bedeutung. Für welches Konzept werden wir uns in Europa entscheiden? Können wir eine europäische Staatsangehörigkeit schaffen, ohne diesen Punkt geklärt zu haben? Darauf weiß ich genausowenig eine Antwort, wie auf die Frage, ob man dafür andere Grundlagen finden kann. Ich meine, wir müssen uns darüber Gedanken machen; denn unsere Vorstellungen von Nationalität und von dem, was dem Staatsbürgerrecht zugrunde liegt, sind sehr verschieden.

Auch hinsichtlich der Einwanderungspolitik müssen wir uns darüber im klaren sein, daß die Einwanderungen in unsere Länder unterschiedlich sind. Die Deutschen haben es vorzugsweise mit Wanderungsbewegungen aus dem Osten zu tun; für die Franzosen ist es der Mittelmeerraum und Nordafrika. In Großbritannien liegen die Dinge wiederum anders. Das ist nicht nur eine Frage der unterschiedlichen Volksgruppen, die jeweils kommen, sondern dabei spielt auch der zeitliche Gesichtspunkt eine Rolle. Großbritannien beispielsweise ist heute kein Einwanderungsland mehr, ist es aber in den fünfziger und sechziger Jahren gewesen, als Bevölkerungsgruppen von den Antillen und dann aus Indien zu uns kamen, die heute fünf Prozent unserer Staatsbürger ausmachen, aber rassistisch, religiös oder ethnisch nicht britisch sind. Das geschah alles in einer relativ kurzen Zeitspanne. Unsere Bevölkerung hat darauf unterschiedlich reagiert.

Wenn ich die Debatte verfolge, die sich gegenwärtig vor allem unter unseren deutschen Freunden abspielt, so erinnert mich das an ein Ereignis bei uns in den sechziger Jahren. Damals sagten die Leute bei uns auch: Wir wollen ein freies Land bleiben; wir wollen die Türen offen lassen - das muß unbedingt so bleiben; denn das ist Teil unserer Werte. Was ist aber tatsächlich geschehen? Man hat die Türen fast geschlossen. Jetzt hat man das Gesetz geändert. Früher hatte man das Einwanderungsrecht nach England, wenn man die britische Nationalität besaß. Inzwischen sind Einwanderungs- und Nationalitätsrecht neu definiert und verschärft worden. Jetzt besitzen im Grunde nur noch diejenigen das Einwanderungsrecht, die die britische Staatsangehörigkeit haben. Auch das kann sehr weit ausgelegt werden, und viele Nichtweiße besitzen trotzdem die britische Staatsangehörigkeit.

Seit zehn bis fünfzehn Jahren ist die Einwanderungssituation bei uns recht stabil. Das hat zweifellos sehr zur ethnischen Befriedung in unserem Land beigetragen. In den sechziger Jahren war ein Anwachsen der Nationalen Front bei uns zu beobachten, die sehr aktiv war und die politische Atmosphäre in Großbritannien wirklich vergiftet hat. Es gibt sie zwar immer noch, aber ihr Einfluß ist wesentlich geringer geworden. Immerhin hat man es geschafft, die verschiedenen Gruppierungen bei uns besser zu integrieren. Man hat unsere Politik als vielvölkisch bezeichnet und sie mit der französischen Integrationspolitik verglichen. Die Unterscheidung ist so klar nicht. Wir haben nämlich keine bewußte Vielvölkerpolitik betrieben. Eines unserer Probleme ist, daß wir es nicht schaffen, mit

den aus den Vereinigten Staaten kommenden Tendenzen - wie der "black consciousness" - fertig zu werden, zumal viele unserer Schwarzen von den Antillen stammen.

Wir haben letztlich eine Politik, die zur Hälfte Elemente der Integration und solche einer Vielvölkerpolitik beinhaltet. Außerdem gibt es bei uns jetzt circa eine Million oder mehr Moslems, bei denen eine Integrationspolitik bisher wenig erfolgreich war, weil sie sich einer solchen Zielsetzung verweigern. Sie sind es, die nicht wollen. So haben sie eine Art Parlament gebildet, in dem sie über ihre eigene Kulturpolitik sprechen. Sie wollen eigene moslemische Schulen und Gymnasien haben; sie verlangen eine gänzlich andere Sozialpolitik für die Mädchen und vieles andere mehr. Das schafft Probleme.

Unsere Außenpolitik wurde empfindlich getroffen durch die Affäre Salman Rushdie, der sich verstecken muß und nicht normal leben kann. Die einheimische englische Bevölkerung sagt: Langsam reicht es uns jetzt. Deshalb ist die Frage der Akzeptanz so enorm schwierig, weil man feststellt, daß es Bürger gibt, die absolut nicht unkompliziert sind.

Ich sage dies alles, um meine Skepsis zu betonen. Vielleicht ist es möglich, große Einwanderungen zu haben und die Türen offen zu lassen, ohne daß dies zu großen Spannungen im Innern führt. Aber man sollte realistisch sein. Natürlich ist es viel leichter, Menschen zu integrieren, die aus Europa kommen, als solche, die woandersher stammen. In mehreren Ländern, nicht nur in Frankreich, sondern zum Beispiel auch in Belgien, kommt ein Teil der Einwanderer aus Nordafrika.

Wenn man also von einer europäischen Einwanderungspolitik spricht, was meint man damit? Ist dies nur eine Flüchtlingspolitik? Dafür gibt es eine weltweit anerkannte Definition, die wir weiterhin anwenden könnten. Das ist wenig problematisch.

Aber wenn man von europäischer Einwanderungspolitik spricht, meinen wir dann in erster Linie Menschen, die wir aufnehmen wollen, weil sie uns wirtschaftlich zusagen, oder sprechen wir von einer Politik, die die Aufnahme einer sehr großen Zahl von Menschen vorsieht, ohne wirtschaftliche Kriterien zu berücksichtigen? Ohne diese Frage zu beantworten, kann ich mir keine europäische Politik vorstellen.

Außerdem frage ich mich, ob man eine europäische Politik - und ich lasse das Wort "gemeinsam" weg - machen kann, ohne wenigstens ähnliche nationale oder regionale Politiken zu haben. Es bestehen momentan so große Unterschiede, daß man realistisch einschätzen muß, was sich kurzfristig bewerkstelligen läßt. Dabei kann man dann nicht nur über formale Aspekte reden. Aber Herr Brandt hat recht, daß wir in Europa eine europäische Politik brauchen, weil ohne eine solche Politik sich ein Gemeinsamer Markt mit freiem Personen- und Dienstleistungsverkehr nicht verwirklichen läßt. Das ist aber ein sehr komplizierter Prozeß, der nur langfristig gelöst werden kann.

### **Jankowitsch**

Wenn hier gesagt wurde, es gelte die Einwanderungspolitik in Europa zu entdramatisieren und auch ihre positiven, zum Teil geschichtlich bedingten Effekte darzustellen, dann ließe sich das leicht auch an der Geschichte Österreichs und seiner Hauptstadt Wien aufzeigen, die ja im Grunde das Produkt eines geglückten Zusammenfügens von Wanderungsströmen in den Zeiten der österreichisch-ungarischen Monarchie ist. Wer die Ausstellung "Wien 1900" gesehen hat, weiß, wovon ich spreche.

Natürlich ist unsere Politik sehr stark darum bemüht, sich an einer im Entstehen begriffenen europäischen Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik zu orientieren und sich schon jetzt Gedanken darüber zu machen, welche Rolle wir dann dabei in der Europäischen Gemeinschaft spielen werden, sobald unser Beitrittsverfahren abgeschlossen ist.

Ich möchte mich hier mit einigen Ursachen der Wanderungsbewegungen befassen, wobei es sicher Unterschiede gibt, wenn wir den Osten und Südosten Europas auf der einen und den Süden, also die Dritte Welt, auf der anderen Seite betrachten. Gemeinsam ist beiden Regionen ohne Zweifel die zunehmende politische und wirtschaftliche Instabilität. Das gilt heute besonders für Südosteuropa, wenn ich etwa an die Situation in Jugoslawien denke, wo völlig unklar ist, wie die staatliche Struktur dort einmal aussehen wird. Das fördert natürlich den Wunsch vieler Menschen, ihre angestammten Siedlungsgebiete zu verlassen. Pointiert könnte man sogar formulieren, daß die Entscheidung Sloweniens und Kroatiens, sich für unabhängig zu erklären, im Grunde eine Art globales Einwanderungsmanöver in Richtung Europäische Gemeinschaft darstellt. Denn hier haben sich zwei Nationen überhaupt aus ihrem bisherigen Raum ausgegliedert.

Die grundsätzliche Frage ist: Welche Formen des Krisenmanagements sollen den Vorrang haben: die politischen oder die wirtschaftlichen? Im Osten geht es heute wohl zunächst stärker um ein politisches

Krisenmanagement, das ja, was etwa die Rolle der Europäischen Gemeinschaften in der Jugoslawien-Krise angeht, nicht immer ganz glücklich war. Im Süden steht dagegen das wirtschaftliche Krisenmanagement mehr im Vordergrund.

Als eine weitere Ursache für die Wanderungsbewegungen möchte ich die Entwicklung zum "global village" anführen, um einen Begriff von Marshall McLuhan aufzugreifen. Dieser unglaubliche weltweite Kommunikationsverbund erzeugt ohne Zweifel viele Illusionen und Scheinbilder, wie wir das besonders im Ost-West-Verhältnis erlebt haben.

Ein Wort zu den verschiedenen Modellen des Krisenmanagements. Ohne Frage ist die wirtschaftliche Instabilität in der Dritten Welt nicht zuletzt auch durch verfehlte Entwicklungsmodelle verursacht worden. Jedenfalls kann man nach über drei Jahrzehnten Entwicklungspolitik kaum von irgendeinem geglückten Entwicklungsmodell sprechen, ob man sich dabei nun den afrikanischen Raum oder weite Bereiche Südostasiens oder Lateinamerikas vor Augen hält. Folglich versuchen viele Menschen von dort auszuwandern.

Nach diesen problematischen Erfahrungen in der Dritten Welt sollte man gegenüber Osteuropa vielleicht etwas vorsichtiger verfahren und nicht, wie das unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme der Fall war, einen undifferenzierten Optimismus verbreiten mit entsprechenden Entwicklungsmodellen, die seitens des Westens angeboten wurden. Der Versuch, theoretische Modelle auf die Entwicklung im Osten zu übertragen, ist sicher eine Ursache für das, was sich gegenwärtig dort abspielt. Hier sollten wir die entsprechenden Lehren aus den Entwicklungsfehlschlägen in der Dritten Welt ziehen.

Auf jeden Fall ist hier eine gemeinsame europäische Politik gefragt, an deren Entwicklung Österreich sehr gern mitwirken würde. Ich denke aber nicht, daß es möglich sein wird, in Europa eine einheitliche Lösung zu finden, sondern wir werden hier - wie in anderen Bereichen auch - eine pluralistische Vorgehensweise anvisieren müssen. Dabei wird, wie zu Recht gesagt wurde, ein gewisses regionales "burden sharing" sinnvoll sein. Das heißt, einzelne europäische Regionen haben aufgrund ihrer besonderen Beziehungen zu bestimmten Teilen der Welt für diese eine höhere Sensibilität entwickelt und vielleicht auch eine stärkere historische Verantwortung zu tragen. Im übrigen ist eine Beschränkung auf den europäischen Rahmen ohnehin nicht möglich angesichts der Probleme in der Dritten Welt, so daß in dieser Hinsicht eine trilaterale Kooperation zwischen den USA, Japan und Europa in Zukunft notwendig erscheint.

Noch eine Bemerkung zur Entwicklung des Islam, der sich heute - wie nicht zuletzt die Ereignisse in Algerien zeigen - in einer aktiven und militanten Phase befindet, gegenüber der Passivität und Degeneration, die den Islam über lange Zeit gekennzeichnet haben. Der Iran war das erste Beispiel der neuen Entwicklung. Der islamische Fundamentalismus, wie er heute in Algerien und verschiedenen afrikanischen Ländern sichtbar wird und sich in anderen Bereichen bis tief hinein in die Sahelzone, von Senegal bis zum Sudan, bereits andeutet, ist ein erhebliches Problem, dem wir uns stellen müssen.

Wiederum fragt sich, ob dies ein Ergebnis verfehlter Entwicklungsmodelle ist oder eine Kulturrevolution gegen unser System. Unbestritten ist, daß die Problematik weit über die Frage der Zuwanderung hinausgeht. Ich stimme Herrn Brandt zu, wenn er in diesem Zusammenhang die Schlüsselstellung der Türkei erwähnt hat, auch im Hinblick darauf, daß eine deutliche Hinwendung der früheren asiatischen Sowjetrepubliken zur Türkei festzustellen ist. Hier bildet sich möglicherweise ein neues regionales Schwerpunktzentrum heraus, dessen Verhältnis zu Europa von außergewöhnlicher Bedeutung ist.

## **Korte**

Ich möchte einige sozialwissenschaftlich fundierte Tatbestände nennen, die mir nach gut fünfzehn Jahren Migrationsforschung in Westeuropa zur Verfügung stehen. Unsere auch international vergleichenden Projekte waren dabei allerdings im wesentlichen auf die Arbeitsmigration konzentriert.

Wenn man sich mit den Konflikten beschäftigt, die in verschiedenen Ländern durch die Einwanderung bestimmter Nationalitätengruppen entstanden sind, dann zeigt sich, daß die politischen und sozialen Rahmenbedingungen selten von vornherein eindeutig formuliert waren. Deshalb mußten sie, wenn Konflikte auftraten - sei es, weil plötzlich zu viele kamen oder weil bestimmte soziale oder politische Ansprüche gestellt wurden;-, nachgebessert werden, wie es im deutschen Privatrecht heißt.

Wenn wir jetzt darüber nachdenken, wie eine Einwanderungspolitik, die einen wesentlich globaleren Bezug haben muß, formuliert werden kann, dann plädiere ich dafür, daß klare Vorgaben gemacht werden, und zwar im Hinblick auf zwei wesentliche Punkte, die in allen Migrationsbewegungen eine

Rolle spielen: erstens die Frage der sogenannten "gates of entry" und zweitens die Frage des "citizenship", um zwei Begriffe der internationalen Diskussion zu verwenden.

Ich will das kurz erläutern. Wenn man die verschiedenen Gruppen betrachtet, die als Zuwanderer für die europäischen Länder in Frage kommen, dann zeigt sich ein sehr unterschiedliches Spektrum. Und eine europäische oder teileuropäische Einwanderungspolitik müßte für die einzelnen Gruppen genau vorgeben, unter welchen Bedingungen sie nach Europa kommen können. Wenn dies nicht im vorhinein festgelegt ist, besteht keine Möglichkeit, diese Probleme und auftretende Konflikte durch entsprechende Institutionen zu regeln, sondern dann bleibt nur der Weg, mit Hilfe eines Krisenmanagements im nachhinein eine Konfliktlösung zu versuchen.

Man sollte in den öffentlichen Debatten aber auch das Folgende offen sagen: Wenn man bestimmt, wen man ins Land lassen will, legt man gleichzeitig fest, wer nicht kommen darf. Solange die Debatte nicht ehrlich und offen geführt wird, ist keine Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Nur dann kann man auch Quoten festlegen.

Bei solchen Vorgaben müssen eine ganze Reihe von Gesichtspunkten berücksichtigt werden: Fragen der Menschenrechte, rechtliche und politische Aspekte, demographische Unterschiede. Aber diese Politik muß sich auch zu ihren eigenen Interessen bekennen, selbst wenn das nicht immer ganz einfach ist. Ich verstehe Politik als etwas, wo Interessen formuliert, ausdiskutiert und im Zweifelsfall durchgesetzt werden. Eine Einwanderungspolitik, die sich davor scheut - so wie das bei der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik lange Zeit der Fall war;- , die eigenen Interessen zu formulieren und sie auch entsprechend durchzusetzen, wird im nachhinein immer mit zusätzlichen und eigentlich unnötigen Problemen konfrontiert.

Das gilt ebenso für das Citizenship. Es muß von vornherein klargestellt werden, welche politische Teilhabe und welche sozialen Rechte wir denen zugestehen wollen, die wir zu uns hereinlassen. Sonst gibt es hinterher jahrzehntelange Debatten darüber, ob zum Beispiel Arbeitsmigranten ein Wahlrecht haben sollen oder nicht. Nur wenn es hiervon vornherein klare Formulierungen gibt, kann man auch ein entsprechendes Management betreiben. Es ist zweifellos besonders fatal, daß dieses Management und entsprechende Institutionen in der Bundesrepublik in überhaupt keinem angemessenen Verhältnis zur Aufgeregtheit der öffentlichen Debatte ausgebildet wurden. Frau John und ich sind uns seit langem darüber einig, wie außerordentlich nachteilig sich für die Bundesrepublik die Tatsache auswirkt, daß es bei uns so gut wie keine Forschungsinfrastruktur zu diesem Thema gibt.

Wenn man also eine Perspektive entwickeln will, die das Ziel verfolgt, zumindest einen Teil der Migration zu steuern - auch ich glaube nicht, daß man sie insgesamt steuern kann;- , muß auch über Ausgrenzung, Quoten und ähnliche Fragen geredet werden. Wenn das nicht geschieht, sehe ich keine Chance, eine durchgehende Akzeptanz in den Bevölkerungen zu erreichen.

## **Kosto**

In Holland rekrutieren sich die Zuwanderer im wesentlichen aus zwei Quellen. Das eine sind Flüchtlinge, die unter das Genfer Abkommen fallen, und die andere Gruppe resultiert aus der Familienzusammenführung. Das macht für Holland insgesamt ungefähr 60000 Personen im Jahr aus. Davon sind etwa 20000 Asylbewerber, während die übrigen aufgrund von Familienzusammenführung ins Land kommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir darüber hinaus noch weitere Quoten akzeptieren können, etwa von Leuten, die bei uns um Arbeit nachsuchen. Wenn wir mehr aufnehmen, würde die Toleranz in der Bevölkerung schwinden.

Ein besonderes Problem ist für uns die Ausländerkriminalität. In unseren Jugendgefängnissen sitzen fünfzig bis sechzig Prozent junge Ausländer, während der Anteil aller jungen Ausländer an der Gesamtpopulation nur 7 Prozent beträgt. Die Ursache für diese hohe Kriminalitätsrate liegt vornehmlich in der fehlenden Integration in die Gesellschaft, mit der man nichts zu schaffen hat und deshalb nimmt, was man kriegen kann. Diese Menschen in unsere Gesellschaft einzugliedern, ist das eigentliche Problem. Deshalb halte ich es für unzumutbar, noch mehr von diesen Menschen aufzunehmen, zumal wir es in Holland außerdem mit ungefähr einhunderttausend illegalen Einwanderern zu tun haben.

Dann kommen Leute aus dem Maghreb zu uns, die wir an sich ausweisen könnten, die jedoch die französische Staatsbürgerschaft haben und die deshalb Freizügigkeit genießen. Statt sie nach Frankreich zurückzuschicken, wird gesagt, man sollte sie besser ins Gefängnis stecken. Aber wir haben nicht genügend Zellen, um sie unterzubringen. In Rotterdam liegt der Drogenhandel fest in der Hand von Marokkanern, die Verbindungen zu Nordfrankreich und Belgien haben.

**Stürmer**

Haben die französische Pässe?

**Kosto**

Ja, sie haben die französische Staatsangehörigkeit. Mit dem Drogenhandel geht auch der Waffenschmuggel einher.

Wir haben also nicht nur Probleme mit Zuwanderern von außerhalb der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch mit Fremden aus dem EG-Raum, die aus eben diesem Grunde keine Fremden mehr sind. Deshalb brauchen wir in jedem Falle eine gemeinsame Politik in Europa.

**Grosser**

Zwei Bemerkungen zu Herrn Kosto:

Erstens. Bei Kriminalitätsuntersuchungen darf man nur Vergleichbares miteinander vergleichen. Die Ausländer sind männlich, jung und arm; also muß man sie mit der männlichen und armen Bevölkerung des betroffenen Landes vergleichen, nicht mit der gesamten Bevölkerung.

Zweitens. Nach Holland kommen die Drogen nicht nur aus Marokko. Die für die Drogenbekämpfung verantwortlichen französischen Stellen haben große Angst vor dem europäischen Binnenmarkt, weil dann die holländischen Grenzen geöffnet werden.

**Schnoor**

Ich habe jedes Jahr das Problem, wenn ich die Kriminalstatistik veröffentliche, wie ich die Ausländerkriminalität darstellen soll. Ich lasse dabei bestimmte Komponenten von vornherein herausrechnen, also etwa die Kriminalitätsfälle, die nur ein Ausländer begehen kann, weil er gegen Ausländergesetze und ähnliches verstößt. Des weiteren sorgen wir bei der Ausländerkriminalität für einen Vergleich mit entsprechenden Gruppen der jeweiligen deutschen Bevölkerung. Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß die Vergehen von Ausländern einen höheren Prozentsatz ausmachen. Das hat sicher eine wesentliche Ursache in der fehlenden Integration, wie Herr Kosto sagte. Daß diese Menschen von sich aus unmoralischer wären, ist natürlich Unsinn. Aber ich stimme Herrn Kosto zu, daß hier ein erhebliches innenpolitisches Problem besteht.

**Korte**

Die hohe Kriminalitätsrate bei Ausländern ist gewissermaßen das reziproke Ergebnis der Ausländerfeindlichkeit bei uns. Wir haben schon Anfang der 80er Jahre daraufhingewiesen, daß man sich nicht täuschen sollte: Es gibt nicht nur Übergriffe von unserer Seite gegenüber Ausländern, sondern wir werden bei denen eines Tages Aggressivität und Kriminalität gegen uns erleben. Das ist jetzt zu beobachten.

**Kosto**

Ich will Herrn Grosser nur antworten, daß die holländische Innenpolitik sehr erfolgreich ist. Das belegen auch die Berichte der Vereinten Nationen. Wir haben weniger Drogentote, und der Drogenkonsum hat sich nicht erhöht. Aber über Rotterdam und Schiphol geht nun einmal der Drogenhandel in Europa.

Selbst der amerikanische Botschafter hat in einem Bericht zum Ausdruck gebracht und Sie wissen, wie die Amerikaner mit Drogenproblemen umgehen;- , daß man die erfolgreiche Drogenpolitik der Holländer studieren sollte. So einfach liegen die Dinge also nicht. Vielleicht können in dieser Hinsicht alle voneinander lernen.

**Rovan**

Was unser holländischer Kollege sagt, würde nur stimmen, wenn Holland geschlossene Grenzen hätte. Aber wenn er halbwüchsige Kinder in Frankreich hätte, wüßte er genau, daß die nach Amsterdam fahren, um sich dort mit Drogen zu amüsieren. Vielleicht sollten wir die holländische Politik in bezug auf die Drogen übernehmen. Aber die Angelegenheit ist wohl doch etwas komplizierter. Solange Ihre Grenzen offen sind und wir nicht die holländischen Gesetze übernehmen, so lange ist Holland nun einmal der Platz, wo unsere Kinder einen Weg einschlagen können, der ins Verderben führt.

## Kosto

Ich kann nur wiederholen, daß es für uns sehr schwer ist, dagegen anzukämpfen wegen der besonderen geographischen Situation mit den Häfen. In holländischen Gefängnissen sitzen viele große Drogenhändler ein. Das Kokain kommt vor allem aus Kolumbien und aus Surinam. Und bei allen Maßnahmen dagegen: Holland ist schließlich auch ein Umschlagplatz für andere Güter. Aber die holländische Regierung greift sehr hart durch, um die Händler zu fassen.

## Senghaas

Zunächst zur Problematik des Bevölkerungswachstums: Ob sich die Menschheit irgendwann bei zehn Milliarden stabilisieren wird, ist relativ irrelevant für das Problem, das wir hier diskutieren. Denn dieses Problem ist im wesentlichen in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren akut, während sich Geburten- und Sterberaten allenfalls in der Mitte des 21. Jahrhunderts einpendeln werden. Für einen überschaubaren Zeitraum gelten jedenfalls die heutigen Wachstumsraten, die zwischen zwei und vier Prozent liegen. Das bedeutet, bei einer Wachstumsrate von zwei Prozent verdoppelt sich die betreffende Bevölkerung - ob im Nahen Osten oder in Nordafrika - in 35 Jahren; bei einer Wachstumsrate von vier Prozent - wie zum Teil in Afrika - geht die Verdoppelung in 17 Jahren vor sich. Mit anderen Worten, der große Bevölkerungsdruck, mit dem wir uns auseinandersetzen haben, findet in den nächsten 15 bis 35 Jahren statt.

Ich füge hinzu, daß es keinen Automatismus gibt, der ein Einpendeln von Geburten und Sterberaten langfristig wirklich garantiert. Wir wissen lediglich aufgrund geschichtlicher Erfahrungen, daß der "demographische Übergang" und das Einpendeln auf einem relativ niedrigen Niveau irgendwann erfolgt, insofern die Entwicklung erfolgreich verläuft. Nun laufen alle derzeitigen Prognosen darauf hinaus, daß die Entwicklung in weiten Teilen der Welt - im Süden, wie im Osten - nicht erfolgreich sein wird, bestimmte Grundprobleme in diesen Ländern also nicht gelöst werden. In dem Falle wird sich der demographische Übergang sehr lange hinauszögern und sich möglicherweise in überschaubarer Zeit überhaupt nicht in der erwarteten Weise einstellen. Es könnten auch zwanzig Milliarden Menschen werden; denn ich sehe wenig Aussichten für radikale Reformen in den weltweiten Entwicklungsprozessen. Uns bleibt somit gar nichts anderes übrig, als von einer dramatischen Entwicklung in den nächsten 25 Jahren auszugehen und die entsprechenden Konsequenzen auch für den europäischen Kontinent zu überlegen.

Dann zum Stichwort Bleibehilfe der Migrationsvermeidungspolitik vor Ort, wie Frau John das nannte. Herr Brandt hat diesen Punkt ebenfalls angesprochen. Auch dieses Problem muß man in einer sehr langfristigen Perspektive sehen. Wenn die Entwicklungsprozesse leidlich gut verlaufen, wie beispielsweise in Ostasien in den letzten 25 Jahren, kann man Erfolge in einem Zeitraum von 15 bis 30 Jahren erwarten, früher nicht, und das nur, wenn heute vernünftige Prioritäten gesetzt werden. Selbst wenn wir also heute die richtigen Prozesse in Gang setzen - was aus verschiedenen Gründen unerlässlich wäre;- , wird man damit die Migration nicht verhindern. Ob man damit möglicherweise sogar einen zusätzlichen Schub an Migration auslöst, wie hier vermutet wurde, glaube ich eigentlich nicht. Aber kurzfristige Erfolge sind ganz sicher nicht zu erwarten.

Nun wurde hier schon gesagt, daß alle Maßnahmen in dieser Richtung - "den Gürtel enger schnallen", "abgeben", "teilen" - in unserer Bevölkerung nicht populär sind. Das ist sicher richtig. Aber lassen Sie mich einmal folgende Rechnung aufmachen: Die westlichen Industriestaaten hatten sich in ihrer Entwicklungspolitik das nie erreichte Ziel von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts an Transferleistungen in die Dritte Welt vorgenommen. Erreicht werden tatsächlich meist nur unter 0,3 Prozent; lediglich die Skandinavien und Holland liegen in etwa bei 0,7 Prozent, zum Teil darüber. Wenn wir jetzt sagen würden - und zwar nur im Hinblick auf Osteuropa, einschließlich der Nachfolgestaaten der Sowjetunion;- , wir transferieren für einen Zeitraum von zehn Jahren pro Jahr 0,5 Prozent unseres Bruttosozialproduktes in diese Länder, dann würde das bezogen auf den OECD-Bereich, entsprechend den Daten von 1991, ungefähr hundert Milliarden D-Mark im Jahr ausmachen.

Diese Summe mag sehr hoch erscheinen; aber wenn wir uns im Vergleich dazu vor Augen halten, daß eben diese hochindustrialisierte westliche OECD-Staatenwelt im Jahre 1991 noch etwas unter eintausend Milliarden D-Mark für militärische Zwecke ausgegeben hat - und von dieser Größenordnung aller Wahrscheinlichkeit nach auch in diesem und in den kommenden Jahren nicht abgehen wird;- , dann würde das bedeuten, daß wir nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes lediglich 10 Prozent dieser Mittel aus dem Militär- und Rüstungsbereich in den Entwicklungsbereich umlenken müßten.

Ein Hilfsprogramm dieser Größenordnung wäre nicht nur einmalig, sondern hätte, über 10 Jahre verfolgt, mit Sicherheit auch psychologisch positive Auswirkungen, zumal wenn diese finanziellen

Mittel im wesentlichen für Infrastrukturmaßnahmen in den Ländern des Ostens ausgegeben würden. Und es wäre sehr viel weniger an Mitteleinsatz, als wir gegenwärtig pro Jahr für eine Sicherheitspolitik ausgeben, die ursprünglich für den Ost-West-Konflikt, den es so nicht mehr gibt, konzipiert war. Eigentlich müßte das also möglich sein.

Natürlich müßten derartige Hilfsmaßnahmen an bestimmte Bedingungen gebunden werden. Beispielsweise müßten sich die östlichen Länder zu erheblichen Abrüstungsschritten bereit finden. Wenn etwa die Ukraine jetzt eine Armee aufstellen will von 300 000 bis 500 000 Mann, wird sie einen großen Teil ihres Bruttosozialproduktes dahinein investieren -angesichts der ökonomischen Voraussetzungen in diesem, wie in anderen GUS-Ländern, ein Skandal. In einem solchen Fall muß man klarmachen, daß von westlicher Seite keine Mittel fließen werden. Die Menschenrechtsproblematik wäre ein weiterer Bereich, der in diesem Zusammenhang angesprochen werden müßte.

Dabei stellt sich auch die Frage nach der Absorptionsfähigkeit für westliches Kapital in diesen Ländern. Herr Stürmer hat zu Recht daraufhingewiesen, daß privates Kapital nicht fließen wird. Das war übrigens auch schon während des Kalten Krieges nicht anders, nicht nur wegen der COCOM-Liste und ähnlicher Vorbehalte, sondern weil privates Kapital aus westlichen Ländern vor allem dorthin geht, wo es Rechtssicherheit, eine Infrastruktur, qualifizierte Arbeitskräfte und interessante Absatzmärkte gibt. Das sind nun einmal die westlichen Hochlohnländer und nicht die Billiglohnländer des Ostens oder Südens. 96 Prozent des Kapitaltransfers der Bundesrepublik fließt in Hochlohnländer. Selbst wenn hier eine Verlagerung um zehn Prozent stattfinden würde, gingen immer noch fast neunzig Prozent an investiven Mitteln in den OECD-Bereich.

Aber ohne die von mir genannten Strukturmaßnahmen mit Hilfe der hundert Milliarden D-Mark pro Jahr und über zehn Jahre lang, würde das private Kapital überhaupt nicht nennenswert in diese Länder fließen. Genau diese Problematik erleben wir im Augenblick in den neuen ostdeutschen Bundesländern, wo viele Investitionsvorhaben blockiert sind, unter anderem, weil vorbereitende Investitionen von seiten der öffentlichen Hand fehlen, von Rechtsunsicherheit ganz zu schweigen. Die staatliche Entwicklungshilfe müßte also den Boden für die private Wirtschaft aufbereiten.

Wir haben inzwischen viele historische Erfahrungen mit Entwicklungsprozessen innerhalb und außerhalb Europas - positive wie negative;-, so daß man heute durchaus in der Lage wäre, ein Programm für eine konstruktive Entwicklungspolitik zu erarbeiten, das verhindern würde, daß die eingesetzten Mittel irgendwo versickern oder zu Investitionsruinen führen, während die Verschuldung so ansteigt, daß diese Länder nie mehr von ihr herunterkommen. Ein vernünftiges Entwicklungsprogramm könnte in dem von mir genannten Zeitraum von 10 bis 25 Jahren sehr wohl relevante Ergebnisse zeitigen.

Ein solches Programm für Osteuropa und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion würde eine enorme Wirtschaftserschließungsfunktion haben. Denn wir sprechen hier von einem potentiellen Wirtschaftsraum in der Größenordnung von 250 bis 350 Millionen Menschen. Damit löst man sicher nicht die unmittelbaren Migrationsprobleme. Aber es gäbe diesen Ländern eine Perspektive, die, wie Herr Brandt zu Recht gesagt hat, aus psychologischen Gründen wichtig ist. Vielleicht würde das allein schon bewirken, daß sich der Migrationsdruck etwas abschwächt. Deshalb wäre ein solches Programm auch kurzfristig wichtig. Auf mittlere und lange Sicht wäre ein derartiges Programm ohnehin aus wohlverstandener Eigeninteresse für den Westen unbedingt zu empfehlen.

### **de Montbrial**

Ich bin im Prinzip einverstanden mit dem Vorschlag von Herrn Senghaas. Aber bei der Absorptionsfähigkeit hatte ich nicht nur ein ökonomisches Konzept im Kopf, sondern meinte auch die politisch-administrativen Kapazitäten.

Ich nenne zwei Beispiele: Erstens Algerien heute. Wo sind in Regierung und Verwaltung die fähigen Leute, die in der Lage sind, eine entsprechende Politik zu betreiben? Etwa das Militär? Wir haben es dort mit einer total zusammengebrochenen Verwaltung in allen Bereichen des Landes zu tun, die durch die Handlungen der FLN und anderer zerstört wurde. Sollen wir Zehntausende neuer Kolonisten nach Algerien schicken, um diese Verwaltungsstellen zu besetzen?

Zweites Beispiel: Rußland. Ich würde gern unsere Freunde hier, die sich wie ich dort ein wenig auskennen, fragen: Wenn man sich die Lage in diesem Land ansieht, mit wem soll man die vorgeschlagene Maßnahme durchführen? Wenn diese 100 Milliarden D-Mark, von denen Herr Senghaas spricht, von uns zur Verfügung gestellt würden, auf wen sollen wir uns stützen, um sie sinnvoll zu nutzen? Diese politischen und sozialen Probleme bereiten enorme Schwierigkeiten.



**Grosser**

Eine Frage an Dieter Senghaas: Angenommen, Sie wären Kanzler der Bundesrepublik Deutschland und forderten die Gelder ein, indem Sie die Rüstungsausgaben reduzierten, den Sozialetat einschränkten und die Arbeitslosigkeit weniger finanzierten. Statt dessen geben Sie alle diese Gelder nach Osteuropa oder in die Dritte Welt. Wie verantworten Sie das dann gegenüber Ihren Wählern?

**Senghaas**

Zur Erinnerung: Mein Vorschlag bezog sich auf eine Umpolung von knapp mehr als zehn Prozent der Militärausgaben der OECD-Staaten - und das zehn Jahre lang - für infrastrukturelle Aufbereitungsmaßnahmen innerhalb der östlichen Hälfte Europas. Von Kürzungen an anderer Stelle habe ich nicht gesprochen. Und da es sich um ein großes Wirtschaftserschließungsprogramm handelte, wäre es wahrscheinlich nicht schwierig, den Bürgern eine solche Politik des wohlverstandenen Eigennutzes klarzumachen, selbst wenn der volle Nutzen erst unseren Kindern zugute käme. Die Kunst der Politik heute ist es, eine solche Perspektive zu vermitteln. Wäre ich Bundeskanzler, würde ich genau dies tun!

**Stürmer**

Wenn Sie westliche Hilfe von Rüstungsverzichten in der Dritten Welt oder in Osteuropa abhängig machen, dann funktioniert das allenfalls bei ganz kleinen, armen Staaten. Aber wenn, sagen wir, der Ukraine die Hilfe verweigert würde, weil wir ihr in überlegener Kenntnis der ukrainischen Sicherheitsbelange und unter Berücksichtigung alter und ältester ukrainischer Erfahrungen vorschreiben wollten, wieviel an Rüstung genug ist, kann das nicht funktionieren. Dabei muß es unser Interesse sein, eine Katastrophe in der Ukraine zu verhindern. Wir müssen also ohnehin gehen, unabhängig davon, wie man sich dort verhalten will und wird.

**Senghaas**

Das ist im Prinzip richtig. Dennoch muß man über die Größenordnung der militärischen Vorkehrungen, die die Ukraine benötigt, reden. Hinzu kommt, daß wir uns heute im Osten und Südosten Europas in einer einmaligen Situation befinden, da diese Länder potentiell bereit sind, sich in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu integrieren. Hier hätte man dann einen institutionellen Hebel, um die Sicherheitspolitik in diesen Staaten in Bahnen zu lenken, die bis vor kurzem überhaupt nicht vorstellbar waren. Das heißt, dieses Problem wäre in Abstimmung durchaus lösbar.

Deshalb ist wichtig, auch im Rahmen einer solchen Diskussion wenigstens am Rande mit zu bedenken, daß eine gesamteuropäische Sicherheitspolitik eine der wesentlichen Rahmenbedingungen ist, um bestimmte Dinge konstruktiv auf den Weg zu bringen.

**Rovan**

Die historische Erfahrung zeigt, daß es relativ einfach ist, die Menschen zu Opfern für sinnlose Unterfangen zu bringen, daß es aber extrem schwierig ist, sie zu Opfern für gute Vorhaben zu veranlassen.

**Bitterlich**

Ich möchte davor warnen, daß wir uns Sand in die Augen streuen. So schön es klingt, was Herr Senghaas sagt, so unreal erscheint es mir, wenn man sich die Realität anschaut.

**Senghaas**

Ich spreche von 10 Prozent.

**Bitterlich**

Wenn Sie die Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich oder in den Vereinigten Staaten über die Kürzung von Rüstungsausgaben verfolgen, sehen Sie, wie schwierig dies in Wahrheit ist - im Gegensatz zu dem, was uns in den Medien zuweilen erzählt wird. Versuchen Sie einmal, einen gar nicht so großen Betrag im Rüstungsbudget ausfindig zu machen, um ihn umzuwidmen.

**Schnoor**

Ich bin durchaus der Meinung von Herrn Senghaas, daß die Mittel für die Entwicklungshilfe deutlich gesteigert und die Hilfsmaßnahmen in den Herkunftsländern erheblich intensiviert werden müssen. Das sollte auch politisch durchsetzbar sein. Daß es hier Akzeptanzprobleme in den Bevölkerungen gibt, sehe ich genauso wie Herr Stürmer und Herr Grosser.

Die Akzeptanzprobleme würden sicher geringer, wenn es bei uns völlige soziale Gerechtigkeit gäbe. Sie gibt es aber nicht, und wir werden sie auch nicht herstellen können. Natürlich werden bei uns dringend Mittel für Wohnungen, für Arbeitsplätze und so weiter gebraucht. Es sind ja durchweg die Unterprivilegierten, die davon betroffen werden, wenn die öffentliche Hand die Mittel kürzt, um sie für Entwicklungshilfe und für eine Fluchtvermeidungspolitik einzusetzen. Dabei können wir unserer Bevölkerung noch nicht einmal sagen, daß dann weniger Flüchtlinge kommen werden - was ja nachweislich nicht der Fall ist, im Gegenteil.

Insofern sehe ich die Frage der Ausländerfeindlichkeit auch nicht nur als ein Randproblem in unserer Gesellschaft an, sondern das wirkt sich bis weit in die bürgerlichen Mittelschichten hinein aus. Deshalb kann ich meine Befürchtung vor einem Rechtsruck in Europa nur wiederholen. Le Pen wird kein Einzelfall bleiben.

Wenn es darum geht, mehr Mittel für eine sogenannte Fluchtvermeidungspolitik bereitzustellen, müßten wir seitens der Politik den Begriff der Solidarität neu definieren, indem wir darauf hinweisen, daß wir in unserer Gesellschaft nun einmal im Weltmaßstab zu den Wohlhabenden zählen. Aber versuchen Sie das einmal in Wahlkämpfen zu vermitteln.

Hier wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß wir weitere Einwanderungen verhindern müssen, wenn wir die soziale und politische Stabilität nicht gefährden wollen. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als sei ich für eine völlig freie Einwanderung, etwa aus moralischen Gründen. Ich meine nur, daß wir die Einwanderung bei uns nicht verhindern können. Ich vermag jedenfalls keine Strategie zu erkennen, die auch nur eine tatsächliche Einschränkung verheißt. Ich sehe wohl die Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik; aber bisher keinen wirksamen Weg. Herr Stürmer hat die Situation als Historiker analysiert. Vielleicht kann er mir auch sagen, was ich als Politiker in dieser Situation tun soll.

Was müssen wir in Europa tun? Von einer europäischen Flüchtlingspolitik, die wir jetzt in der Bundesrepublik öffentlich diskutieren, erhoffen wir uns im Grunde eine Entlastung, damit wir uns über unsere Verfassungsprobleme nicht mehr so viel streiten müssen und dadurch ohnehin alles leichter wird. Natürlich brauchen wir eine gemeinsame europäische Politik, aber wir sollten uns darüber im klaren sein, daß die auch nicht mehr leisten kann als die nationale Politik.

Einigkeit besteht zweifellos darin, daß es in Europa keinen neuen Eisernen Vorhang geben darf und kann. Es gibt keinen cordon sanitaire, den wir um Europa herumziehen könnten, um uns vor dem Elend dieser Welt zu schützen. Das war im übrigen auch eine Funktion des bisherigen Eisernen Vorhangs, die wir immer schamvoll verschwiegen haben. Aber der besteht Gott sei Dank nicht mehr. Das heißt, die Elenden werden kommen. Wir können sie nicht zurückhalten angesichts des enormen Wirtschaftsgefälles: unermeßlicher Reichtum bei uns im Vergleich zu den Armenhäusern auch in Europa. Wer will es den Menschen verdenken, wenn sie nur einigermaßen mobil sind, zu versuchen, ihre Lebenssituation zu verbessern? Das ist nicht nur eine Frage der Menschenrechte.

Was erwarten wir von einer europäischen Politik? Wenn wir die Politische Union wollen, brauchen wir die gemeinsame europäische Politik insbesondere dort, wo es besonders brennt. Dazu gehört neben einer europäischen Außenpolitik und einer europäischen Umweltpolitik eben auch eine europäische Einwanderungspolitik.

Welche Konzepte kann es dafür geben? Zum einen geht es, wie erwähnt, um Fluchtvermeidungspolitik. Dann wird die Frage von Einwanderungsquoten diskutiert. Ich bin nicht prinzipiell gegen Einwanderungsquoten. Aber was will man darunter verstehen? Wir sind uns darüber einig, daß damit nicht die Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention gemeint sind, sondern andere. Deshalb wird die Genfer Konvention von vielen Menschen dazu benutzt, auf diesem Wege nach Europa einzuwandern. Das erklärt die hohen Zahlen. Aber würden wir daran etwas ändern, wenn wir Einwanderungsquoten festlegen? Ich habe da meine Zweifel.

Jemand, der nicht unter diese Quote fällt, sieht das keineswegs als gerecht an. Er verläßt seine Heimat in den meisten Fällen, um dem Elend zu Hause zu entfliehen und weil er sich bei uns ein besseres Leben erhofft. Wenn er also nicht im Rahmen der Einwanderungsquote zu uns kommen kann, wird er eben nach wie vor Asyl beantragen.

Nun erklärt uns der Hohe Flüchtlingskommissar, daß jeder, der sich auf die Genfer Konvention beruft, zunächst eingelassen und sein Antrag geprüft werden muß. Das ist sein individuelles Recht. Die Bundesrepublik sagt, bei uns sei dies nur nach Artikel 16 so, sonst nicht. Dann fährt der Hohe Flüchtlingskommissar fort, das Recht, in ein Land zu kommen, sei nicht nur durch die Genfer Flüchtlingskonvention begründet, sondern inzwischen allgemeines Völkerrecht, das zumindest in Deutschland aufgrund Artikel 25 Grundgesetz unmittelbar bindendes Recht ist. Man wird sich also nach wie vor hereinklagen. Denn wir wollen für Ausländer nicht unseren Rechtsstaat abschaffen, der nicht nur für Inländer gilt.

Mit anderen Worten, eine gezielte Einwanderungspolitik, die entlastend wirken soll, setzt Steuerungsmöglichkeiten voraus, die ich bislang nicht erkennen kann. Wenn Sie mich davon überzeugen, daß man das steuern kann, wäre ich sofort bereit, über Einwanderungsquoten zu reden.

Ich sehe jedenfalls nicht, wie wir verhindern wollen, daß mehr Menschen in die Europäische Gemeinschaft kommen, als nach dem Wortlaut der Genfer Konvention an sich zulässig ist. Der Anteil der Flüchtlinge beträgt bei uns etwa fünf bis sieben Prozent der Bewerber. Vielleicht liegt diese Zahl de facto bei 30 oder 40 Prozent jedoch nicht bei 100 Prozent. Wir werden aber nicht in der Lage sein, die übrigen abzuschieben. Davon kann ich als Innenminister ein leidvolles Lied singen.

Deshalb meine ich, daß wir uns darauf konzentrieren sollten, diejenigen ungebetenen Gäste, die wir sowieso nicht wieder loswerden, zu integrieren und auf diese Weise dafür zu sorgen, daß sich die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht, damit sich die Probleme nicht verschärfen.

### **Bitterlich**

Ich stimme Herrn Schnoor zu: Die Harmonisierung in Europa ist eine sehr schwere Aufgabe, und wir kommen nicht weiter, als die Regierungen es leisten können und auch wollen.

Ich sehe bei der Harmonisierung des Asylrechts acht Problembereiche, die ich einmal zusammenzufassen versuche.

Erstens haben wir in Europa alle unterschiedliche Erfahrungen mit der Vergangenheit und wie wir damit umgehen.

Zweitens sind die Verfassungs- und Rechtsinterpretationen sehr unterschiedlich.

Drittens haben wir eine unterschiedliche Praxis, was die Zurückweisung an der Grenze betrifft. Siehe die gegenwärtige Diskussion in Deutschland; aber auch in Frankreich über gewisse Internierungslager an Flughäfen und ähnliches.

Viertens gibt es große Unterschiede, was die Zurückweisung in das Voraufenthaltsland angeht, nach einem dort abgeschlossenen Verfahren.

Fünftens erwähne ich die erheblichen Unterschiede hinsichtlich des Rechtsschutzes. Ich bin für Deutschland auf acht mögliche Instanzen gekommen, einschließlich der sofortigen Vollzugsinstanzen und der Rechtsmittel dagegen. Andere Länder haben eine Instanz oder zwei.

Sechstens ist die Abschiebepaxis in Europa sehr unterschiedlich. Um nur einige Zahlen aus Deutschland zu nennen: Im ersten Halbjahr 1990 haben wir rund 40000 Asylbewerber zur Ausreise verpflichtet. Davon sind rund 7200 freiwillig ausgereist. Aus verschiedenen Gründen wurde der weitere Verbleib von 9500 Personen gestattet. Das waren zum Beispiel humanitäre Einzelfallentscheidungen, Türkei-fälle, Ostblockangehörige, Familienzusammenführung. Von den übrigen haben an die 2000 Asylfolgeanträge gestellt. Weitere 2400 Personen sind abgeschoben worden. Bei 6300 Personen ist der Verbleib nicht feststellbar; sie sind zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben worden. Und dann verzeichnet die Statistik für 1000 weitere Personen "Abgang aus sonstigen Gründen".

Siebtens die unterschiedliche Kontrollpraxis in den einzelnen Staaten. Der französische Senat hat in seinem Ausschuß nicht nur Deutschland aufgefordert, den Artikel 16 des Grundgesetzes zu ändern, sondern auch die Niederlande gemahnt, die Kontrollpraxis in Schiphol und den Hafenstädten zu ändern; desgleichen Belgien in bezug auf Antwerpen.

Wir hatten in diesem Zusammenhang aufschlußreiche Diskussionen mit unseren spanischen Freunden, die meinten: Wir haben die Schleuse aus dem Süden unter Kontrolle, gerade auch, was Drogen betrifft. Aber wir haben mittlerweile innereuropäische Probleme, was die Kontrolle angeht.

Achtens schließlich nenne ich den unterschiedlichen Sozialstatus von Asylbewerbern. Die dänische Praxis ist offenbar in dieser Hinsicht in ganz Europa am großzügigsten. Und Dänemark hat ähnliche Befürchtungen wie die Bundesrepublik, nämlich zu einem sogenannten Asylrestland zu werden. Ich

meine, wir sollten versuchen eine einheitliche Praxis auf einer gemeinsamen Grundlage zu erreichen, die ja die Genfer Flüchtlingskonvention darstellt. Sie haben mich noch nicht davon überzeugt, Herr Schnoor, daß es nicht möglich ist, klarere Unterscheidungen zu treffen und damit auch zu Einwanderungsquoten zu kommen.

### **Schnoor**

Herr Bitterlich, wir wissen zu wenig voneinander in Europa. So kennen wir die sehr unterschiedliche Anerkennungspraxis nicht, wobei wir in der Bundesrepublik übrigens keineswegs immer so glänzend dastehen. Zum Beispiel werden bei uns nur ungefähr vier oder fünf Prozent der Tamilen als politische Flüchtlinge offiziell anerkannt; in Frankreich sind es mehr als 50 Prozent. Wir nehmen sie aber als De-facto-Flüchtlinge auf; das heißt, wir schieben bisher niemanden ab. Doch der Bundesinnenminister will diese Praxis unter dem Druck Bayerns aufheben.

Ich kann jedenfalls einer Verfassungsänderung erst dann zustimmen und mich auf Europa einlassen, wenn ich weiß, was die anderen Länder im einzelnen machen.

### **Bitterlich**

Deshalb muß mehr miteinander geredet werden.

### **Schnoor**

Lassen Sie mich mit aller gebotenen Zurückhaltung nur so viel hinzufügen: So wie die Italiener sich in Bari verhalten haben, ist das mit der Genfer Flüchtlingskonvention kaum zu vereinbaren.

### **Kaiser**

Was meinen Sie, wie die Weltöffentlichkeit reagiert hätte, wenn das in Deutschland geschehen wäre.

### **Vernet**

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Erfahrung beginnen. Wenn man vor einigen Jahren jemanden zum Beispiel aus der UdSSR- die damals ein sehr stabiles Land war nach Paris einladen wollte, genügte es, dem Visumsantrag einen Brief beizufügen, in dem man sich dafür verbürgte, jenen Gast während seines Aufenthaltes in Frankreich unterzubringen und zu versorgen. Und wenn es einem besonders wichtig war, genügte der Stempel einer Behörde, damit der Antrag bewilligt wurde. Vor einigen Tagen wollte ich einen entfernten Cousin aus Lateinamerika nach Frankreich einladen, und ich versichere Ihnen, daß es der reinste Hindernislauf war, um nur die Unterkunftsbestätigung zu erhalten, die er dem Visumsantrag beifügen mußte. Man verbringt mehrere halbe Tage damit, um in Erfahrung zu bringen, welche Papiere dafür notwendig sind - es ist unmöglich, diese Auskunft per Telefon zu erhalten. Darauf muß man die verschiedenen Papiere besorgen, und auch dafür brauchte ich zwei halbe Tage; denn sie sind nicht alle an derselben Stelle erhältlich. Dann werden die Unterlagen dem zuständigen Bürgermeister vorgelegt, der nach einer gewissen Zeit - wann, läßt sich nie vorhersagen - die Unterlagen prüft und entweder seine Unterschrift gibt oder auch nicht.

Ich erzähle diese Geschichte, weil ich den Eindruck habe, daß unsere Regierungen - das gilt sicher nicht nur für die französische Regierung - auf das Problem der Einwanderung, oder was sie für dieses Problem halten, rein bürokratisch antworten. Denn im Gespräch mit den Rathausangestellten habe ich zum Beispiel erfahren, daß die Vorgehensweise je nach Herkunftsland der Person, die da lediglich als Tourist kommen will, sehr verschieden ist. Es gibt also eine Art Quotenregelung nach Ländern, die implizit bereits angewendet wird. Entsprechend handelt es sich hierum eine bürokratische oder vielleicht auch um eine gewisse politische Antwort.

Die Regierung oder die Behörden haben die Bestimmungen, die die Einwanderung nach Frankreich regeln, verschärft, um der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, weil sie durch die rechtsextremen Bewegungen unter Druck gesetzt worden waren und der Öffentlichkeit auf diese Weise klarmachen wollen, daß tatsächlich Maßnahmen gegen die Einwanderung, insbesondere die illegale Immigration, ergriffen werden. Es ist klar, daß die Art von Maßnahmen, die ich beschrieben habe, wenig geeignet sind, die Probleme, von denen wir hier sprechen, zu lösen. Ebenso wenig die Fragen, die durch die eventuellen Einwanderungswellen aufgeworfen werden und die für die einen aus Osteuropa und für die anderen aus dem Süden Europas oder aus beiden Regionen kommen.

Die verschiedenen Aspekte, die das Problem der Immigration betreffen, sind in dieser Diskussion bereits deutlich geworden. Man ist allgemein daran interessiert, die Situation transparent zu machen und darüber hinaus Lösungen, und zwar möglichst gemeinsame Lösungen, zu erarbeiten und nicht

alles zu vermischen. Eine mögliche Einwanderungswelle nach Europa von Menschen aus unterentwickelten oder wirtschaftlich benachteiligten Gebieten darf nicht den Problemen gleichgestellt werden, die das Asylrecht für politisch Verfolgte, für sowjetische Juden oder für die Wolgadeutschen oder Zuwanderer aus anderen europäischen Regionen betreffen.

Es ist offenkundig, daß man die Frage der Einwanderung sowjetischer Juden nicht durch Investitionen in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion lösen kann. Aber das Problem stellt sich in aller Schärfe, wenn die Gruppe der möglichen Einwanderer in großer Zahl kommt. Dennoch ist selbst die Anzahl sehr relativ zu sehen. Wenn man das Beispiel Frankreichs heranzieht, dann hat sich, wenn ich recht informiert bin, die Zahl der Einwanderer beziehungsweise der Ausländer - hier muß man unterscheiden, weil wir in Frankreich viele Einwanderer haben, die keine Ausländer sind im Laufe der letzten zehn bis fünfzehn Jahre nicht erhöht. Dennoch haben sich die Probleme gegenwärtig zugespitzt und sind immer schwerer lösbar geworden. Die Erträglichkeit der Einwanderung ist mehr eine Frage der Psychologie als eine Frage der Zahl.

Monsieur Chesnais hat uns gerade erklärt, daß wir in Europa in den kommenden Jahren ein demographisches Defizit zu verzeichnen haben werden, während es im Gegensatz dazu im Süden Europas, im Maghreb, in Schwarzafrika einen demographischen Überschuß gäbe. Meine Frage ist: Arbeitet die Démographie hiernach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren, daß, wenn wir im Norden ein Defizit und im Süden einen Überschuß haben, wir unausweichlich mit entsprechenden Einwanderungswellen zu rechnen haben?

Seitens verschiedener deutscher Teilnehmer wurde gefragt, wie wir Franzosen die Probleme des Südens und des Maghreb einschätzen. Darauf kann man nur schwer eine präzise und umfassende Antwort geben. Ein grundsätzlicher Aspekt dabei ist, daß unsere Beziehungen vor allem zum Maghreb, zum Teil aber auch zu Schwarzafrika, nicht nur unsere Außenbeziehungen betreffen, sondern Teil der Innenpolitik sind. Denn erstens haben wir in Frankreich einen bedeutenden Bevölkerungsanteil maghrebischen Ursprungs, und zweitens wird deren Anwesenheit von verschiedenen politischen Organisationen benutzt, ja sogar ausgenutzt. Probleme mit der maghrebischen Minderheit spielen sofort eine politische Rolle. Das zeigte sich zum Beispiel vor zwei, zweieinhalb Jahren bei der spektakulären Geschichte mit dem islamischen Schleier. Sollten die maghrebischen Mädchen, gedrängt vor allem von ihren Familien, das Recht haben, in den Schulen den Schleier zu tragen? Ich weiß nicht, ob diese Frage wirklich entschieden wurde, aber man hat gesehen, wie die öffentliche Meinung, wie die Autoritäten reagierten und dies zu einer Frage der traditionellen Neutralität des Staates, des Laizismus wurde.

Wir haben gerade von der notwendigen Verweltlichung des Islam gesprochen; aber der Laizismus ist ein französisches Spezifikum. Ich bin nicht sicher, ob dies in anderen europäischen Ländern eine Entsprechung findet. Vielleicht sollte man besser von Toleranz und Neutralität des Staates sprechen. Jedenfalls haben wir die erregte Debatte um den Laizismus miterlebt, und es ist sicher ein wenig paradox, daß in der Diskussion ein gewisser Fundamentalismus des Laizismus in Frankreich sichtbar wurde.

Was den Maghreb betrifft, wurde die Bedeutung der islamischen Bewegung durch die kürzlichen Ereignisse in Algerien erneut hervorgehoben. Doch man muß dazu auf jeden Fall festhalten, daß sich die Situation in den drei Ländern des Maghreb - Tunesien, Algerien, Marokko - sehr unterschiedlich darstellt.

Um mit Tunesien zu beginnen: Präsident Ben Ali hat die islamischen Bewegungen untersagt, was nicht bedeutet, daß sich die fanatischen Strömungen in der tunesischen Bevölkerung nicht entwickeln können; aber sie dürfen sich nicht öffentlich politisch äußern.

In Algerien dagegen haben die Behörden die fundamentalistische Bewegung hochkommen lassen, obwohl sie sich bemühten, sie zu bremsen oder zu kanalisieren, indem man zum Beispiel vor den Wahlen einige der Führer festnahm. Aber insgesamt hat man diese Bewegung aus Gründen, die nicht sehr einsichtig sind, sich entwickeln lassen. Vielleicht hatte man gedacht - so haben sich jedenfalls einige algerische Politiker geäußert;- , daß die Front Islamique du Salut bei den Wahlen nicht so gut abschneiden würden, wie man befürchtete. Aber nach dem ersten Wahlgang, angesichts der Flutwelle für den Islam, haben sich die Verantwortlichen zum Eingreifen entschlossen und den demokratischen Prozeß unterbrochen, auf jeden Fall aber den Wahlprozeß abgebrochen und nachträglich noch eine Art tunesische Lösung vorgenommen.

In Marokko wiederum, wo der König die religiösen Prärogative besitzt, wird das Problem des Islam und des Fanatismus nicht so offenkundig. Aber man merkt deutlich, daß es dort unter der Oberfläche

brodelt und daß sich auch hier eines Tages soziale und fanatisch religiöse Bewegungen zusammenfinden könnten.

Schließlich will ich die Vorstellung einer gemeinsamen europäischen Politik ansprechen. Ich meine, eine solche Politik ist wichtig für Europa und besonders für die deutsch-französischen Beziehungen, und sie ist notwendig, wenn die Politik, die mit den Vereinbarungen von Schengen begonnen hat, fortgeführt werden soll. Denn zumindest in einigen Ländern der Gemeinschaft - selbst wenn sich nicht alle daran beteiligen - kann man die notwendigen Kontrollen nur vornehmen, wenn es eine gemeinsame Einwanderungspolitik, eine gemeinsame Asylrechtspolitik und eine gemeinsame Visumsvergabepolitik gibt.

Ich bin der Meinung - auch Willy Brandt hat darauf aufmerksam gemacht;- , daß es innerhalb Europas keine Arbeitsteilung, zum Beispiel zwischen den Ländern Nordeuropas und Südeuropas geben darf, etwa in dem Sinne, daß Deutschland, weil es Osteuropa am nächsten ist, sich vor allem um diese Region kümmert, während die Franzosen, Spanier, Italiener, weil sie direkt am Mittelmeer liegen, sich vorrangig mit den Problemen der Mittelmeerländer befassen. Ich meine, daß wir uns all diesen Problemen gemeinsam zuwenden müssen und nicht den einen dieses und den anderen jenes Territorium überlassen sollten.

### **Kaiser**

Anstelle von Präsident Delors, der durch eine plötzliche Erkrankung leider verhindert ist, wird uns Herr Zepter aus dem Kabinett des Präsidenten jetzt die Vorstellungen von Herrn Delors zu unserem Thema vortragen.

### **Delors**

Seit etwa zwei Jahren ist die Frage der Zuwanderung in den Vordergrund des politischen Geschehens gerückt und bisweilen sogar zu einem beherrschenden Wahlkampfthema geworden. Ich nenne Beispiele:

Der Streit um das Asylrecht in Deutschland; der durch die Thematisierung einer rassistisch bedingten Ausgrenzung von Ausländern seitens der flämischen Rechtsextremisten erzeugte Druck und die wahltaktischen Versprechungen der Liberalen in Belgien; die politische Diskussion in Frankreich, in der die Polemik über das Abstammungsrecht und das Bodenrecht breiten Raum einnimmt; in Italien und Griechenland das Ausschlachten medienwirksamer Berichte über den Polizeieinsatz gegen albanische Zuwanderer.

Um so wichtiger ist es, im Rahmen dieses Gespräches emotionsfrei über diese grundlegende und politische Frage par excellence zu sprechen. Ich stimme mit Willy Brandt in bezug auf die Notwendigkeit überein, fremdenfeindlichen und rassistischen Strömungen entgegenzuwirken. Gleichzeitig sollte man aber auch den teilweise minoritären Charakter solcher Strömungen beachten und anerkennen, daß weiterhin in großen Teilen der Bevölkerung in Europa eine tolerante Geisteshaltung vorherrscht. Dabei sollte der Stellenwert einer faktisch bereits bestehenden multikulturellen Gesellschaft betont werden und die Notwendigkeit einer kohärenten Politik, die vielfältigen Dimensionen der Zuwanderungsfrage gerecht wird.

Es geht also darum, emotionsgeladene Spannungen abzubauen und die Zuwanderungsbewegung als ständige Dimension der Bevölkerungsgeschichte anzuerkennen. Dennoch sollten wir bei unseren Bemühungen nicht aus dem Auge verlieren, daß die Unruhe der Öffentlichkeit objektive Ursachen hat:

Es gibt einen Nettoanstieg des Zuwanderungssaldos in der Zwölferegemeinschaft von 1983 bis 1988 um jährlich 400.000 Personen, seit 1987 um 800.000 Personen. Allein in der Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) lag der Nettosaldo zwischen 1989 und 1991 bei durchschnittlich 600.000 Zuwanderern pro Jahr. Diese Zahl betrifft Asylbewerber und Aussiedler aus Osteuropa.

Durch einen erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1990 und 1991 werden die Grenzen der Aufnahmefähigkeit deutlich. Die fehlende Stabilität in Osteuropa und die Aussichten für 1992 lassen das Gefühl aufkommen, daß die Probleme immer weniger beherrscht werden. Insbesondere aber werden die Zukunftsängste der Menschen für nationalistische Ausgrenzungstendenzen mißbraucht.

Die eigentlichen Ursachen für rassistische Tendenzen liegen jedoch in der Unberechenbarkeit der weiteren Entwicklung, und zwar für die Gemeinschaft wie für den einzelnen Bürger. Die Menschen haben Angst, weil sie das Zögern der Politiker spüren, einschneidende Maßnahmen zu ergreifen. Sie

erkennen nicht die Vielschichtigkeit des Problems und werfen den Regierungen Perspektivlosigkeit vor.

In der Tat, die Antworten von staatlicher Seite sind oft unbeholfen oder werden zumindest so empfunden. Absichtserklärungen sind nicht zwangsläufig überzeugend. Die Öffentlichkeit empfindet die heutige Politik, die auf die Mitte der siebziger Jahre zurückgeht und darauf abzielt, die im Zusammenhang mit der Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern entstandenen Unzulänglichkeiten zu beheben, als überholt, zumal die Zuwanderung nach Europa seit Ende der siebziger Jahre zur Einwanderung geworden ist.

Um diese Debatte emotionsfrei zu führen, müßte man zunächst einmal analysieren, in welchem Ausmaß das Einwanderungsphänomen die Entwicklung der Nationen bestimmt. Dabei sollte man folgendes beachten:

1. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wanderte ein Fünftel der europäischen Bevölkerung in die Vereinigten Staaten aus.
2. Im heutigen Frankreich leben 11 Millionen Franzosen, deren Vorfahren vor dem Ersten Weltkrieg keine französischen Staatsangehörigen waren.
3. Seit Kriegsende hat die Bundesrepublik als Folge der Kriegereignisse 10 Millionen Menschen aufgenommen.
4. Die Vereinigten Staaten, Australien, Kanada (und demnächst vielleicht auch Rußland) waren und sind große Einwanderungsländer. Auch heute noch wandern in die USA jährlich 600.000 Menschen ein und dies trotz einer sehr selektiven Einwanderungsstrategie.

Wie sehen die Perspektiven für die künftigen Wanderungsbewegungen aus?

Ob es sich bei der Einwanderungsbewegung nach Europa um eine dauerhafte Perspektive handelt, kann man erst auf der Grundlage einer fundierten Analyse der künftigen Einwanderungstendenzen aus dem Osten und dem Süden feststellen. Willy Brandt macht hier zu Recht einen Unterschied und stellt in diesem Zusammenhang ein deutliches Solidaritätsgefälle fest.

Was die osteuropäischen Länder betrifft, so ist die Wanderbewegung Folge der politischen Instabilität, der Mißachtung von Minderheitsrechten und das Vorhandensein aufnahmebereiter Bevölkerungsteile im Westen. Eine Besonderheit dieser Wanderbewegung ist die massive Abwanderung von Wissenschaftlern. So sollen beispielsweise 15 Prozent der ungarischen Wissenschaftler und 30 Prozent der in Budapest ansässigen Wissenschaftler ihr Herkunftsland inzwischen verlassen haben.

Spezifische Besonderheiten potentieller Flüchtlingszuströme sind zum Beispiel die Abwanderung nationaler Minderheiten. Hier sind an erster Stelle die Deutschen zu nennen mit 1,3 Millionen Deutschstämmigen in Polen und Rumänien und 1,7 Millionen in den GUS-Ländern. Außerdem leben 1,6 Millionen Juden in den GUS-Ländern. 9 Millionen Armenier gibt es in Georgien und Aserbaidschan.

Aber es gibt auch den Druck auf Staatenlose, ihr Gastland zu verlassen, insbesondere die Zigeuner, von denen 2,6 bis 4 Millionen in Rumänien und Jugoslawien leben.

Insgesamt wird das "kritische" Migrationspotential in Osteuropa auf 4 bis 8 Millionen Personen geschätzt.

Für die Europäische Gemeinschaft ergibt sich daraus die Notwendigkeit, eine erfolgreiche demokratische Umgestaltung zu unterstützen. Aber ist das Beitrittsversprechen hierfür das einzige Mittel?

Was die Zuwanderung aus dem Süden und der Dritten Welt anbetrifft, so handelt es sich eher um ein entwicklungspolitisches Problem. Wie aber soll man diesem Problem anders als mit einer verstärkten Entwicklungspolitik begegnen? Und auch über die Dimension der Aufgabe sollte man sich keine Illusion machen. Ein Beispiel: Allein in den fünf Maghreb Staaten müßten in den neunziger Jahren jährlich 1,3 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn man eine Abwanderung aus diesen Ländern ausschließen will.

Natürlich versucht die EG, zur Lösung des Problems beizutragen, beispielsweise indem sie ihr Mittelmeerprogramm verdreifacht und die Mittelmeerfrage zu einer der Prioritäten in der künftigen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik macht. Im Verhältnis zu Osteuropa sollen die neuen Verträge, insbesondere die sogenannten Europäischen Verträge - also Assoziationsabkommen eines neuen Typs - dazu beitragen, die wirtschaftliche Lage in den osteuropäischen Ländern zu verbessern, um den Abwanderungsdruck zu lindern. Technische Hilfe, Nahrungsmittelhilfe und umfangreiche

Kredite sollen ebenfalls einen Anreiz schaffen, die Potentiale der Länder zu entwickeln und die Übergangsperiode von der Plan- zur Marktwirtschaft zu verkürzen.

Aber man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß das Problem der Zuwanderung keineswegs auf die Industriestaaten des Westens beschränkt ist: Von den weltweit insgesamt 12 Millionen Flüchtlingen, die 1990 vom Hohen Kommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen erfaßt wurden, betreffen lediglich 800 000 Westeuropa.

**Notwendigkeit einer Gemeinschaftsstrategie**

Was nun die Europäische Gemeinschaft anbetrifft, so stellen sich für die zwölf Mitgliedsstaaten zwei Probleme: Einmal der Mißbrauch des Asylverfahrens und zum anderen die Unzulänglichkeit der Mittel für die Eingliederungspolitik. Diese Schwierigkeiten werden sicherlich durch die Einführung der Freizügigkeit im Europäischen Binnenmarkt noch akzentuiert. Sie können nur durch eine effiziente Koordinierung auf Gemeinschaftsebene und durch die Entwicklung angemessener Instrumente gelöst werden.

Willy Brandt sagt in seinem Beitrag, bisher habe sich in dieser Beziehung nichts bewegt. Das ist vielleicht ein bißchen zu kritisch. Aber es ist richtig: Wir stehen erst am Anfang und haben noch nicht sehr viel erreicht. Der Europäische Rat hat mehrfach, in Hannover 1988 und in Rom 1990, zu gemeinsamem Handeln aufgefordert, und Bundeskanzler Kohl hat persönlich alles getan, damit im Rahmen der Verhandlungen über die Europäische Union der Gemeinschaft in diesem Bereich mehr Kompetenz übertragen wird. Die Kommission hat vor dem Ministerrat entsprechende Strategien entwickelt und in diesem Zusammenhang verstärkte Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Wanderbewegungen und der Eingliederungspolitik vorgeschlagen.

Beide Elemente sind miteinander verknüpft. Ohne echte Eingliederung gibt es keine wirkliche Beherrschung der Zuwanderungsproblematik. Die Kontrolle der Zuwanderung wiederum setzt voraus, daß sich die Auswanderungsländer ihrer Verantwortung stellen und mit den Einwanderungsländern zusammenarbeiten. Auch die Frage der Verteilung und des Verbleibs von Asylanten in den Ländern der EG spielt dabei eine wichtige Rolle.

Gemeinschaftsaktionen und nationales Handeln sind in der Tat komplementär. Das läßt sich in drei Bereichen veranschaulichen:

Erstens im Bereich der Entwicklungspolitik, in der die Gemeinschaft die Bedeutung der Süd- Süd-Wanderungsproblematik anerkennen muß durch entsprechende Ausrichtung ihrer künftigen gemeinsamen Außenpolitik. Dazu gehören die Probleme, die durch Wanderbewegungen in Süd- und Westafrika oder im Zusammenhang mit den 2,7 Millionen durch den Golfkrieg aus Kuwait vertriebenen Arbeitnehmern entstanden sind. Dabei wird es darum gehen, durch entsprechende Entwicklungshilfeabkommen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsstaaten auch die durch die Wanderbewegung entstandenen Probleme in Angriff zu nehmen, den ländlichen Raum zu entwickeln, um der Abwanderung in die Städte entgegenzuwirken, mit den Hochschulen zusammenzuarbeiten, um das Abwandern der Akademiker aus diesen Ländern zu stoppen, und Anreize zu schaffen, um Einwanderer in die EG zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu bewegen. Sie sollten dort am Aufbau ihrer Länder mithelfen. Auch die Verschuldungsproblematik spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Willy Brandt hat darauf zu Recht hingewiesen.

Zweitens müßten wir versuchen, die Gründe für die Wanderungsbewegungen zu verstehen und mehr über ihre Richtung und Entstehung in Erfahrung zu bringen. Dazu sind genaue und abgestimmte Kenntnisse, beispielsweise durch informelle Beobachtungsstellen, erforderlich, durch jährliche Berichte über die Situation in den Ländern mit Auswanderungsproblemen und über deren Bevölkerung. Auch die wirksame Bekämpfung illegaler Zuwanderung ist einzubeziehen. Ich verweise insofern auf den Vorschlag der Kommission zur Angleichung der Rechtsvorschriften über das Verbot illegaler Arbeit und die Steuerung der Arbeitsmarktpolitik, beispielsweise durch das in den USA entwickelte Ausschreibungsverfahren.

## **Widgren**

Ich will zunächst fünf Feststellungen treffen.

Erstens: Die Zahl jener, die Asylanträge gestellt haben, betrug im Jahre 1991 in den OECD-Ländern 715.000, davon 600.000 für Europa. 1983 waren es nur 75.000 für Europa gewesen; 1974 lediglich 15.000. Die 600.000, die im letzten Jahr in Europa registriert wurden, sind dreimal so viele wie die Zahl der regulären Arbeitsmigration der europäischen Länder.



Zweitens: Vor fünf bis sechs Jahren waren 30 Prozent der Antragsteller Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention. 1991 lag der vergleichbare Prozentsatz der anerkannten Flüchtlinge nur mehr bei acht Prozent.

Drittens: Die Ausgaben der OECD-Länder für Asylantragsteller lagen im vergangenen Jahr bei rund acht Milliarden Dollar - Regierungsausgaben. Das Budget der Hohen Flüchtlingskommission für weltweit 17 Millionen Flüchtlinge liegt bei nur 900 Millionen Dollar. Insgesamt gibt es etwa 35 Millionen Flüchtlinge in der Welt, wenn man auch diejenigen einbezieht, die von den Herkunftsländern als Displaced persons abgeschoben werden.

Die acht Milliarden Dollar könnte man mit den 50 Milliarden vergleichen, die die OECD-Länder für Entwicklungshilfe an die Dritte Welt zahlen. Man könnte sie auch in Beziehung setzen zu den acht Milliarden Dollar, die der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen benötigt, um zu verhindern, daß die Welt bei einer Bevölkerungszahl von 13 bis 14 Milliarden Menschen anlangt statt bei realistischen 10 bis 11. Hierauf kann man in den kommenden fünf, sechs Jahren noch Einfluß nehmen.

Viertens: Es gibt keinen europäischen Mechanismus für Flüchtlinge innerhalb Europas. Vor einigen Jahrzehnten gab es keine europäischen Flüchtlinge mehr, zumindest nicht in großer Anzahl. Aber jetzt fliehen Millionen von Menschen in Europa. Allein 1,2 Millionen Flüchtende wegen des Bürgerkrieges in Jugoslawien, von denen etwa die Hälfte nach Österreich, Ungarn und Deutschland gekommen sind. Viele werden sicher in ihre Heimat zurückkehren, wenn sich die Situation dort stabilisiert.

Wenn man gen Osten blickt, so sprechen die Rußlandexperten bereits von ein bis zwei Millionen Flüchtlingen. Das sind keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention. Wie soll man die armen Menschen von Tschernobyl nennen, die wegen der radioaktiven Verseuchung fortziehen mußten? Was sind die armen Menschen, die unter dem Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien um Berg-Karabakh leiden? Das alles sind Flüchtlinge, und ihre Zahl geht in die Millionen. Und für alle diese Menschen, die europäischen Flüchtlinge sind, gibt es keine humanitären Regelungen zwischen den europäischen Ländern, um eine Lastenverteilung vorzunehmen und wie in den fünfziger Jahren erneut zu definieren, was heute ein europäischer Flüchtling in Europa ist.

Fünftens: Entschuldigen Sie, bitte, wenn ich als ein Ausländer - jedenfalls aus einem Nicht-Mitgliedsland der EG, das jetzt Mitglied werden möchte - die Kühnheit besitze, die Beschlüsse von Maastricht zu kommentieren. Was ist im Hinblick auf Migration, Asyl, Wanderungsdruck in Maastricht entschieden worden? Sicher, die internen Rahmenbedingungen für eine engere Zusammenarbeit im Migrationsbereich zwischen den 12 Mitgliedern sind verstärkt worden. Das ist auch sehr wichtig für die Nicht-Mitgliedsstaaten. Denn die vorgesehenen Maßnahmen hinsichtlich der Grenzkontrollen, die in Kraft treten sollen, müßten ebenso in den benachbarten Staaten angewendet werden.

Aber hat es in Maastricht eine wirklich enge Abstimmung zwischen dem inneren und dem äußeren Rahmen im Hinblick auf den Einwanderungsdruck gegeben? Mich würde vor allem interessieren, ob die multilaterale Zusammenarbeit so wohl weltweit als auch auf regionaler europäischer Ebene in dieser Hinsicht wesentlich verstärkt wird. Mein Eindruck ist, daß sich der Einwanderungsdruck sehr viel schneller verschärfen wird, als die multilaterale Zusammenarbeit zunimmt.

Wie läßt sich also verhindern, daß die Zwölf nur dem inneren Rahmen ihre Aufmerksamkeit widmen, wenn sich das Migrationsproblem verschlimmert? Ich bin der Meinung, daß es darauf ankäme, den gesamten OECD-Bereich von 24 Staaten an dieser Abmachung stärker zu beteiligen und außerdem die gegenwärtig 50 Mitgliedsländer des KSZE-Prozesses insgesamt als Teilnehmer einzuschließen.

Mit anderen Worten, es sollten gemeinsame Gremien eingerichtet werden, um die folgenden Fragen zu beantworten: Ist der notwendige Dialog mit dem Maghreb vorgesehen? Wer spricht mit Ghana? Wer sagt der rumänischen Regierung, daß es das polnische Beispiel gibt, das heißt das "Quid pro quo" des Schengener Abkommens mit Polen, daß die Visumpflicht aufgehoben ist? Wer sagt den Slowenen, wie das Visumssystem der 12 funktioniert? Denn Slowenien wird in einem gewissen Sinne an der äußersten Grenze der 12 liegen. Wer stellt sicher, daß es eine Lastenteilung mit Ungarn geben wird, das bereits 100.000 Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten aufgenommen hat? Aus Rumänien beispielsweise, aber auch aus Ex-Jugoslawien. Dafür benötigt man Abkommen und wirksame Mechanismen, die es heute schon gibt. Darüber sollte man in der Europäischen Gemeinschaft der Zwölf jetzt intensiv nachdenken.

### **Fritsch**

Es besteht meines Wissens ein definitorischer, vielleicht auch ein juristischer Unterschied zwischen "refugee" und "displaced person". Offenbar ist die Kapazität für refugees im Rahmen des UNO-

Systems begrenzt. Wenn diese Grenze erreicht ist, definiert man den Rest zu "displaced persons" um. Das kann Dutzende von Millionen Menschen betreffen. Trifft meine Beobachtung zu?

### Widgren

Das war bisher durchaus der Fall. Aber die Dinge haben sich nach dem Golfkrieg und durch die Ereignisse in Jugoslawien verändert. Der UN-Hochkommissar hat jetzt die Möglichkeit, sich der Displaced persons anzunehmen. Die große Frage wird indes sein: Ist dies als ein weltweites System gedacht, und wer soll das finanzieren? Niemand weiß es.

### Smyser

Ich bin immer sehr beeindruckt, mit welchem Ernst sich der Bergedorfer Gesprächskreis der wichtigen Fragen der industriellen Gesellschaft annimmt. Unser heutiges Thema gehört jedenfalls zu den dramatischen Fragen unserer zukünftigen Entwicklung. Ich möchte hier weniger als Amerikaner, sondern vielmehr als früherer stellvertretender Hoher Flüchtlingskommissar Stellung nehmen.

Herr Stürmer hat zu Recht darauf hingewiesen, daß wir vor einer großen weltweiten Krise stehen. Wenn wir in den nächsten Jahren nichts tun, wird das Flüchtlingsystem, das wir in der Nachkriegszeit aufgebaut haben - ich denke besonders an das UNO-Abkommen von 1951;-, zusammenbrechen mit unabsehbaren Folgen für uns alle. Die Europäer denken natürlich hauptsächlich an Europa; aber das Flüchtlingsproblem tritt überall in Erscheinung. Japan beispielsweise - das ist hier nicht sehr bekannt - schiebt jedes Jahr einige 10.000 Menschen ab, die dort um Asyl nachsuchen. Australien und Neuseeland schließen jetzt mehr und mehr ihre Türen. Einige afrikanische Staaten stöhnen unter enormen Belastungen. Die Türkei weigert sich, mehr Kurden aufzunehmen. Sie hat jetzt eine Institution geschaffen, die erstmals in der Nachkriegsgeschichte eine große Menge von Flüchtlingen im eigenen Land betreut. Das ist ein interessanter Versuch, den man weiter verfolgen sollte, auch in den USA. Der Oberste Gerichtshof in Amerika geht jetzt immer härter mit Flüchtlingen um und hat vor kurzem Menschen zurückgewiesen, die man vor fünf Jahren noch ohne weiteres akzeptiert hätte. Es handelt sich also keineswegs nur um ein europäisches Problem, über das wir hier sprechen.

Ich gehe bei der Flüchtlingsproblematik im wesentlichen von zwei Prinzipien aus. Erstens habe ich immer angenommen, ein Flüchtling sei ein größeres Problem für das Land, das er verläßt, als für das Land, in das er geht. Ich erinnere nur an die Mauer in Berlin, die ja nicht gebaut wurde, weil Westdeutschland die Flüchtlinge aus der DDR nicht mehr aufnehmen wollte, sondern weil Ulbricht wußte, sein Staat würde zusammenbrechen, wenn die Menschen weiter fliehen. Wir sehen indes auch, daß die Länder, in denen viele Flüchtlinge Zuflucht suchen, meist mit erheblichen wirtschaftlichen oder politischen Folgen zu kämpfen haben. Aber wir sollten auch die vielen menschlichen Tragödien nicht vergessen, die sich bei den Flüchtenden ereignen.

Zweitens bin ich davon überzeugt, daß nicht jeder Mensch im Süden oder Osten nur den einen Wunsch hat, nach Europa oder in die Vereinigten Staaten zu gehen. Die meisten wissen nicht, was sie in den Elendsvierteln der Großstädte wie Paris, Frankfurt, New York oder Los Angeles erwartet. So stellen die Menschen sich ihre Zukunft sicher nicht vor. Die Annahme, daß 50 Millionen Russen auf gepackten Koffern sitzen, um nach Deutschland oder in andere europäische Länder auszuwandern, halte ich jedenfalls für wenig realistisch.

Thierry de Montbrial hat gefragt, wie wir das mit den Mexikanern in Amerika regeln: Das mag sich wie eine eher amüsante Geschichte anhören. Über die Grenze bei San Diego beispielsweise kommen jede Nacht Hunderte, wenn nicht Tausende von Mexikanern, die von unseren Zollbeamten und Grenzpolizisten, soweit sie ihrer habhaft werden, abgefangen und mit Bussen und Lastwagen nach Mexiko zurücktransportiert werden, wo man sie dann laufen läßt. Diejenigen, die schon ein wenig Englisch sprechen, verabschieden sich mit: "see you tonight", während die, die nur spanisch können, sagen: "hastaluego !" Denn in der nächsten Nacht findet das gleiche Spiel wieder statt. Das kann natürlich auf Dauer keine Lösung sein.

Viel besser ist dagegen der Weg, den eine Gesellschaft wie INTEL einschlägt, die nach Mexiko geht, um dort eine große Fabrik zu bauen, wo die Leute Beschäftigung finden und dann in ihrer Heimat bleiben. Auf der anderen Seite muß man auch deutlich feststellen, daß die Agrarwirtschaft von Süd-Kalifornien ohne die mexikanischen Arbeiter überhaupt nicht überlebensfähig wäre. Genauso wie es in Europa einige Industrien gibt, die auf ausländische Arbeitskräfte nicht verzichten können. Auch das sollte man ehrlich zugeben.

Das eigentliche Problem liegt nicht bei den Flüchtlingen oder den Migrationsbewegungen, sondern darin, wie die aufnehmenden Gesellschaften mit den Zuwanderern fertig werden. Le Pen gewinnt

deshalb so viele Wähler, weil in der Bevölkerung die Angst vorherrscht, daß die Politik dieses Problem nicht mehr im Griff hat und nur noch die Möglichkeit besteht, die Grenzen dicht zu machen, was keine Lösung ist. Deshalb stellt sich aus meiner Sicht die Frage, wie man die politische Kontrolle wiedergewinnt. Natürlich können nicht jedwede Leute aufgenommen werden. Aber wie kann sichergestellt werden, daß diejenigen kommen können, die wirklich darauf angewiesen sind?

Ich sehe in der Tat einen großen Unterschied zwischen einem Flüchtling oder Asylbewerber und einem Immigranten. Herr Brandt hat richtig gesagt: Die Migrationsfrage ist ein nationales, regionales, ein europäisches Problem. Die Flüchtlingsfrage dagegen ist ein globales Problem. Es gibt ein internationales Flüchtlingsabkommen, an das man sich halten muß. Bei der Migration kann man so vorgehen, wie das zum Beispiel die Amerikaner tun, indem bestimmte Kategorien vorgegeben werden, welche Leute man nach Amerika hineinläßt. Vielleicht ist das ein Grund dafür, daß wir so viele Nobelpreisträger haben. Das sind Leute mit exzellenten Begabungen, die nach Amerika kommen, weil sie wissen, daß sie dort gute Jobs finden. Jedes Land kann Immigrationsregeln aufstellen, um die Leute zu erhalten, die es haben will. Aber Flüchtlinge, das ist ganz etwas anderes.

Herr Körber hat zu Recht gesagt, daß auch die UNO kein Patentrezept besitzt. Ich war viele Jahre bei der UNO tätig. Die UNO gleicht einem Topf; die Köche sind die Länder, die alle darin herumrühren.

### **Brandt**

Einige mehr als andere.

### **Smyser**

Ja. Die Bundesrepublik und die USA gehören zweifellos zu den größten Köchen. Vieles, was in der UNO im Flüchtlingswesen geschieht, wird von diesen Köchen bestimmt und schmeckt hinterher oft nicht sehr gut. Aber das ist sicher nicht nur ein Problem der UNO.

Was ist also zu tun? Zunächst will ich deutlich sagen, was nicht zu tun ist: nämlich die Türen zu schließen. Das wäre eine geschichtliche Tragödie. In vielen Ländern, auch in Amerika, schämt man sich heute noch dafür, daß man in einer bestimmten Zeit gewisse Flüchtlinge nicht aufgenommen hat. Das sollten wir nicht wiederholen. Es gibt Menschen, die an unsere Tür klopfen, weil sie keinen anderen Ausweg mehr haben. Deshalb steht im Flüchtlingsabkommen, daß man solche Menschen zunächst hereinlassen muß, dann aber kontrolliert, ob das auch wirklich notwendig ist. Das ist in den echten Fällen eine Frage des Überlebens.

Bei der Immigration kann jedes Land seine eigenen Regeln aufstellen. Aber es wäre wenig klug, wenn die Europäer oder die Amerikaner generell sagen würden: Wir nehmen niemanden mehr auf. Wenn Regeln festgelegt werden, kann man klar sagen, wen man kommen lassen will und wen nicht.

Zunächst sollten wir also Regeln aufstellen, die klar erkennen lassen: Das ist ein Flüchtling, und so werden wir einen Flüchtling behandeln, und das ist ein Immigrant, und so werden wir einen Immigrant behandeln. Wir brauchen nicht jeden Menschen als Flüchtling anzuerkennen. Kein UNO-Hochkommissar hat das jemals gefordert, und es steht auch nirgendwo geschrieben. Natürlich werden viele Immigranten sagen, daß sie Flüchtlinge sind, um bevorzugt behandelt zu werden. Aber das bedeutet nicht, daß wir dem zustimmen.

Die zweite Regel ist, daß wir konsequent sein müssen. Das ist am schwersten durchzuführen. Herr Schnoor hat gesagt, es sei unangenehm, Menschen abzuschieben.

### **Schnoor**

Es ist nicht immer möglich.

### **Smyser**

Ich sage lieber unangenehm.

Sicher, die Flüchtlinge kennen die Feinheiten unserer Regeln nicht. Denn sie sprechen kein Deutsch und wissen nicht, was in unseren Gesetzen steht. Aber sie wissen ganz genau, was anderen geschehen ist - aus Briefen, Nachrichten und so weiter. Die kennen alle die Praktiken, die in den jeweiligen Ländern angewandt werden, welches Land zwar kein Asyl gewährt, aber die Menschen hereinläßt und meist auch behält. Sie leben dann in den Elendsvierteln, haben keinen Status; aber sie können dableiben. Warum sollen sie es nicht versuchen?

Wenn man tatsächlich erreichen will, daß Leute, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, gar nicht erst kommen, muß man solche Menschen konsequent abschieben. Es tut mir leid, dies als UNO-Mann zu sagen; aber einen anderen Weg sehe ich nicht.

Dann muß man aber auch in einer anderen Beziehung konsequent sein und Farbige oder Moslems genauso entsprechend der UNO-Konvention behandeln wie alle anderen auch, mit denen wir uns offenbar leichter tun. Ich bin vielfach in Afrika und auch in zahllosen anderen Ländern der Welt gewesen. Ich kann nur berichten, daß die Menschen überall weinen, wenn ihre Kinder sterben, nicht anders wie Menschen im Westen, die verfolgt werden. Die internationalen Gesetze müssen also für alle Menschen gelten.

Natürlich müssen auch Gespräche mit den Ländern geführt werden, aus denen die Flüchtlinge kommen. Das ist jetzt eher möglich als früher. Davor darf man sich nicht drücken.

Ein Punkt wurde nur kurz angesprochen, der in der Tat wichtig, aber nicht einfach ist. Das heißt, wenn wir unsere Grenzen nicht den Menschen öffnen wollen, müssen wir sie für die Produkte aus diesen Ländern öffnen. Wir können nicht sagen: Wir nehmen euch nicht, und uns dann zugleich weigern, ihnen ihre Produkte abzukaufen, um ihnen in ihren Ländern ein halbwegs anständiges Leben zu ermöglichen. Ich weiß, daß dies erhebliche Konsequenzen in unseren Ländern erfordert. Wir brauchen uns ja nur die Auseinandersetzungen auf dem Agrarsektor in Europa und in den USA vor Augen zu führen.

Ich will es zum Abschluß noch einmal deutlich sagen: Das größte Problem sind nicht die Menschen, die zu uns wollen, sondern daß wir in der Politik keine klaren Regelungen haben, die wir dann auch konsequent anwenden müßten, selbst wenn das manchmal ein wenig unbequem ist.

### **Sudhoff**

Herr Brandt sagte zu Beginn, es sollte daraufhingewirkt werden, daß die Menschen in ihrer angestammten Heimat bleiben wollen. Dem kann ich nur zustimmen. Dafür muß man aber auch etwas tun! Die Europäische Gemeinschaft hat dazu bereits konzeptionelle Vorstellungen entwickelt. Für die Staaten Mitteleuropas werden Möglichkeiten einer EG-Mitgliedschaft erörtert, ohne daß jemand heute schon Zeiträume nennen kann. Bei den Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind wir dagegen der Meinung, daß für diese nur eine besondere Form der Assoziation in Frage kommt.

In jedem Fall geht es um langfristige Perspektiven. Die Migrationsschübe, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, werden wir folglich nicht völlig vermeiden können. Dennoch müssen wir das Projekt einer stärkeren Einbindung der Staaten Mitteleuropas ernsthaft weiterverfolgen und dies auch nach außen deutlich werden lassen. Die gegenwärtige Stimmenvielfalt in Europa vermittelt unseren östlichen Nachbarn leider eher das Gefühl, daß es uns mit der Heranführung dieser Staaten an Europa doch nicht ganz so ernst ist.

Es erscheint mir unbedingt erforderlich, ihnen jetzt zumindest eine glaubwürdige Perspektive zu eröffnen. Das setzt Eindeutigkeit in der Willensbildung und bei der Diskussion von Alternativmodellen voraus. So betont Frankreich zum Beispiel den Begriff der Europäischen Föderation. Aber bei der Konferenz in Prag war festzustellen - Präsident Havel selbst hat in diesem Sinne Stellung genommen;- daß man es der Zwölfergemeinschaft nicht abnimmt, es mit einer neuen "Ostpolitik" wirklich ernst zu meinen, wenn man den Staaten Mittel-Osteuropas Zwischenmodelle anbietet, die eher wie ein Ausweichen vor und ein Verschieben der eigentlichen Mitgliedschaft aussehen.

Ich meine, Deutschland und Frankreich brauchen eine "gemeinsame Ostpolitik". Bei den Franzosen scheint der Eindruck zu wachsen, daß die Deutschen Mittel- und Osteuropa gewissermaßen zu ihrer eigenen Einflußzone erklären. Deutsche Industrieansiedlungen in der Tschechoslowakei - Volkswagen und Mercedes zum Beispiel - oder in Polen werden so interpretiert, daß die Deutschen hier ihre Interessensphäre arrondieren. Dabei liegt es keineswegs in der Absicht der Deutschen, diese Staaten zu monopolisieren. Vielmehr sind alle, auch die Franzosen, aufgefordert, es uns gleichzutun und dort ebenfalls zu investieren. Denn die Aufgaben sind für ein Land ohnehin viel zu groß. Eine gemeinsame "deutsch-französische Ostpolitik" würde auch der Politik der Zwölfergemeinschaft mehr Glaubwürdigkeit verleihen.

Dazu gehört ebenso eine klarere Prioritätensetzung. Wir müssen uns des weiteren Gedanken darüber machen, wie wir die Absorptionsfähigkeit von Kapital in Ost- und Mitteleuropa erhöhen, worauf bereits hingewiesen wurde. Dazu gehört zum Beispiel der Aufbau von Verwaltungsstrukturen im öffentlichen wie im wirtschaftlichen Bereich. Wir Deutsche sind zu Hilfeleistungen bereit und haben diese Bereitschaft schon unter Beweis gestellt.

Das deutsch-sowjetische Verhältnis bietet dafür eine Reihe praktischer Beispiele. So wurde im Jahre 1990 mit der damaligen Sowjetunion ein Vertrag über den Abzug der Sowjetarmee aus Mitteldeutschland ausgehandelt, der deutsche Unterstützung beim Bau von Wohnungen für die zurückkehrenden Soldaten in die Sowjetunion vorsieht. Des Weiteren haben wir umfangreiche Ausbildungsprogramme für die zurückkehrenden Rotarmisten, vor allem aber für sowjetische Manager entwickelt. Es läßt sich hier eine ganze Menge gemeinsam tun. Das würde insgesamt unsere westeuropäische Politik gegenüber dem Osten viel glaubwürdiger machen.

### Maróth

Ich möchte mit einem Wort des griechischen Arztes Galen beginnen, der in seinem Traktat *De methodo medendi* schreibt, daß wir die Krankheiten immer von den Symptomen her behandeln müssen. Aber neben den kurzfristigen Symptomen müssen wir auch nach den langfristigen Ursachen fragen. Bei einer Geschwulst beispielsweise müssen wir zweifellos eine Reinigung der betreffenden Stelle vornehmen, um das Symptom zu bekämpfen, aber dann nach der Ursache fragen, in dem Falle das reichliche Zufließen von Körpersäften, und dies zu verhindern suchen.

Auch die Migration braucht sowohl eine Behandlung der Symptome als auch eine langfristige Bekämpfung der Ursachen. Ich nenne drei Hauptursachen, die sich historisch gesehen immer wieder gezeigt haben: Überbevölkerung, wirtschaftliche Unsicherheit und politische Unsicherheit. Das erste ist eine objektive Tatsache; die beiden anderen Ursachen sind mehr subjektiver Natur. Das heißt, man fühlt sich unsicher und meint deshalb, sein Land verlassen zu müssen. Diese subjektiven Kriterien spielen eine große Rolle. Ich hebe dies hervor, weil die Menschen im Osten und Westen subjektiv ganz verschiedene Umstände als unerträglich empfinden.

Ein russisches Sprichwort sagt: Was den Russen zur Gesundheit dient, ist tödlich für die Deutschen. Sinngemäß übersetzt: Was die Europäer nicht mehr aushalten können, das ist für die Russen immer noch erträglich. Wenn wir also über Migration sprechen, dann denken wir mit unserem europäischen Kopf und kommen angesichts der ungeheueren Schwierigkeiten in Rußland zu dem Schluß, daß die Russen es nicht mehr aushalten werden. Aber ich bin ganz sicher: Sie werden es aushalten. Abgesehen von Extremsituationen und akuten Hungersnöten werden sie es immer noch erträglich finden. Das heißt, ich befürchte keine großen Flüchtlingsscharen aus Rußland.

Ich bin sicher, daß nur diejenigen Leute das Land verlassen, die eine andere Wahl haben, also in ein ursprüngliches Vaterland zurückkehren können, wie zum Beispiel die Deutschen in Rußland oder die Juden, die ebenfalls ein anderes Vaterland haben, oder die Zigeuner, die kein Vaterland haben und denen es egal ist, wo sie leben. Aber die anderen werden bleiben, es sei denn, man macht ihnen interessante Angebote, ins Ausland zu gehen, wenn etwa die reichen europäischen Staaten Wissenschaftler und Intelligenz abwerben. Auch die Kriminellen könnte die Aussicht auf schnellen Gewinn dazu bewegen, ihr Glück anderswo als zu Hause zu suchen. Aber die großen Massen werden bleiben, wo sie sind. Meinungsumfragen zeigen, daß die Bürger der mitteleuropäischen Staaten - Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn;-, denen es vergleichsweise besser geht, mit der Situation in ihren Staaten weniger zufrieden sind als die Russen, die in ihrer Heimat mild weil schlimmeren Zuständen zu tun haben.

Wie kann man die Ursachen behandeln? In den sogenannten lateinischen Ländern Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Slowenien und Kroatien - ist wirtschaftliche Hilfe angebracht in Form der Zusammenarbeit, wie sie jetzt vonstatten geht, indem man die Privatisierung fördert und Anreize für Investitionen schafft. Wie man die Schwierigkeiten in den sogenannten griechischen Ländern, also in Rußland, der Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Serbien und so weiter beheben will, davon habe ich keine Vorstellung. Ich habe jedoch starke Zweifel, daß man dort die Ursachen überhaupt mit Erfolg bekämpfen kann.

Ganz anders ist die Situation im Vorderen Orient, wo die Überbevölkerung die Hauptursache für die Wanderungsbewegung darstellt. In Ägypten beispielsweise leben derzeit 60 Millionen Menschen, etwa so viele wie in Frankreich, aber ohne die entsprechende französische Landwirtschaft und Industrie. Die Folge ist, daß diese große Zahl von Bewohnern dort nicht mehr ernährt werden kann. Deshalb sucht man um Kredithilfe in Europa nach. Aber das Ziel in Ägypten sind mindestens 90 Millionen Einwohner, weil man unbedingt Nigeria bevölkerungsmäßig übertreffen will; denn Ägypten soll nun einmal das bevölkerungsreichste Land in Afrika sein. Das ist eine völlig unverantwortliche Politik. Ich meine, die Europäer sollten den Arabern deutlich machen, daß das Bevölkerungswachstum nicht auf Kosten der europäischen Länder immer weiter vorangetrieben werden kann. Deshalb kann ich mir auch nicht vorstellen, daß im Nahen Osten Wirtschafts- und Kredithilfe eine wirkliche Lösung bringen

können. Das ist ein Faß ohne Boden. Jede Hilfe bedeutet Ermutigung, ebenso unverantwortlich weiterzumachen wie bisher.

Wenn ich mir zum Beispiel den Maghreb ansehe, wo die Leute hauptsächlich Französisch sprechen. Spricht man einen Taxifahrer auf Arabisch an, versteht er es nicht und antwortet auf Französisch. In Algerien fühlt man sich wie in einem mißratenen Frankreich, und wenn die Menschen dort unglücklich sind, gehen sie eben nach Frankreich, wo es ihnen besser geht. Neben einer Begrenzung des Bevölkerungswachstums würde ich in den nordafrikanischen Staaten also auch eine Re-Arabisierung für wichtig halten, damit die Menschen sich dort wieder mehr zu Hause fühlen können.

Hier wurde verschiedentlich darauf verwiesen, daß der Begriff der Staatsbürgerschaft in Frankreich und England ganz anders interpretiert wird als etwa in Deutschland oder in Osteuropa. Dieser Unterschied geht auf Aristoteles und Platon zurück. Platon sagt, die Bürger eines Staates seien diejenigen, die ihre Bedürfnisse durch Zusammenarbeit befriedigen und die Stadt nach außen verteidigen. Aristoteles hält dem entgegen: Wenn wir uns auf diese beiden Kriterien beschränken, können wir den Staat von einer Räuberbande nicht unterscheiden. Denn auch eine Räuberbande sorgt für die Bedürfnisse ihrer Mitglieder und verteidigt sich nach außen. Der Staat müsse eine moralische Einrichtung sein, der es darum geht, das höchste Gut zu verwirklichen.

Beide Auffassungen haben schwerwiegende Konsequenzen. Wenn wir die Gesellschaft wie Platon begreifen, dann gibt es keinen Grund, warum sich die Moslems zum Beispiel nicht in größeren Scharen nach Europa aufmachen sollten. Wenn wir jedoch die moralische Auffassung von Aristoteles vertreten, dann haben sie keinen Platz in Europa, weil sie die Werte, die man in Europa hochschätzt, nicht anerkennen oder sogar bewußt ablehnen. Das sind ernsthafte Konsequenzen, die uns zu einem gründlichen Überdenken unserer Haltung veranlassen sollten.

Man sollte auch nicht vergessen, daß die päpstlichen Enzykliken, also *Rerum novarum*, *Quadragesimo anno*, *Centesimus annus* und so weiter im Grunde den aristotelischen Standpunkt beinhalten, daß wir es in Europa mit moralisch-politischen Gesellschaften zu tun haben.

### Jicinský

In der Tschechoslowakei sind die Probleme, die wir hier diskutieren, in gewissem Sinne neu. Wir befinden uns in einer ähnlichen Situation wie unsere Nachbarn, besonders Polen und Ungarn, wenn wir auch vergleichsweise noch stärker von Westeuropa isoliert waren als die beiden anderen Länder. Das gilt insbesondere für die Zeit nach der sowjetischen Okkupation im August 1968, als unsere Beziehungen zum Westen fast ganz unterbunden waren. Wir wollen uns in Europa integrieren und möglichst bald Mitglied der EG mit gleichen Rechten werden. Deshalb ist es für uns wichtig, schon frühzeitig an den Prozessen teilzunehmen.

Die Migration kennen wir bisher nur in der Form, als nach dem Februar 1948, also nach der Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei, eine große Auswanderungswelle ins Ausland stattfand. Da es sich dabei vielfach um qualifizierte Leute handelte, war dies ein schmerzlicher Verlust für unser Land. Den gleichen Vorgang erlebten wir 1968 nach der Invasion. Auch damals sind mehrere zehntausend Menschen aus der Tschechoslowakei ins Ausland emigriert, nach Deutschland, Frankreich, Italien, in die Schweiz, nach Amerika und anderswohin.

Nach dem 17. November 1989, also nach dem Zerfall des alten Regimes, sind einige Leute in die Tschechoslowakei zurückgekehrt und versuchen, uns mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen bei der Lösung unserer Probleme zu helfen. Aber sie waren sehr lange Zeit außer Landes, und mit ihrer Rückkehr sind auch manche Probleme verbunden.

Migrationsbewegungen kennen wir aufgrund unserer besonderen internen Situation in unserem Land selbst. Das betrifft die Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken, etwa im Streit um die neue föderale Ordnung unseres Staates. Natürlich sind diese Spannungen im Vergleich zur Situation in Jugoslawien oder in der Sowjetunion nicht so gravierend. Es gibt bei uns auch Spannungen zwischen Slowaken und Ungarn. Interessanterweise weniger dort, wo diese beiden Volksgruppen zusammenleben, sondern wo die Slowaken ganz unter sich sind, betrachten sie die Ungarn eher negativ. Das verhält sich offenbar ähnlich wie in Polen, wo Meinungsumfragen zeigen, daß manche Polen ein ausgesprochen negatives Bild von den Juden haben, obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg kaum noch Juden in Polen leben.

Diese Phänomene von Xenophobie, Nationalismus, Rassismus sind jetzt bei uns hochgekommen, weil es unter dem alten Regime nicht möglich war, diese Konflikte öffentlich auszutragen. Das sind gewissermaßen die negativen Seiten der neuen Freiheit in der entstehenden Demokratie, und die bereiten uns große Probleme.

Das betrifft zum Beispiel auch das Verhältnis zu den Roma, von denen es bei uns wahrscheinlich mehr als eine halbe Million gibt, die mehrheitlich in der Slowakei leben. Da ist jetzt eine gewisse Wanderungsbewegung zu beobachten, weil sich viele Roma in der Slowakei bedroht fühlen und dort die wirtschaftliche Situation auch schlechter ist als in Böhmen. Es gibt eine höhere Arbeitslosigkeit, weil in der Slowakei schwerpunktmäßig die Rüstungsindustrie liegt, die jetzt kaum Aufträge hat. Wir erleben gegenwärtig uns bis dahin unbekannte Erscheinungen, wie zum Beispiel Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und Roma. Es lassen sich auch Verbindungen zwischen Skinheads aus Ostdeutschland, besonders aus Dresden, und Skinheads aus Nordböhmen und Prag nachweisen, was uns beunruhigt.

Es zeigt sich immer wieder, wie schwer es ist, mit Fremden zu leben, und es gibt eben sehr verschiedene Arten von Fremden. Wenn man eine weiße Haut hat, ist man besser dran als mit schwarzer oder brauner Haut. Ich hoffe, daß wir diese Phänomene, die ich teilweise auf unsere lange Isolierung und Unfreiheit zurückführe, in den Griff bekommen werden.

Das wird aber einige Zeit brauchen und setzt voraus, daß uns der wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozeß gelingt, der recht kompliziert ist. Gegenwärtig erlebt unsere Gesellschaft mehr die negativen Seiten dieses Prozesses, Rückgang der Produktion, Arbeitslosigkeit und ähnliche Erscheinungen, die uns bisher unbekannt waren. Die Menschen sind beunruhigt und haben Angst vor der Zukunft. Das verstärkt die Tendenz zur Irrationalität im öffentlichen Leben. Das ist ebenso politisch nicht ganz ungefährlich, denn auch in der Tschechoslowakei gibt es eine Art Le Pen, der bei uns Sladek heißt. Zum Glück ist sein Einfluß zur Zeit noch nicht so groß wie der von Le Pen in Frankreich. Er kommt nach Meinungsumfragen auf ungefähr fünf oder sechs Prozent. Es ist aber durchaus möglich, daß er bei den nächsten Wahlen ins Parlament gewählt wird.

Mit Migrationsproblemen sind wir übrigens insofern konfrontiert, als die Tschechoslowakei eine Art Durchgangsland geworden ist, etwa für die Rumänen, die über Ungarn weiter nach Deutschland wollen, oder auch für verschiedene Gruppen von Flüchtlingen aus dem Vorderen Orient, zum Beispiel der Türkei. Auch auf diese Situation waren wir nicht vorbereitet und müssen jetzt legislative und andere Maßnahmen treffen, beispielsweise die Orte bestimmen, wo man diese Gruppen konzentriert. Daraus entstehen manche Probleme mit unseren Bürgern, die mit diesen Menschen zusammenleben sollen. Es gibt bisher noch keine Übergriffe wie in Hoyerswerda, aber die Spannungen existieren.

Generell würde ich sagen, daß wir von den westlichen Staaten keine Hilfsmaßnahmen erwarten, sondern eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen und anderen Gebieten. Deshalb sind wir auch enttäuscht über den bisherigen Verlauf der Assoziierungsverhandlungen mit der EG, die von einigen Mitgliedsstaaten doch mit großer Zurückhaltung betrachtet werden. Wir sind da recht empfindlich, vielleicht mehr als nötig; aber diese Beziehungen zur EG sind für uns nun einmal außerordentlich wichtig. Wir sind auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten angewiesen und würden gern in die Integration mit eingegliedert werden.

Steht uns eine Welle von Flüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion bevor? Das sehe ich ähnlich zurückhaltend wie Herr Maróth. Natürlich ist die Lage dort sehr schwer einzuschätzen, und wir wissen nicht, wie die Zerfallsprozesse ablaufen und sich die Beziehungen und Verhältnisse zwischen den neuen Staaten entwickeln werden. Wenn keine dramatischen Umstände wie in Jugoslawien eintreten, sehe ich keine so großen Gefahren. Wenn es jedoch zu einer Katastrophe kommen sollte, könnten sich die Befürchtungen des polnischen Präsidenten Walesa bestätigen, daß dann womöglich Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn als Korridor für eine riesige Fluchtbewegung dienen werden. Das ist auch für uns keine gute Perspektive, weil die Ufer des Korridors durch diese Fluchtwelle sicher erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden.

Wir haben nach dem Ersten Weltkrieg die Zuflucht von Russen erlebt. Viele von diesen Menschen haben damals bei uns ihre Heimat gefunden, wie in Frankreich und in anderen Ländern. Aber die heutige Situation ist eine andere, und wir dürfen auch nicht vergessen, daß sich das Verhältnis unserer Bürger zu den Russen grundlegend gewandelt hat, und zwar nicht gerade zum Positiven.

## **Kaiser**

Wir sollten jetzt versuchen, von der Diagnose zur Politik überzugehen. Hier wäre zu unterscheiden zwischen Maßnahmen in den Herkunftsländern und solchen, die wir in Europa treffen. Die Frage stellt sich, ob so viel Solidarität zu erwarten ist, wie nötig wäre, um effektiv etwas zu bewirken. Vielleicht gelingt es, an das Eigeninteresse in unseren Gesellschaften zu appellieren, damit die notwendigen Ressourcen mobilisiert werden.

In der Zeit des Kalten Krieges war es aus Furcht vor dem großen Krieg durchaus möglich, erhebliche Mittel für militärische Zwecke zu mobilisieren, immerhin zwischen fünf und zehn Prozent unseres Bruttosozialprodukts. An sich müßte es doch in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse liegen, jetzt Mittel in eine andere Richtung zu transferieren, um eine tickende Zeitbombe in der Ära nach dem Kalten Krieg zu entschärfen. Auf dem Spiel steht sowohl die Liberalität unserer Gesellschaften als auch der Frieden zwischen den Staaten. Der kurze Hinweis auf die Geschehnisse von Bari mag uns vor Augen führen, welche Probleme wir zu gewärtigen haben.

Zweitens sollten wir darüber nachdenken, wie wir unsere unterschiedlichen Vorstellungen zu Fragen der Flüchtlinge und Einwanderung in Einklang bringen können in einem Europa, das demnächst keine Grenzkontrollen mehr haben soll. Mir ist noch nicht klargeworden, wie dies zu bewerkstelligen ist. Es ist zu Recht daraufhingewiesen worden, daß die Europäische Gemeinschaft dafür nicht genügt, sondern daß die Maßnahmen weiter reichen müssen.

### **Stürmer**

Herr Kaiser fordert zu Recht, daß wir uns über Lösungen Gedanken machen. Wir müssen aber leider auch erkennen, daß es in weiten Bereichen keine Lösungen gibt - außer es gäbe eine Art Weltmanagement, wofür ich keinen Ansatz sehe. Bei den Völkerwanderungen unserer Zeit sollten wir nicht nur auf diejenigen schauen, die zu uns kommen, sondern auch auf die, die ganz woanders hingehen.

Wenn diese Völkerwanderungen das Produkt sind von Massenarmut, demographischen Explosionen, dem Gefühl großer Ungerechtigkeiten, der Hinterlassenschaft von Grenzen, die von den Menschen nicht akzeptiert werden, von ökologischer Zerstörung, die in vielen Ländern mit dem Bevölkerungswachstum direkt zusammenhängt, und von der Knappheit aller möglichen Ressourcen - wenn dies so ist, dann sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, daß Europa, selbst zusammen mit den Nordamerikanern und, wenn das Wunder geschieht, zusammen mit den Japanern, diese materielle, psychologische und politische Last wirklich schultern kann. Es ist zwar unpopulär, das in aufgekärten Kreisen zu sagen, aber es gibt Probleme, die schlechterdings nicht lösbar sind. Ich denke auch an die sich abzeichnenden ökologischen Veränderungen, deren Ursachen wir teilweise noch nicht einmal richtig erkannt haben.

Herr Kaiser hat eben auf die Analogie zum Kalten Krieg verwiesen, um die Größenordnung des Problems anzuzeigen. Aber das Management des Kalten Krieges spielte sich auf einer Art weltpolitischen Schachbretts ab. Für unser Problem fehlt mir die entsprechende Metapher, es sei denn, ich zitiere Metternich und rede von der steigenden Flut, was natürlich auch nicht weiterhilft. Aber das würde die Vorstellung des Eindeichens oder des Abdämmens von Zuflüssen beinhalten.

Darf ich vielleicht folgenden Vorschlag machen: Wir haben während des Kalten Krieges eine Reihe guter Institute gegründet, die Phänomene intellektuell zu durchschauen und die Kräfte unter der Führung Amerikas einigermaßen zu koordinieren. Ich denke unter anderem an das Institute for Strategy Studies, das gute analytische und auch statistische Arbeit leistet. Mein Eindruck ist, auch in dieser Diskussion, daß gegenwärtig bei der Problematik, die uns hier beschäftigt, sogar im europäischen Bereich genaue Kenntnisse fehlen, wie die Dinge von Land A und Land B gehandhabt werden und nach welchen Kategorien man überhaupt vorgeht. In dieser Beziehung fand ich die bisherige Bilanz nicht eben ermutigend, wenn ich nur an die unterschiedlichen historisch-politischen, psychologischen oder rechtlichen Traditionen denke, die jeweils wirksam sind. Das sollte in einem größeren Institut zusammengetragen und aufgearbeitet werden.

In der Welt des islamischen Halbmonds gibt es kaum ein Land mit einem Bevölkerungswachstum unter drei Prozent. Das heißt, Verdoppelung in zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren, verbunden mit einer dramatischen Verjüngung der Bevölkerung. Es bedeutet weiterhin, daß das Bruttosozialprodukt und das Pro-Kopf-Einkommen weit hinter dem Wachstum der Bevölkerung zurückbleiben, daß Länder also immer mehr verarmen. Der Lastenausgleich zwischen den Ölbesitzern und den Sandbesitzern hat bisher schlecht funktioniert, und das wird sich in Zukunft auch nicht bessern, weil die Saudis und andere mit ihrem Geld offenbar Besseres anzufangen wissen, als ihre armen Glaubensbrüder materiell zu unterstützen.

Bei einer solchen Entwicklung ist ein scharfer Generationskonflikt unvermeidlich. Wir erleben auch einen dramatischen Traditionsverlust; weit dramatischer als alles, was in Deutschland und Europa im 19. Jahrhundert stattgefunden hat, wo wir zwar auch ein schnelles Bevölkerungswachstum hatten, aber bei weitem nicht so schnell wie in den vorgenannten Staaten. Die Folge werden zusammenbrechende Staaten und wankende Grenzen sein.



Hier baut sich also eine Fülle von Konflikten auf, die sich bereits konkret abzeichnen. Denken Sie nur an die Bevölkerungsverschiebung in Jordanien zwischen Palästinensern und Beduinen, dann ist klar, daß es dort nicht lange gutgehen kann. Zu meinen, diese Probleme ließen sich nur mit friedlichen Mitteln und gutem Zureden lösen, ist wohl Illusion. Dafür fehlen auch konzeptionelle und materielle Voraussetzungen. Außerdem muß man dann den deutschen und französischen Wählern immer noch erklären, warum sie teilen sollen und nicht die Saudis, deren Oligarchie im Gelde schwimmt.

Wenn man sich entschließt, die Dinge wirklich anzupacken, müßten wir auch unsere Entwicklungshilfepolitik gründlich durchdenken. Bisher war diese vom Optimismus des Westens geprägt, daß die betreffenden Länder so werden könnten wie wir und wir ihnen gewisse Unterstützungen gewähren, damit sie in die Lage versetzt werden, ihre Probleme selbst zu lösen. Vierzig Jahre Entwicklungspolitik dieser Art haben gezeigt, daß dies ein tragischer Irrtum war. Wir haben gewisse Lösungen exportiert und feststellen müssen, daß diese überhaupt nicht paßten, weil die Probleme dort ganz andere sind, als bei uns. Inzwischen erkennen wir auch, daß mehr Industrialisierung aus historischen, aber auch ökologischen und anderen Gründen keine geeignete Lösung darstellt, zumal der Kapitalexport gar nicht in diese Länder geht.

Was wir brauchen, sind maßgeschneiderte Analysen und entsprechend auf die Situation des jeweiligen Landes abgestimmte Maßnahmen. Wenn aber all dies in absehbarer Zeit nicht greift: Was tun wir dann? In dem Falle wird das Bevölkerungsproblem in der Tat zu einem Sicherheitsproblem, was sich längst anbahnt. Wir haben also nicht die Wahl zwischen sanften und harten Maßnahmen, sondern wir brauchen beides. Wir müssen eine Art Doppelstrategie - wie im Kalten Krieg: Abschreckung und Entspannung entwickeln; eine Vorgehensweise allein reicht nicht.

Am Beginn muß jedoch eine gemeinsame Analyse stehen. Wenn wir die in Europa nicht zustande bringen, werden wir auch keine abgestimmten Maßnahmen hinbekommen. Ich glaube, unser schönes Schengenland ist mehr in Gefahr, als vielen bewußt ist. Dann aber steht auch das Projekt des großen freien europäischen Binnenmarktes auf dem Spiel.

### **Neville-Jones**

Ich stimme mit Herrn Stürmer überein, daß wir einen politischen Gesamtrahmen benötigen, in dem die Politik auf drei Ebenen operiert, so daß die inneren und äußeren Aspekte gleichzeitig behandelt werden können. Zunächst braucht man - um ein Wort aus dem strategischen Bereich zu gebrauchen - eine Wanderungs-Abschreckungspolitik. Als langfristige Politik muß sich daran eine Entwicklungshilfepolitik anschließen. Dabei ist das Fehlen der Menschenrechte zumindest ebenso wichtig wie die ökonomischen Probleme. Dennoch geht es um eine gemeinsame europäische Politik, in der der Akzent ein wenig auf dem liegt, was man "good government" nennt. Es sind nicht nur die wirtschaftlichen Gesichtspunkte; denn häufig verlassen die Menschen aus humanitären Gründen ihre Heimat. Eine solche Politik ist wichtig, auch wenn sie nur auf lange Sicht eine Lösung bringen kann. In der Zwischenzeit darf man die Sache auf keinen Fall so, wie sie jetzt ist, sich selbst überlassen.

Zweitens: Wir müssen etwas innerhalb unserer Grenzen unternehmen. Ich spreche hier nicht von einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik, die auf der Ebene der Gemeinschaft nur schwer zu machen sein wird, obwohl man es versuchen sollte. Die Frage der Einwanderung ist wesentlich delikater. Zum einen brauchen wir Visa für Leute, die nur vorübergehend einreisen wollen; zum anderen führt an einer Quotenregelung kein Weg vorbei. Das Problem ist, wie wir die Quoten aufeinander abstimmen können.

Unsere Länder befinden sich, was die Zahl der Einwanderer betrifft, auf verschiedenen Niveaus. So gibt es in England zur Zeit nur sehr wenige Einwanderer. Als ich vorhin sagte, wir hätten die Tür geschlossen, habe ich etwas übertrieben; aber die Zahl der jährlichen Einwanderer ist doch erheblich zurückgegangen. In andere Länder der Gemeinschaft, vor allem nach Deutschland und Frankreich, strömt eine große Anzahl von Menschen aus den verschiedensten Ländern. Das muß eine Quotenpolitik berücksichtigen. Gelingt es nicht, eine einigermaßen aufeinander abgestimmte Politik zu entwerfen, wird es sehr schwierig werden, die Grenzen in der EG zu öffnen.

Das setzt eine Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft voraus, und genau darin liegt das Problem. Wenn sich die Vereinbarung von Schengen nicht so regeln läßt, daß man die internen Abläufe unter Kontrolle hat, wird keine englische Regierung, gleich welcher Couleur, es zulassen, daß verdeckte Wanderungen oder Migrationen, die nicht im Einklang mit Schengen stehen, bis nach England kommen. Ohne eine klare Regelung über das, was an den Außengrenzen der Gemeinschaft geschieht, wird es Barrieren an den Binnengrenzen geben. Wir müssen unbedingt erreichen, daß wir hier zu einer Vereinbarung kommen. Es wird viel Arbeit machen, Mittel und Wege zu finden, solche

Quoten festzulegen, mit denen alle einverstanden sein können, um in der Gemeinschaft sich frei, ohne Grenzen bewegen zu können.

Drittens: Was tut man mit den Menschen, wenn sie da sind? Ich habe ein wenig Angst sowohl vor der multikulturellen als auch vor der Integrationsphilosophie, die in diesem Gespräch deutlich geworden sind. Wie sich beide in der Praxis unterscheiden, ist mir nicht recht klar. Sicher, in England gibt es Ghettos, und in Frankreich leben diese Menschen in Elendsvierteln. Zwischen beiden vermag ich keinen großen Unterschied zu erkennen. Die Assimilation weniger Menschen ist ohne Zweifel leicht zu bewerkstelligen. Wenn es sich jedoch um große Menschenmassen handelt und diese auch noch ihre eigene Gruppenidentität behalten wollen, wird es viel schwieriger, sie zu integrieren.

Zugleich frage ich: Ist eine multikulturelle Politik wirklich wünschenswert? Ich meine, man sollte derartige Philosophien vermeiden und statt dessen praktische Maßnahmen ergreifen, damit die Menschen, die einen wie die anderen, sich wohlfühlen und zusammenleben können. Dieses Ziel ist nicht so anspruchsvoll, aber vielleicht praktikabler. Auch für dieses Ziel werden wir viel Geld benötigen. Das ist keine Politik, die billig zu haben ist. Aber ohne eine solche Politik werden wir in unseren Ländern starke Spannungen erleben. Ich erwähnte bereits, daß es in unserer Bevölkerung viele Spannungen gegeben hat. Und meine Absicht ist, daß unsere Partner diese Erfahrungen möglichst vermeiden. Man sollte die Zahl der nach Europa strömenden Menschen begrenzen, damit die Gesellschaften innerhalb der Gemeinschaft stabil bleiben.

Der soziale Aspekt sollte - im Sprachgebrauch der Gemeinschaft - unter Subsidiaritätsgesichtspunkten betrachtet werden. Das heißt, jedes Land muß innerhalb der eigenen Gesellschaft mit den ihm geeignet erscheinenden Mitteln operieren. Das kann man sicherlich nicht von einer Zentrale aus besorgen.

## **Rovan**

Wir befinden uns zum einen in einem Wettlauf zwischen einem erstarkenden Rassismus am Rande der Gesellschaft und dem Bemühen um politische Bildung. Es handelt sich also um einen Wettlauf zwischen mehr oder weniger obskuren, aber sehr emotionsgeprägten Vorstellungen einerseits und dem Fortschritt an Aufklärung andererseits. Beide bewegen sich nicht im gleichem Tempo. Es ist vorhersehbar, daß in unseren Ländern, in denen die großen politischen Entscheidungen im hohen Maße von Wahlen abhängen, sich die politische Aufklärung in zehn, fünfzehn Jahren weiterentwickelt haben wird. Aber die entscheidende Frage ist doch, ob das bis 1993, zur Wahl der Nationalversammlung, oder bis zur Präsidentschaftswahl 1995 ausreicht, um nur von der französischen Situation zu sprechen.

Zur gleichen Zeit gibt es eine Art Wettlauf zwischen den Ländern Nordafrikas mit ihrem geringen Zuwachs an Wohlstand und der wachsenden Radikalisierung des Islam. Es hat etwas Tragikomisches, daß diejenige Bevölkerung in der islamischen Welt, deren intellektueller und materieller Fortschritt vergleichsweise am größten ist, ohne Zweifel die Palästinenser sind. Dabei weiß alle Welt, daß die Palästinenser sich nicht unter besonders günstigen politischen Verhältnissen entwickeln können.

Wenn wir die Situation in Frankreich nehmen, so könnte man sich an die Legende vom Riesen Ugolin erinnern fühlen, der seine Kinder aß, um ihnen den Vater zu erhalten. Wenn wir die französische Demokratie retten wollen, riskieren wir, daß wir mehr und mehr zu Maßnahmen genötigt werden, die diese Demokratie gefährden. Wenn wir diese Maßnahmen aber nicht ergreifen, können wir sicher sein, daß die Demokratie Schaden leidet. Wie dramatisch diese Entwicklung ist, sehen wir an den Verhaltensweisen von Leuten, die einigermaßen ehrbar sind und mit denen man sogar verkehren könnte.

Jacques Chirac zum Beispiel, der zweimal Premierminister war und in bezug auf die Immigrationspolitik nicht viel anders handelte als seine sozialistischen Nachfolger und Vorgänger, hat kürzlich eine verblüffende Feststellung getroffen, indem er sich darüber ausließ, wie schwer es Franzosen hätten, die mit Moslems in einem Haus zusammenwohnen. Er wollte nicht sagen, daß die Moslems schlecht röchen, aber sie bereiteten ihr Hammelfleisch so zu, daß sich die Nachbarn vom Geruch belästigt fühlten.

Michel Poniatowski, der in der Vergangenheit mehrfach ein wichtiger Minister war und polnischer Herkunft ist, hat, angesprochen auf die Einwanderung aus Nordafrika, gesagt, daß es sich hierbei um eine Besetzung handele. Das ist wirklich befremdlich. Da er polnischer Abstammung ist, müßte er eigentlich wissen, was eine Besetzung ist.

Ich will damit nur zeigen, daß die Vergiftung der öffentlichen Meinung durch den Rassismus sehr schnell voranschreitet. Ein Teil der gestrigen Protestdemonstration richtete sich gegen Entscheidungen der sozialistischen Regierung, die diese keineswegs leichten Herzens getroffen hatte. Der Ugolin-Komplex ist also ein Hauptproblem für die französische Demokratie von heute.

Ich nenne einige krasse Beispiele, weil mancher von Ihnen mit den Einzelheiten nicht vertraut sein dürfte. Jeder weiß, daß die Gattin unseres Präsidenten politisch aktiv ist. Es hat da eine Situation gegeben, wo die französische Regierung - wenn auch mit einer gewissen Zurückhaltung - die marokkanische Regierung unterstützte, weil "unser Freund der König" unter den Machthabern Nordafrikas derjenige ist, dem es noch am besten gelungen ist, den Islamismus zurückzudämmen. Genau zu diesem Zeitpunkt aber trat Madame Mitterrand für die Sahraouis ein. Ich kann sehr gut verstehen, daß man sich für die Sahraouis einsetzt. Ich würde sie auch eher unterstützen als "unseren Freund den König". Aber wir erleben hier ständig derartige Widersprüche. Zwischen der reinen demokratischen Doktrin auf der einen und den Maßnahmen, die notwendig sind, um mehr schlecht als recht das Überleben der Demokratie zu sichern, auf der anderen Seite, werden die Demokraten in eine Dialektik hineingezogen, die sich nicht eben günstig für sie auswirkt.

Zwei Zahlen zur Erläuterung: Wir haben in Frankreich gegenwärtig drei Millionen Arbeitslose, und die gesamte nordafrikanische Bevölkerung in Frankreich beträgt ungefähr vier Millionen, unter denen es auch viele Arbeitslose gibt. Es ist klar, daß zwischen diesen beiden Zahlen von bestimmten Leuten ein direkter Zusammenhang hergestellt wird.

Wie wenig rational die Dinge ablaufen, mag auch folgendes Beispiel zeigen: Ich lebe einen großen Teil des Jahres in einem ländlichen Departement, und zwar in demjenigen, in dem Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 1988 am wenigsten Stimmen erhalten hat, weniger als drei Prozent. Bei den Europawahlen von 1989 lag der Anteil schon bei sieben Prozent. Ich lege meine Hand dafür ins Feuer, daß er bei den nächsten regionalen und kantonalen Wahlen die Zehnprozentgrenze weit überschreiten wird.

Was ist der Grund dafür? In diesem Departement, jedenfalls in meiner Nachbarschaft, hat man noch nie einen Nordafrikaner gesehen. Aber meine Nachbarin, übrigens die Tochter einer eingewanderten Polin, ist Kandidatin für Le Pen bei den Regionalwahlen. Mit ihrem Mann bewirtschaftet sie allein und ohne jede Hilfe einen Hof mit hundert Kühen. Sie sieht im Fernsehen, daß sich die Nordafrikaner einer Sozialgesetzgebung erfreuen, wie sie nach ihrer Meinung den französischen Landwirten nicht zugute kommt. Sie haben in unserer Gemeinde also noch nie einen Nordafrikaner gesehen, und doch sammelt sie die Stimmen der Bauern für die Front National. Aus Frust - aber dieser Frust nährt den Rassismus.

Sie kennen ja aus eigener Erfahrung die Lage in Kreuzberg (in Berlin) mit den Türken. Da entstehen äußerst prekäre Situationen mit all den Folgen, die wir schon aus Amerika kennen: Wenn an einer Schule 60 oder 70 Prozent der Schüler aus Nordafrika oder von den Antillen stammen, schicken die "weißen" Eltern ihre Kinder auf Privatschulen oder versuchen sie in einem anderen Sektor einzuschulen, wo es weniger Emigranten gibt. So entsteht ein Phänomen des "Gegen-Busfahrens".

Was ist zu tun? Meine erste Schlußfolgerung ist, daß ich die Chancen einer Ratifizierung der Vereinbarung von Schengen jetzt eher pessimistisch beurteile, wenn ich mir die Äußerungen des Herrn Innenministers von Nordrhein-Westfalen vor Augen halte. Wenn es so ist, daß Sie die Schließung der Ostgrenzen weder zusichern können noch wollen, wenn Ägypter oder Nordafrikaner in Italien einwandern und letztlich über Deutschland zu uns kommen können, wird sich in Frankreich keine Mehrheit für die Unterzeichnung der Schengener Vereinbarung finden. Das ist eine wirkliche Gefahr. Michael Stürmer hat zu Recht daraufhingewiesen, daß, wenn Schengen nicht zustande kommt, eine ganze Anzahl anderer europäischer Fortschritte gefährdet ist.

Fragen Sie mich nicht nach Lösungen. Zur Zeit sehe ich nur, daß sich die Krisen schnell entwickeln. Denn parallel zur Bewegung gegen die Einwanderer bildet sich in Frankreich eine anti-europäische Bewegung. Zum Teil wird diese von den gleichen politischen Gruppen unterstützt und getragen. Von daher ergibt sich erneut die große Bedeutung der Beschlüsse von Maastricht, etwa zum Ausländerwahlrecht für die Gemeindewahlen. Die Propaganda von Le Pen, die auch in nicht extremen rechten Kreisen ankommt, lautet: Erst erhalten die Deutschen oder die Italiener bei uns das Wahlrecht, und das endet dann mit den Arabern. Indem sie Aspekte der europäischen Einwanderungspolitik angreifen, fordern sie zugleich die allgemeinen anti-europäischen Einstellungen. Das kann uns in eine ernste Krise führen.

Mittelfristig - aber nicht kurzfristig - geht es vor allem darum, die Integration und Säkularisierung, den Laizismus zu sichern. Nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Dritten Welt, vor allem in Nordafrika,

sollten wir die Emanzipationskräfte unterstützen. Deshalb ist es von großer Bedeutung, die feministischen und anti-fanatischen Bewegungen im Islam zu fördern. In Algerien sind die feministisch bewegten Frauen vielleicht der aktivste Teil der Bevölkerung im Widerstand gegen den Islamismus.

Man muß sich zudem die inneren Strukturen in diesen Ländern genau anschauen. Viele Franzosen haben sich lange Zeit über ihre Militärs lustig gemacht, die Kabylien dem arabischsprechenden Algerien gegenüberstellen wollten. Im ersten Wahlgang bei den algerischen Wahlen hat sich aber Kabylien zu 90 Prozent gegen die Islamisten ausgesprochen. Das sollte man bedenken. Da wir nicht der ganzen Welt helfen und nicht alle Menschen zu uns einwandern lassen können, muß unsere Politik selektiv vorgehen. Wir müssen handeln, aber unsere Handlungen werden erst mittelfristig wirksam werden. Die Gefahren aber stehen uns kurzfristig ins Haus. Deswegen ist es besser, sich pessimistisch der drohenden Dinge bewußt zu sein, als optimistisch die Probleme zu verdrängen.

### **Casanova**

Ich möchte einige Bemerkungen zu den politischen Implikationen der Immigrationsproblematik in Europa machen. Denn ich glaube, dies wird nach dem Ende des Kommunismus zu unserem Hauptproblem werden, und zwar aus zwei Gründen. Die Migrationsproblematik wird sich mit allen anderen Problemen vermischen, zum einen vor allem mit den Wahlergebnissen in den Mitgliedsländern, zum anderen mit den europäischen Integrationsproblemen. Es handelt sich um ein wirklich politisches Problem in dem Sinne, daß die Ziele weder klar noch einsichtig sind und die Instrumente äußerst behutsam eingesetzt werden müssen.

Die europäische Politik beruht heute, so wie sie sich in den Erklärungen der Politiker ausnimmt, auf drei Vorstellungen. Erstens: Man muß den Entwicklungsländern, aus denen die Zuwanderer kommen, helfen. Zweitens: Man muß die Ströme kontrollieren und drittens: Man muß die Einwanderer integrieren. Das Unglück besteht darin, daß die Hilfe die Wanderungen anwachsen und nicht abflauen läßt; daß wir nicht wissen, wie die Ströme zu kontrollieren sind und daß es sehr schwierig ist, diese Gruppen in unseren Gesellschaften zu integrieren, die selbst starke Desintegrationserscheinungen aufweisen.

Um auf den ersten Punkt zurückzukommen: Es besteht kein Zweifel, daß eine Hilfe, die die landwirtschaftliche Produktivität steigert, die Verstädterung vorantreibt, die Qualifikationen erhöht, die europäischen Sprachen verbreitet, sich in einer Zunahme der Wanderungsbewegung auswirkt.

Mir ist völlig verständlich, daß die europäischen Politiker davon sprechen, man müsse die Grenzen schließen, und gleichzeitig sagen, für die demokratischen Gesellschaften stelle der moralische Aspekt einen kategorischen Imperativ dar. Sie müssen also sagen: Ja, sicher, wir schließen die Grenzen, und zugleich: Aber wir werden diesen Ländern Hilfe leisten. Doch die Folge dieser Hilfe ist ein Anwachsen der Wanderungsströme und nicht ihre Unterbindung; das könnte allenfalls langfristig der Fall sein. In ein oder zwei Jahrhunderten, wenn sich die Durchschnittsproduktivität auf der ganzen Welt angeglichen hat, werden sich die Wanderungsströme vielleicht entsprechend den klimatischen Veränderungen verhalten. Aber in der geschichtlichen Phase, die vor uns liegt, also in den kommenden 20 oder 30 Jahren, wird die Hilfe und die Ausweitung der westlichen Kultur dazu führen, daß die Wanderungsströme noch anwachsen.

Zweiter Punkt: die Kontrolle der Migrationsströme. Müssen wir die Grenzen schließen? Es heißt: Ja, das müßten wir. Bedenken Sie aber einmal die Schwierigkeiten und Konflikte in unseren Gesellschaften und den Druck, der sich daraus ergibt. In einer kleinen politischen Schrift von Kant findet sich eine Anspielung auf das Problem der Fremden. Dort heißt es ungefähr: Jeder Mensch hat das Recht, in der ganzen Welt herumzureisen; um aber in einem anderen Land seßhaft zu werden, muß dieses Land auch bereit sein, ihn aufzunehmen. Im Grunde bedarf also das Seßhaftwerden eines Fremden einer vertraglichen Grundlage. Aber Kant fügt hinzu: Obwohl dies so ist, darf man keinen Fremden zurückweisen, wenn seine Existenz gefährdet ist. Sie werden sagen, das sei ganz einfach die philosophische Grundlage des Asylrechts. Wir geben aber dem Wort "Existenz" in der modernen Welt eine andere Bedeutung als im 18. Jahrhundert.

In der modernen Welt wird "existieren" verstanden, als leben zu können wie alle anderen; das heißt etwa, einen Arbeitsplatz und ein Einkommen zu haben. Es wird nicht in dem Sinne verstanden, wie ein Protestant in einem protestantischen Land oder wie ein Katholik in einem katholischen Land zu leben, wie man es für das 18. Jahrhundert sagen konnte. Wenn es einen politischen Konflikt über das Asylrecht oder die Einwanderung gibt, dann deshalb, weil man meint, ein Großteil der Einwanderer habe das Recht, in Ländern mit höherem Lebensstandard zu leben. Große Teile der Bevölkerung wohlhabender Länder meinen, daß sie die moralische Pflicht hätten, Leute zu akzeptieren, deren Lebensstandard niedriger ist, damit diese eine Beschäftigung finden. Diese Spannung zwischen einer

freien Wirtschaft einerseits und den Begriffen Nationalität und Staatsangehörigkeit andererseits führt in unseren Gesellschaften schon heute zu äußerst schwerwiegenden Problemen, zu Auseinandersetzungen bei Wahlen und zu politischen Konflikten.

Das Problem ist sowohl theoretischer als auch praktischer Natur. Ich habe nichts dagegen, daß man die Grenzen schließt. Doch wie muß unser institutionelles System verändert werden, um eine wirksame Kontrolle der Wanderungsströme zu erreichen? Unsere britischen Freunde schätzen die Vereinbarung von Schengen nicht sehr. Wenn aber die Vereinbarungen von Schengen praktikabel werden sollen, brauchen wir in Europa ein durchgängiges Identifikationssystem. Das heißt jedes Individuum muß einen Personalausweis haben. Bis unsere englischen Freunde sich auf so etwas einlassen, wird viel Zeit vergehen.

Wir Franzosen wären dann aber gezwungen, ein System nach dem deutsch-schweizerischen Vorbild einzuführen. Das heißt, jeder Ausländer muß in dem Ort, in dem er wohnt, gemeldet sein. So etwas gibt es bei uns nicht. Ein Ausländer, der sich auf französischem Boden befindet und eine Aufenthaltserlaubnis besitzt, kann gehen, wohin er will. Ein Ausländer in der Schweiz oder in Deutschland muß sich melden an dem Ort, wo er sich aufhält.

Bei uns wird die ausländische Bevölkerung nur statistisch und administrativ erfaßt und wenn in Europa Kontrollsysteme eingeführt werden, würde das unsere Gewohnheiten, unsere Institutionen und Prinzipien in Frage stellen. Das würde nicht ohne schwerwiegende politische Probleme abgehen.

Als dritten Punkt nannte ich die Integration. Es ist offenkundig, daß die Einwanderungsproblematik wesentlich mit der Herkunft der Einwanderer zu tun hat. Viele Beobachtersagen, 1914 habe es in Südfrankreich ebenso viele Ausländer gegeben wie heute; das sei also kein neues Problem. In der Tat gab es damals 30 Prozent Piemonteser in Nizza. Aber es ist schwieriger, einen Piemonteser von einem Einheimischen aus Nizza zu unterscheiden, als letzteren von einem Afrikaner.

### **Grosser**

Am Ende des 19. Jahrhunderts, um 1890, gab es anti-italienische Pogrome in Südfrankreich. So etwas hat es glücklicherweise gegen die Araber in Frankreich noch nicht gegeben.

### **Casanova**

Diesen historischen Vergleich, der in Frankreich sehr verbreitet ist, akzeptiere ich nicht. Ich bin Korse, also bin ich gleichzeitig Franzose und Italiener. Frankreich wurde von Katharina von Medici, von Mazarin, den beiden Bonapartes und von Gambetta regiert. Mit anderen Worten: Es wurde während einer langen Zeit seiner Geschichte von Italienern regiert. Als die italienischen Einwanderungen von Arbeitern nach Frankreich stattfanden, gab es in der Tat Aufstände. Es gab Arbeiter, die nicht damit einverstanden waren, daß man ihnen den Arbeitsplatz wegnahm. Es gab in Nizza jedoch nicht 30 Prozent rechtsextreme Wählerstimmen, weil dort Italiener lebten. Anders gesagt, das Argument, es sei das gleiche, Italiener zu assimilieren oder Araber, ist nicht stichhaltig; das Problem ist viel schwieriger.

Ich möchte daran erinnern, daß es in Europa einige Gebiete gibt, in denen moslemische Minderheiten leben: Bulgarien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina, das westliche Thrakien (wo die Griechen die Türken auf erbärmliche Weise niederhalten, indem sie ihnen die elementaren Rechte verweigern). Ich erinnere weiter daran, daß überall dort in Europa, wo große Bevölkerungsteile moslemisch sind, erhebliche Probleme bestehen. Wir werden damit in Frankreich, in Spanien, in Italien und anderswo große Probleme bekommen, weil die Integration viel schwieriger sein wird. Sicher, irgendwann werden moslemische Frauen Nicht-Moslems heiraten, was als das Hauptkriterium der Integration gilt. Doch diese Integration wird sich nur unter Schwierigkeiten vollziehen, und unsere westlichen Gesellschaften werden sich schwer damit tun, zumal sie selbst mit Desintegrationserscheinungen zu tun haben.

Die französische Politik der sozialen Integration am Ende des 19. Jahrhunderts beruhte auf dem obligatorischen Militärdienst und einem freiwilligen Schulbesuch. Den obligatorischen Militärdienst gibt es nicht mehr. Anders gesagt, das militärische Band, das staatsbürgerliche Band, besteht in unseren Gesellschaften nicht mehr oder ist relativ schwach geworden. Die Schule am Ende des 19. Jahrhunderts beruhte auf Kanonischem Recht, das bestimmte, was zu unterrichten war. Wir leben in einer Gesellschaft, die kein Kanonisches Erziehungssystem mehr kennt und wo niemand mehr weiß, was er zu unterrichten hat. Von daher wird sich die Integration durch Bewegungen der Straße, durch Rockmusik und viele ähnliche Dinge vollziehen, und da die Integration nur schwer zu erreichen sein wird, ruft sie Wählerbewegungen hervor. Das heißt, die 20 Prozent rechtsextremen Stimmen in einigen Regionen Europas bedeuten nicht, daß sich plötzlich ein Drittel der Bevölkerung einer

rassistischen Ideologie ergibt, sondern es reagieren Teile der Bevölkerung unvermittelt emotional und sehr heftig auf Probleme, die sie überfordern.

Das scheint ein sehr schwerwiegendes Problem zu sein, über das politisch sehr eingehend nachgedacht werden muß. Man kann sich also nicht damit begnügen, nur diese drei Dinge festzustellen: man muß helfen, man muß kontrollieren, man muß integrieren, was alles drei nur unter größten Schwierigkeiten zu realisieren ist. Hier bedarf es weitergehender Überlegungen. Denn wenn die Wähler die Erklärungen der Politiker hinterher mit den Tatsachen vergleichen und sich getäuscht fühlen, werden Reaktionen die Folge sein, die kaum in den Griff zu bekommen sind.

### Grosser

Algerien stellt für Frankreich nicht nur ein Problem der Einwanderung von Moslems dar, sondern für mehrere Generationen von Franzosen ist es unmittelbar mit schwerwiegenden Problemen verbunden, positiv wie negativ. Als Camus den Nobelpreis erhielt, sagte er in seiner Dankesrede, er sei glücklich, daß zum ersten Mal ein algerischer Schriftsteller den Nobelpreis verliehen bekomme. Hunderttausende von Franzosen waren mit Moslems verbunden und haben sie nicht als intolerant oder aggressiv empfunden. Und wenn es der Fall war, wie im Algerien-Krieg, dann aus dem Grund, weil wir intolerant und aggressiv den Moslems gegenüber waren.

Als vor wenigen Jahren ein gewisser junger Toumi durch Frankreich reiste, um für die jungen "beurs" zu plädieren, war das kein Einwanderer, sondern ein Kind der "Harki", das heißt von Arabern, die wir aufgefordert hatten, andere Araber im Namen Frankreichs zu töten, weil sie Franzosen waren, wir sie aber nicht als Franzosen behandelten. Von daher gibt es ein ganz spezifisches Problem zwischen Algerien und Frankreich, das übrigens in den nachfolgenden Generationen aufscheint.

Der erste wichtige Text von Michel Rocard war sein Bericht als junger Finanzinspektor über die französischen Internierungslager in Algerien. Auf der anderen Seite gibt es auch heute sehr enge Bindungen zwischen beiden Ländern. Jährlich reisen Millionen Franzosen nach Algerien, und es gibt junge Ex-Algerier, die nach Frankreich emigriert sind und nicht nach Algier zurückkehren. Sie fühlen sich wohler in Frankreich als in Algerien und sind schon weitgehend assimiliert.

Was den Wandel der Identität von Bevölkerungsgruppen bei uns angeht, stimme ich Jean Claude Casanova zu, ohne die gleichen Schlüsse wie er daraus zu ziehen. Für die Zukunft der Immigration halte ich das Gerede von der Multikulturalität für katastrophal. Beides gehört zusammen.

So hat sich zum Beispiel die katholische Kirche bei uns, wesentlich mehr als in Deutschland, erfreulicherweise den Nicht-Katholiken geöffnet. In Marseille etwa ist die Anzahl der Moslems in zahlreichen privaten katholischen Schulen beträchtlich. Das gilt nicht für hebräische und islamische Schulen. Als man zwei unglücklichen Mädchen den Eintritt in die Schule verwehrte, weil sie den islamischen Schleier trugen, wäre ich dafür gewesen, sie aufzunehmen. Sechs Monate später hätten sie keinen Schleier mehr getragen und wären vielleicht kleine französische Moslems geworden. Vermutlich würden sie zu der Hauptgruppe jener Kinder der zweiten Einwanderungsgeneration islamischen Glaubens gehören, die Nicht-Moslems heiraten, wenige Kinder haben und sich der übrigen Bevölkerung angleichen.

Natürlich wird es schwierig mit der Integration, wenn die Jugendlichen keine Arbeit finden. Unser Erziehungs- und Ausbildungssystem ist ja schon für die Einheimischen unzureichend. Daß sie nicht integriert werden, hat nicht nur damit zu tun, daß sie Moslems sind, sondern rührt schlicht daher, daß unser Schulsystem im Vergleich zu Deutschland keine Berufsausbildung für die jungen Leute erlaubt. Beide Probleme sind eng miteinander verknüpft.

Es gibt eine ganze Diskussion über die beiden "Islame" in Frankreich, so wie es ja auch zwei Katholizismen gegeben hat. Wenn die Katholiken darüber erbost sind, weil Rushdie von Khomeini zum Tode verurteilt wurde, so darf man nicht vergessen, daß die Kirche vor nicht allzu langer Zeit die Leute zwar nicht zum Tode verurteilte, sie aber hinrichten ließ. Und das über Jahrhunderte. Der Zugang zu geistiger und spiritueller Freiheit ist in der katholischen Kirche erst seit 1965 gewährleistet. Man vergleiche den Text des Konzils über die Freiheit.

Wie die Zukunft der jungen Moslems in Frankreich aussehen wird, hängt auch davon ab, ob wir die Korsen als Volk anerkennen. In dem Fall gäbe es eine islamische und eine arabische Bevölkerung in Frankreich; desgleichen eine jüdische Bevölkerung - und das wäre eine Tendenz, die Joseph Rovin und ich an einem Teil des französischen Judentums, das sich als auserwählt versteht und sich eine besondere Zugehörigkeit anmaßt, ablehnen. Das Wort "Identität" auf den Innenbereich unserer Gesellschaft angewendet, ist ein schlimmes Wort gegen die Integration der Einwanderer. Es bedeutet die Vervielfachung von Teilidentitäten.

Ein Wort zu konkreten Maßnahmen, die man, ohne Politiker zu sein, ergreifen kann. Um ein deutsches Beispiel anzuführen: Seien Sie am 22. Februar zur Verleihung des 28. Theodor-Heuss-Preises in Stuttgart. Sie werden dort Leute erleben, die konkret auf diesem Feld arbeiten. Schirmherr dieser Veranstaltung ist Johannes Rau. Wenn wir in diesem Bereich Katastrophenstimmung verbreiten, ist alles verloren, dann ist Europa aufgrund der Immigration am Ende.

Gegen Jean-Marie Le Pen kann man nicht oft genug darauf hinweisen: Wenn Frankreich in Algerien gewonnen hätte, durch militärische Gewaltmaßnahmen, gäbe es jetzt 30 Millionen moslemische Franzosen mehr. Denn man wollte ja, daß alle Algerier richtige Franzosen sein sollten. Auch Michel Debré war dafür. Es war das erklärte Ziel, daß alle Algerier richtige Franzosen würden. Damals waren es 10 Millionen. Heute sind es 30 Millionen, bei denen es sich nicht um Einwanderer gehandelt hätte, sondern um richtige Franzosen, die nicht hätten naturalisiert werden müssen.

In jedem Falle wäre ein Zurückweichen vor der anwachsenden extremen Rechten ausgesprochen negativ zu beurteilen, um mit den Problemen unserer Gesellschaft, wie Ausbildung, Erziehung, Medien, fertig zu werden. Über die Medien könnte man vieles sagen. Der Buchstabe "H" könnte sowohl für Hugenberg 1930 als auch für Hersant 1992 stehen. So schreibt etwa der "Figaro" in einem Leitartikel: Wenn man uns fragt, wie man im zweiten Wahlgang zwischen den Sozialisten und Le Pen entscheiden soll, dann ist dies eine lächerliche Frage. Wir sind selbstverständlich anti-sozialistisch. Genau das entspricht der Hugenberg-Presse von 1930. Wir müssen etwas dafür tun, daß unsere Medien verantwortlich handeln. Das ist auch Teil der konkreten Maßnahmen.

### **Korte**

Mein Eindruck ist, vorsichtig gesagt: Je globaler die Probleme werden je weiter weg wir uns von unseren eigenen Grenzen bewegen, um so eloquenter, ideenreicher wird die Debatte. Je näher wir an unsere eigenen Grenzen gelangen und zu der Frage kommen: Welche Antworten gibt Europa auf die Einwanderungswellen? wird alles etwas karger und verhaltener, auch in den Ideen. Ich habe den Eindruck, man schwankt zwischen: Es wird schon nicht so schlimm werden, und: Einwanderung ist eine Art Schicksal.

Wenn man Antworten auf Einwanderungen finden will, ist dies zunächst nur mit Hilfe einer Einwanderungspolitik möglich. So etwas kann ein Wissenschaftler, der nicht in der politischen Verantwortung steht, gewiß leichter fordern, aber es wird deshalb in der Sache nicht falsch. Einwanderungspolitik findet in jedem Fall statt, entweder als ruinöse Politik der Stammtische oder als Politik der vom Volk gewählten Entscheidungsträger, die entsprechende Vorkehrungen zu treffen haben. Dabei kann man sicher nicht gleich auf den großen Wurf hoffen, sondern wir müssen mit kleinen Maßnahmen beginnen, um dann zu sehen, welche weiterführenden Dinge nach innen und nach außen möglich sind. Wenn man immer schon das fertige Ergebnis vor Augen hätte und alles ganz klar wäre, würde Politik sehr viel einfacher sein.

Das bedeutet konkret, daß man zum Beispiel für die unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern Bedingungen formuliert und die dann auch kontrolliert. Also für Touristen, für Saisonarbeiter, für verschiedene Arten von Flüchtlingen und unter Umständen auch für Einwanderer, die man aus bestimmten Gründen ins Land holen will. Sicher, die Menschenrechte, Verfassungsfragen und ähnliches spielen hierbei eine Rolle. Aber ich kann keinen Fehler darin sehen, auch die eigenen Interessen deutlich zu artikulieren und nicht zu verdrängen. Mein Plädoyer für klare Regelungen ist das Ergebnis dessen, was die internationale Migrationsforschung zu diesem Thema erkannt hat. Herr Schnoor hat hier den Rat der Wissenschaften angefragt, und den kann ich allgemein erteilen.

### **Schnoor**

Ich möchte mit Morgenstern antworten: Ach, die Wissenschaft, man weiß es, achtet nicht des Laien Fleißes.

### **Korte**

Ich will nicht bestreiten, daß nach den allgemeinen Erfahrungen, die man mit Arbeitsmigrationen gesammelt hat, jetzt viel schwierigere Probleme auftreten. Die Untersuchung von Wanderungsbewegungen und Arbeitsmigranten aus der Türkei ist ungleich einfacher zu führen, als die Frage zu beantworten: Warum kommen plötzlich so viele Albaner? Was passiert in jenem Land eigentlich, und was können wir in dem Falle tun? Das heißt, wir brauchen nicht nur Institutionen und ein entsprechendes Management, um die Ordnungselemente von Einwanderungspolitik umzusetzen, sondern wir brauchen auch das, was Herr Stürmer eben gefordert hat, nämlich eine gemeinsame Analyse, um die es in der Bundesrepublik besonders schlecht bestellt ist. Das hängt unter anderem

damit zusammen, daß sich die deutsche Démographie von den Beschädigungen, die sie im Nationalsozialismus erlitten hat, bis heute nicht erholt hat.

Wir benötigen dringend eine Auflistung der nationalen Regelungen. Das, was Herr Bitterlich hier dargelegt hat, ist nur ein kleiner Ausschnitt. Das müßte komplettiert werden. Des weiteren bedarf es vergleichender Studien, in der Art von Observatorien, und es müßten Regionalkonferenzen stattfinden, damit wir uns auch über regionale Verflechtungen in bezug auf Wanderungsbewegungen klarwerden können.

Wenn gesagt wurde, Einwanderung sei etwas Ähnliches wie Osmose, sie gehe in jedem Fall vor sich, dann ist dieser Vergleich nicht ganz zutreffend. Die Biochemiker sind längst in der Lage, die Osmose in unserem Körper zu steuern. Und auf die Steuerung kommt es eben entscheidend an, auch wenn es mitunter etwas dauert. Es ist immer wieder erstaunlich, wieviel man erreichen kann. Ich verstehe Ihre Probleme, Herr Schnoor, aber bei dem Entwurf einer Politik die Kleinmütigkeit gleich miteinzubauen, das leuchtet mir nicht ein.

### **Brandt**

Wenn ein Kreis wie dieser unseren Regierungen Rat zu geben hätte, dann würde ich mich im Augenblick auf folgende Punkte konzentrieren - ohne zu übersehen, daß es auch vieles andere zu bedenken gilt. Erstens müßte die gemeinsame europäische Verantwortung viel deutlicher herausgestellt werden, als dies bisher geschehen ist.

Zweitens wäre wichtig, über die Parlamente und Experten hinaus einen möglichst großen Teil der Bevölkerung im jeweiligen Land anzusprechen und sich dabei auf nationaler wie auf europäischer Ebene so zu verhalten, als ob die Probleme, um die es geht, handhabbar wären. Es ist nicht der einzige politische Bereich, wo man nur dadurch weiterkommt, daß man als Arbeitshypothese unterstellt, es sei handhabbar. Das hat dann auch etwas mit der Zeitdimension zu tun, um den Migrationsdruck abfedern zu helfen, auch mit Hilfe einer Entwicklungspolitik - so fragwürdig dieser Begriff geworden sein mag;- , wobei ich sehr wohl weiß, daß die entsprechenden Maßnahmen und Planungen erst in 10 oder gar 25 Jahren greifen werden.

Drittens: Was die Kostendimension betrifft, so kann kein Zweifel mehr daran sein, daß die politischen Kosten - Auswirkungen auf die Budgets, unregelmäßige Aufnahme (wir reden ja meistens nur von denen) - schon jetzt sehr hoch sind und in wenigen Jahren zu hoch liegen könnten. Und wenn ich es richtig verstanden habe, was hierüber den Islam gesagt wurde - also in unserem Zusammenhang über Nordafrika;- , dann ist deutlich geworden, daß die kulturellen Kosten und Risiken ebenfalls noch nicht kalkulierbar sind. Gemessen an den möglichen politischen und kulturellen Kosten, sind die gegenwärtig aufgewandten finanziellen und administrativen Mittel in diesem Bereich entschieden zu niedrig, um die Zuwanderung mittelfristig abzusenken. Insofern stimme ich der Idee von Herrn Stürmer zu, daß wir einen institutionellen Unterbau benötigen man könnte auch eine hochrangige Kommission berufen; das läuft fast auf dasselbe hinaus. Wir sollten also nicht immer nur auf unsere finanziellen Mittel sehen, sondern die Problematik auf die politischen und kulturellen Kosten erweitern.

Hinsichtlich der Regelungsdimension müßte noch etwas klarer werden - auch wenn Maastricht hier ein erster Einstieg war;- , welche Zuständigkeiten auf die Gemeinschaft übertragen werden sollen, im besonderen auf die Kommission, damit es klappt. Dabei sollten wir nicht nur an die Europäische Gemeinschaft der Zwölf denken, wie sie heute ist, sondern wir müssen in der Perspektive der Erweiterung auch die jetzige EFTA größtenteils mit einbeziehen, und - aber da mag es unterschiedliche Auffassungen geben wir müssen in der EG ebenso in Richtung einer Erweiterung nach Mittel-Osteuropa, also zumindest Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, denken.

Ich meine europäische Zuständigkeiten bezogen auf stark aneinander angeglichene Regelungen für die Aufnahme von Verfolgten, also für die Asylgewährung und darüber hinaus gemeinsame Richtlinien für die Einwanderung, aber ohne die nationalen Erfordernisse der einzelnen beteiligten Staaten dabei völlig zu übersehen. Das muß unter einem europäischen Dach - wie das auch in anderen Bereichen der Fall ist - möglich sein.

Zur Regelungsdimension gehört zweifellos auch ein verbessertes Informationssystem, das heißt Information und Vorwarnung. Die müßten vor allem geleistet werden von denen, die die Entwicklung vor Ort beurteilen können. Die verehrten Professoren an diesem Tisch mögen Wasser in meinen Wein schenken, aber ich habe den Eindruck, bei allen Unzulänglichkeiten, die es auch im wissenschaftlichen Bereich gibt, könnten die Regierungen und die EG-Kommission von der Wissenschaft mehr abrufen, als sie es tun. Sie könnten ebenso die diplomatischen Vertretungen



einschließlich derer, die die EG in einer Reihe von Ländern selbst hat, stärker für die Auswertung von Informationen im Sinne der Vorwarnung in Anspruch nehmen.

Man sollte auch überlegen, ob nicht die Genfer Konvention, auf die aus guten Gründen immer wieder Bezug genommen wird, einiger Präzisierungen bedarf. Vielleicht müssen sich die Europäer um gemeinsame Richtlinien bemühen bei der Anwendung der Konvention, wo immer es möglich ist, nicht erst im Ankunftsland, sondern schon in den Herkunftsländern oder -regionen.

Viertens die regionale Dimension. Wo immer es um den globalen Ansatz geht, müssen wir mit den Amerikanern, mit Japan, mit den OECD-Staaten auf einen Nenner kommen. Das Thema muß auch dort stärker ins Bewußtsein gehoben werden. Dabei wird mir die UNO noch zu wenig genannt, trotz aller Enttäuschungen, die es in all den Jahren gegeben hat. Wir sind jetzt an einem Punkt, wo aus den Vereinten Nationen etwas Neues werden kann. Das hat sich nicht nur der neue Generalsekretär vorgenommen, sondern entwickelt sich aus den Interessen vieler Mitgliedsländer, nicht nur der fünf ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates, obgleich die eine besondere Rolle zu spielen haben werden. Die Vereinten Nationen werden jedenfalls in Zukunft eine andere Rolle spielen und müssen deshalb in den OECD-Ansatz von uns mit einbezogen werden.

Aber neben dem globalen Ansatz bleibt in jedem Fall die europapolitische Dimension. Herr Sudhoff wäre sicher mißverstanden worden, daß wir nur unsere französischen Nachbarn bitten sollten, uns nicht allein zu lassen, wenn es um Osteuropa geht, sondern er hat natürlich auch zum Ausdruck bringen wollen, daß wir ebenso in südlicher Richtung mehr, als es bisher geschieht, kooperieren sollten. Aber das betrifft nicht nur unsere beiden Länder, die stark aufeinander angewiesen sind, sondern es gilt in ähnlicher Weise für die jetzige und die sich erweiternde Europäische Gemeinschaft.

### Reiter

Die Annäherung zwischen der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ist mir ein kostbares Gut, das ich keineswegs aufs Spiel setzen will. Dennoch muß ich Herrn Maróth und Herrn Jiěinský in einem Punkt widersprechen. Was Herr Maróth gesagt hat, klang mir doch etwas zu abendländisch; ich dachte immer, die Rolle der Retter des Abendlandes sei nur eine polnische Spezialität.

Sie sagten, wir brauchten keine große Angst vor einer russischen Völkerwanderung zu haben. Die Russen seien geduldige Menschen, hätten im Vergleich zu den Europäern ein sehr viel größeres Durchhaltevermögen und so weiter. Von welchen Russen sprechen Sie da? Wir sollten uns bewußt sein: Je europäischer die Russen werden, desto geringer werden bei ihnen Durchhaltevermögen und Geduld. In der jungen Generation treffen wir bei den Russen bereits auf starke europäische Tendenzen. Diese Menschen sind nicht mehr bereit, all das hinzunehmen, was "die Russen" in der Geschichte immer in Kauf genommen haben. Ich sehe das durchaus ambivalent. Denn wir sind daran interessiert, daß Rußland sich europäisch orientiert und daß sich dort die proeuropäischen Tendenzen verstärken. Das heißt aber zugleich, daß dies nicht mehr die Russen sind, die brav da bleiben, wo sie "hingehören".

Welche Gründe bewegen diese Leute auszuwandern? Wenn ich einmal das Szenario eines Bürgerkrieges weglasse, sind es in erster Linie ökonomische Motive. Wir haben das in Polen erlebt als ein Ergebnis des völlig aus den Fugen geratenen Preis/Lohnverhältnisses. Von daher liegt es auch im Interesse des Westens, der die potentiellen Aufnahmeländer stellt, daß in Rußland realistische Preisverhältnisse geschaffen werden. Das wird nicht von heute auf morgen gehen. Aber die Wirkungen auf das Verhalten der Menschen können wir in Polen bereits feststellen.

Vor drei Jahren betrug der Durchschnittslohn in Polen umgerechnet etwa 50 D-Mark. Heute liegt er zwischen 300 und 400 D-Mark. Das ist immer noch sehr wenig; aber es mindert bereits die Motivation, auszuwandern oder in Deutschland eine schlechtbezahlte Schwarzarbeit zu suchen. Das ist ein entscheidender Punkt. Hierbei muß man den Russen und den anderen helfen. Der Westen hatte noch nie so große Einflußmöglichkeiten auf die Entwicklung im Osten wie heute. Zum einen wegen der objektiven Not, die dort herrscht. Zum anderen aber war in diesen Ländern die Bereitschaft, sich am Westen zu orientieren, nie so ausgeprägt wie heute. Die Sehnsucht dieser Völker nach Europa ist wirklich etwas Einmaliges.

Auch die von mir erwähnte Annäherung zwischen der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen geht ja nicht nur auf die Einsicht der Menschen in diesen drei Ländern zurück, sondern sie ist vor allem vom Westen ermutigt worden. Im Grunde wollten die Bevölkerungen dieser Länder nie zusammengehen. Erst als sie merkten, daß der Westen bereit war, sie dafür sozusagen zu belohnen, haben sie darauf verzichtet, ein allzu starkes Konkurrenzverhalten gegeneinander zu entwickeln. Ich halte diese Dreieckskooperation in der Tat für sehr wichtig. Das bestätigt indes nur, daß der Westen mit den ihm

zur Verfügung stehenden Instrumenten im Osten sehr viel erreichen kann. Was unbedingt verhindert werden muß, ist das Gefühl in den Ländern des Ostens, daß man nichts mehr zu verlieren hat.

Herr Brandt hat in seinem Referat die Friedensdividende angesprochen; dazu wurde Skepsis geäußert. Sicher, ich bin auch nicht gerade optimistisch. Haben wir aber vor 20 Jahren nicht ähnlich skeptisch reagiert, als es um den Umweltschutz ging, und man meinte, das sei zwar logisch, vernünftig und richtig, ließe sich aber nicht durchsetzen? Ist das, was im Westen seitdem im Umweltschutz geschehen ist, nicht doch ein ermutigendes Beispiel dafür, daß auch unkonventionelle Ideen durchsetzbar sind?

Schließlich noch eine Bemerkung zum burden sharing in Osteuropa. Ich stimme Herrn Sudhoff völlig zu, daß man Mittel- und Osteuropa nicht der Bundesrepublik überlassen sollte. Einmal aus historischen Gründen, weil es nicht im Interesse Deutschlands und der anderen Länder liegt, daß wir zu sehr aufeinander angewiesen sind. Länder, die eine so schwierige Geschichte miteinander haben, sollten nicht allein gelassen werden. Der andere Grund ist, daß dann von dritter Seite die Gefahr einer deutschen Einflußzone beschworen wird. Ausgerechnet wir Polen stehen jetzt im Verdacht, den Deutschen unkritisch hinterherzulaufen. Solche Reaktionen sind nur zu vermeiden, wenn hier eine konzertierte Aktion stattfindet. Vor allem Frankreich ist da in besonderer Weise angesprochen.

### **Fritsch**

Wir sind aufgerufen, Vorschläge zur praktischen Bewältigung der Probleme zu liefern. Als Wissenschaftler tue ich mich hier etwas leichter, und ich hoffe, daß mir die anwesenden Politiker nachsehen, wenn ich einige konkrete Vorschläge mache, deren politische Umsetzung möglicherweise Schwierigkeiten bereitet.

Die praktischen Maßnahmen, die hier ergriffen werden sollten, spielen sich auf drei Ebenen ab. Erstens die europäische Ebene. Herr Brandt hat die Bedeutung dieser Ebene zu Recht hervorgehoben. Hier geht es zunächst um die Aushandlung von Quotenregelungen, was übrigens so neu nicht ist. Ich erinnere an den Internationalen Währungsfonds, wo es auch um Quotenregelungen ging. Diese Quoten müßten der unterschiedlichen kulturellen und ethnischen Herkunft der Einwanderer Rechnung tragen. Ein Liechtensteiner, der als Ausländer in die Schweiz kommen möchte, ist im Hinblick auf die Integration ganz anders zu bewerten als zum Beispiel ein Tamile.

Basierend auf dieser kulturspezifischen Quotenaushandlung wäre ein Fonds mit einem bestimmten Betrag zu schaffen, der sich aus den erwarteten Integrationsanforderungen und finanziellen Belastungen errechnet. Jedes Land hat dann die Möglichkeit, Ziehungsrechte bei diesem Fonds zu erwerben, wenn seine Quotenbelastung, gemessen an der Wohnbevölkerung, über dem ausgehandelten Soll liegt. Jedes Land sollte aber auch Quotensenkungen kaufen können, indem es in einem solchen Fall Geld in den Fonds einzahlt. Ich denke an eine gewisse Analogie zu den Umweltzertifikaten.

Die zweite Ebene betrifft die einzelstaatlichen Maßnahmen. Auch hier muß man, wie Herr Brandt gesagt hat, den Staaten eine gewisse Selbstverantwortung überlassen. Die Eingliederung von Asylanten und Immigranten muß der jeweilige Staat aufgrund seiner spezifischen Bedingungen vornehmen, etwa bezüglich Eingliederungshilfen, Arbeitserlaubnis und Beachtung des sozialen Kontextes, in den die Menschen hineinkommen sollen. Ich denke auch an Ausbildungsbeihilfen für die Anlernung in technischen und handwerklichen Berufen und ähnliche Dinge.

Das weitere sind Pläne für die Rückführung von Rückkehrwilligen, die mit einem gewissen Kapital pro Kopf ausgestattet werden, wie das die Bundesrepublik mit gutem Erfolg bei den Türken schon getan hat, wobei die Freiwilligkeit gewahrt werden muß.

Drittens die Ebene der zwischenstaatlichen Abkommen, insbesondere zwischen Europa und den Herkunftsländern, also mit Sri Lanka, Pakistan, Ghana oder welchen Ländern auch immer. Hier ginge es etwa um die Koppelung der Ausgaben für Einwanderer aus diesen Ländern mit der Entwicklungshilfe. Wenn diese Länder die Auswanderung nicht unter Kontrolle halten, wird die Entwicklungshilfe entsprechend den Kosten, die die Betreuung der Immigranten bei uns verursacht, gekürzt.

Diese Kriterien sind im Grunde vorwiegend ökonomischen Charakters, aber erfahrungsgemäß funktioniert das am besten. Umsetzbar wären solche Vorstellungen allemal. Wir müssen allerdings von der zum Teil sehr naiven Auffassung Abschied nehmen, als gäbe es eine glatte Lösung für alle Probleme. Wir operieren immer suboptimal. Das verlangt sehr viel Kleinarbeit, wie wir das von Brüssel her kennen.

## Jankowitsch

Wie könnte eine europäische Strategie aussehen? Dafür nenne ich zunächst drei Begriffe, nämlich Munifizienz, Transparenz und Konsequenz.

Mit Munifizienz meine ich eine gewisse Großzügigkeit im Umgang mit der Einwanderung gegenüber den betroffenen Menschen.

Transparenz muß zum einen nach innen gegeben sein, das heißt, wir müssen auf der europäischen Ebene einen Konsens darüber erzielen, daß wir zu einem Einwanderungskontinent geworden sind. Das ist eine schwierige politische Entscheidung, über die auf den verschiedenen europäischen Ebenen intensiv gesprochen werden müßte.

Transparenz nach außen bedeutet, daß wir den Auswanderungsstaaten unsere Absichten deutlich vermitteln müssen. In Österreich haben wir dafür zum Beispiel einen sogenannten Wanderungsattaché für einige Auswanderungsländer Osteuropas etabliert, um die Menschen in diesen Ländern, die zu uns kommen wollen, darüber aufzuklären, was sie etwa erwartet, wenn sie in Österreich um Arbeit nachsuchen. Damit können dann auch Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung getroffen werden.

Ich halte auch die Diskussion über Quoten für sinnvoll. Wir haben in Österreich eine Bestimmung in unserem Ausländerbeschäftigungsgesetz, daß zehn Prozent des österreichischen Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitskräfte reserviert sind. Davon ist ein großer Teil bereits durch frühere Arbeitsimmigranten besetzt. Doch eine solche Festlegung erhöht die Transparenz. Ich halte auch den Vorschlag von Herrn Fritsch bezüglich kulturspezifischer Zuwanderungsquoten für einen fruchtbaren Gedanken.

Konsequenz schließlich bedeutet, daß die angekündigte Politik auch tatsächlich durchgeführt wird, was ja keineswegs immer der Fall ist.

In institutioneller Hinsicht würde ich die Ernennung eines EG-Kommissars für Zuwanderungsfragen begrüßen. Derart wichtige politische Fragen bedürfen einer gewissen Personalisierung, um auch die Verantwortlichkeit zu unterstreichen. Das wäre gerade bei diesem Thema notwendig, um die starke Rolle der Europäischen Gemeinschaft zu unterstreichen, wobei eine europäische Politik heute auf jeden Fall auch künftige Mitglieder mit einschließen muß. Ich kann dem nur zustimmen, was hier seitens der Vertreter Polens, Ungarns und der ESFR dazu gesagt wurde. Die Integration sollte rasch und so weit wie möglich vorangetrieben werden.

Aber auch den Vorschlag von Herrn Stürmer nach Schaffung einer globalen Institution halte ich für sehr wichtig. Zum einen müssen wir mit den betroffenen Ländern in einen Dialog eintreten. Wir können nicht über die Köpfe einer Reihe wichtiger Entwicklungsländer hinweg Politik einseitig bestimmen, die diese mit durchsetzen sollen. Ob das dann in bilateralen oder multilateralen Abkommen und auf welcher Ebene erfolgt, ist eine mehr technische Frage. Aber es muß ein Rahmen für diesen Dialog gefunden werden. Bei der globalen Dimension der Thematik wären auch die Vereinten Nationen anzusprechen, die sich auf dem Flüchtlingssektor einen beachtlichen Apparat geschaffen haben, aber speziell auf dem Gebiet, über das wir hier sprechen, recht wenig tun.

Natürlich müssen auch die Ziele einer solchen Politik klar definiert werden. Armutsbekämpfung, Verhinderung von Umweltzerstörung und die Betonung des Eigeninteresses sind bereits erwähnt worden. Des weiteren geht es um die Mobilisierung der Mittel und der öffentlichen Meinung. Schlußpunkt ist dann die Umsetzung einer solchen Politik.

## Bitterlich

Vier Punkte im Sinne von Schlußfolgerungen: Erstens zu den Grundlagen. Ich bin skeptisch, ob es etwas bringt, eine Kommission einzuberufen oder ein Institut zu gründen. Ich erinnere an die Debatten in der Vergangenheit; ich meine, die Grundlagen sind in Europa weitgehend vorhanden. Uns liegen zwei hervorragende Mitteilungen der EG-Kommission vor vom Oktober 1991 zum Asylrecht und zur Einwanderung, die weitgehend unbeachtet geblieben sind. Es gibt zweitens einen 45-seitigen Bericht der Innenminister der 12 EG-Mitgliedsstaaten zur Harmonisierung von Asyl- und Einwanderungsfragen, die ebenfalls alle wesentlichen Punkte enthalten.

Zweitens zum Ansatz. Wir sind uns hier weitgehend einig, daß wir eine europäische Lösung benötigen, uns dabei aber nicht nur auf die jetzigen Zwölf beschränken dürfen, sondern den erweiterten Kreis einbeziehen müssen. Hierfür könnte sich eine Institution eignen, die in anderen Bereichen - vor allem im Rechtsbereich - Grundlegendes in Europa geleistet hat, nämlich der Europarat. Auch die G 7 sollte mit diesem Problem befaßt werden. Ich würde ein wichtiges Zeichen

darin sehen, wenn der G-7-Gipfel in diesem Jahr in München gerade in diesem Bereich ein Zeichen setzen würde. Schließlich müssen wir auch die Vereinten Nationen mit einbeziehen, obwohl ich da eine gewisse Skepsis nicht verhehle.

Ein kurzes Wort zu Schengen. Schengen hatte das Ziel, in diesem Gesamtbereich gleichsam einen großen Stein ins Wasser zu werfen. Da ging es nicht nur um Asyl und Einwanderung, sondern auch um Aufenthaltsrecht, Sichtvermerksrecht, Waffenrecht und so weiter. Schengen war gedacht als ein Anstoß und nicht als eine Endlösung. Es war ein erster Versuch überhaupt in Europa, hier eine Politik ins Rollen zu bringen.

Drittens: Unsere Außenpolitik, aber auch unsere Entwicklungspolitik, verlangt ein neues Denken im Hinblick auf diesen Komplex. So brauchen wir eine echte europäische Nachbarschaftspolitik sowohl gegenüber Osteuropa wie gegenüber den Nachbarn im Süden, und zwar eine Politik, die auf neuen Ansätzen beruht.

Viertens: Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Wir haben eine klare Fragen- und Programmvorgabe durch den Bericht der zwölf Innenminister. In bezug auf die Flüchtlingspolitik halte ich es mit den Ausführungen von Herrn Smyser. Ich meine, wir brauchen sehr schnell eine selbständige europäische Flüchtlingsbehörde unter EG-Dach, die sich um die Grundlagen bemüht, also Datensammlung, Informationsaustausch und dergleichen. Ich finde es einfach ein Unding, wenn kürzlich zu lesen war, daß es zwischen der zentralen französischen Asylbehörde und der zentralen deutschen Asylbehörde bisher noch nicht einmal einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch über Verfahrensabläufe, Rechtsgrundlagen, Verfahrensbeschleunigungen und ähnliches gegeben hat. Dank der Vermittlung des deutschen Botschafters in Paris ist jetzt eine Einladung an die deutschen Behörden ergangen.

Was die Migration betrifft, halte ich es mit Herrn Brandt. Es ist unbedingt notwendig, möglichst rasch Kriterien und Richtlinien zu entwickeln. Hierzu gehört auch eine vorbehaltlose Quotendiskussion.

Zusammenfassend halte ich es für notwendig, daß wir auf europäischer Ebene mit gutem Beispiel vorangehen und einen Appell an die Innenminister richten, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu beschleunigen. Gleichzeitig bedarf es - das hat Herr Jankowitsch zu Recht unterstrichen - der Transparenz sowohl nach innen wie nach außen.

## **Zepter**

Was tut die Gemeinschaft? Zunächst zu den institutionellen Fragen: Die Gemeinschaft, insbesondere die Kommission, hört das, was dazu von Willy Brandt und anderen gesagt wurde, sicher gern. Aber wir haben auch konkrete Zweifel, inwieweit neue Politiken im Ausländer- und Asylrecht rasch in Gemeinschaftspolitik umgesetzt werden können. Maastricht ist insofern jedenfalls enttäuschend verlaufen, auch wenn dort ein Anfang gemacht wurde. Die Kommission hat im November 1991 dem Ministerrat einen Bericht mit Vorschlägen zugeleitet, auf den Herr Bitterlich eben hingewiesen hat und der im Prinzip eine positive Aufnahme gefunden hat. Aber es ist unbestritten, daß die Entwicklung der einzelnen Instrumente, die genannt worden sind, noch nicht weit fortgeschritten ist.

Es ist nicht zu übersehen, daß es eine Tendenz gibt, Probleme, die im nationalen Rahmen nicht gelöst werden können, auf eine höhere politische Ebene zu vertagen und auf diese Weise den Schwarzen Peter sozusagen an die Europäische Gemeinschaft weiterzureichen. Ich glaube aber nicht, daß die Gemeinschaft stets dann Patentrezepte anbieten kann, wenn Lösungen im nationalen Rahmen versagen. Auf der europäischen Ebene muß ein langer, komplizierter Abstimmungsprozeß in Kauf genommen werden, der auch in anderen Politikbereichen immer wieder zu Frustrationen führt.

Zweitens: Europa im Gemeinsamen Binnenmarkt. Ich will hier nicht auf die Einzelheiten des Schengener Abkommens und dessen Instrumente eingehen, die in diesem Zusammenhang erwähnt worden sind. Es ist klar, daß im Rahmen von Schengen eine Kontrollfunktion sichergestellt werden muß. Konkret heißt das, die Außengrenzen verstärkt zu kontrollieren; im Inneren des Gebietes sind Stichproben zu machen und andere, zum Beispiel polizeiliche, Maßnahmen zu treffen. Es ist auch zu untersuchen, inwieweit in diesem Zusammenhang die künftige Europolizei eine Rolle spielen kann. Das sind Instrumente der Innenpolitik, die sicher nützlich eingesetzt werden können. Aber auch hier ein Wort der Warnung: Wir sollten nicht den Eindruck vermitteln, als entstände eine Europafestung, in der alle Anstrengungen unternommen werden, um die Bürger der Gemeinschaft nach außen abzuschotten. Wir dürfen diesem unterschweligen Vorwurf nicht immer wieder neue Nahrung geben.

Drittens will ich auf das eingehen, was Herr Schnoor Fluchtvermeidungspolitik genannt hat. Hier kann die Gemeinschaft in der Tat auch heute schon eine Menge leisten, und sie tut das auch. Es handelt sich zum einen um eine politische Aufgabe, zu der auch Herr Stürmer eine Reihe wichtiger Punkte angeführt hat: Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität, Konfliktvermeidung,

Krisenmanagement. Die Antwort der Gemeinschaft ist die Forderung nach einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die im Rahmen der Fluchtvermeidung eine wichtige Rolle spielen kann. Diese Politik muß sich freilich noch bewähren und war in der Vergangenheit nicht so überzeugend, wie notwendig wäre. In diesem Zusammenhang wird stets das Beispiel Jugoslawien genannt. Nun, man sollte Jugoslawien nicht so negativ sehen, wie es insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit der Fall ist. Die europäische Jugoslawienpolitik war ein entscheidender Schritt der Gemeinschaft in Richtung auf echte außenpolitische Aktionen, so wie sie jetzt auch in Maastricht im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beschlossen wurden.

Im Rahmen einer wirksamen Fluchtvermeidungspolitik müssen aber auch wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden. Dies ist ein Schwerpunkt der Gemeinschaftspolitik. Gegenüber Osteuropa beispielsweise nutzen wir eine Kombination verschiedener Instrumente im Sinne einer echten Kooperationspolitik. Dazu gehören etwa die neuen Assoziationsabkommen, die wir jetzt mit Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen haben. Was die Forderung nach Beitritt dieser Länder in die Gemeinschaft anbetrifft, die von vielen in diesem Zusammenhang erhoben wird, so ist dafür sicher die Zeit noch nicht reif.

Weder wirtschaftlich, noch politisch sind die Staaten Osteuropas heute schon in der Lage, dem harten Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft standzuhalten und am Integrationsprozeß mitzuwirken. Die Entwicklung der ehemaligen DDR ist sicherlich ein warnendes Beispiel. Für Polen, die ÉSFR und Ungarn gibt es kein Westdeutschland, das Milliardenbeträge zur Durchführung einer wirksamen Kohäsionspolitik zur Verfügung stellt. Außerdem gibt es auch hier ein Problem mit dem Gebot der Freizügigkeit, das im Rahmen einer Gemeinschaftspolitik akzeptiert werden muß.

Deshalb werden wir uns im Rahmen der neuen Verträge zunächst darauf konzentrieren, den osteuropäischen Ländern durch asymmetrische Öffnung unserer Märkte bei der Entwicklung ihrer eigenen Industrien zu helfen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Mit anderen Worten: Wir müssen unsere Märkte stärker öffnen, als wir es unsererseits von diesen Staaten verlangen können. Das führt allerdings zu schwierigen politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Gemeinschaft. So wurde zum Beispiel im Ministerrat lange über die Gewährung eines Einfuhr-Kontingents von zusätzlich 500 Tonnen Rindfleisch gestritten. Wie können wir qua Gemeinschaft großzügig handeln, wenn bei relativ geringfügigen Konzessionen immer wieder so große Probleme auftauchen? Bei Textil, Stahl und Kohle sind die Dinge ähnlich kompliziert.

Wichtig ist allerdings auch die Förderung der regionalen Zusammenarbeit, die Herr Reiter erwähnt hat. Die Zerschlagung des COMECON und die Errichtung neuer Wirtschaftsbarrieren in den Ländern Osteuropas waren ein Fehler. Die osteuropäischen Staaten haben ein vergleichbares Wirtschaftsniveau und sollten ihren Wirtschaftsraum durch regionale Zusammenarbeit besser nutzen. Das gilt auch für die Länder der Dritten Welt.

Eine letzte Bemerkung zum GATT, das hier ebenfalls erwähnt wurde. Ich glaube nicht, daß sich das GATT als Instrument zur Entwicklungspolitik eignet. Das GATT beruht auf dem Prinzip der Meistbegünstigung und der Gegenseitigkeit. Die Asymmetrien, die wir akzeptieren müßten, um GATT zu einem entwicklungspolitischen Instrument zu machen, würde das GATT-System destabilisieren. Besser wäre es, die Probleme in Osteuropa und in den Entwicklungsländern über bilaterale Verträge, über Kooperationen und Assoziationen zu lösen. Das GATT kann allerdings in diesem Zusammenhang eine wichtige flankierende Funktion übernehmen.

### **Rovan**

Die 500 Tonnen Rindfleisch waren das entscheidende Argument für Le Pen, mit dem er in meiner Gegend, im Departement Cantal, mit seiner Propaganda bei den Bauern Erfolg hatte.

### **John**

Was tun? Ich denke, die wichtigste Grundregel ist zu erkennen, daß Einzelmaßnahmen von einzelnen europäischen Ländern nicht nur nutzlos sind, sondern den Problemdruck noch erhöhen. Ein Beispiel: Beim gestrigen Abendessen erfahre ich zufällig von Herrn Jankowitsch, daß Österreich per Gesetz beschlossen hat, Flüchtlinge ohne Identität, also ohne Pässe, ohne Ausweispapiere, nicht mehr aufzunehmen. Die Folge ist, daß diese Flüchtlinge - es handelt sich hauptsächlich um Rumänen -jetzt nach Deutschland kommen, wo wir diesen Vorbehalt nicht machen. Damit verschärft sich die Situation bei uns, vor allem in den Sammellagern, in denen Menschen zusammenleben müssen, die aus sehr verschiedenen Gründen nach Deutschland kommen. In diesen Lagern wird die Situation immer unerträglicher, so daß viele versuchen, irgendwo anders unterzukommen.

Deshalb müßte hier unbedingt eine europaweite Abstimmung erfolgen. Wir verhalten uns wirklich infantil, nach dem Motto: Was nicht vor meiner Haustür stattfindet, findet überhaupt nicht statt. Europa hat 24 Eingangstüren, und Deutschland hat im Augenblick das größte Portal.

Warum ist es uns nicht möglich festzustellen, in welchen Ländern Menschen noch tatsächlich verfolgt und an Leib und Leben bedroht werden? Das sind nur noch wenige Länder. Ich denke, der Iran ist ein solches Land. Deswegen müßten für Iraner die Türen offen sein, und zwar zunächst für jedermann. Die Anträge müssen dann im Einzelfall überprüft werden. Warum können wir uns bei den osteuropäischen Ländern nicht darauf verständigen zu sagen: Es geht gottlob nicht mehr um Leben oder Tod, sondern um wirtschaftliche Not und um berufliche Benachteiligungen. Warum sollen Menschen in diesen Ländern in den deutschen Botschaften einen Antrag auf Auswanderung stellen? Dort könnten auch Flüchtlingsbeauftragte von der KSZE oder von der UNO sitzen und unabhängige Länderberichte anfertigen, die mit den jeweiligen Ländern durchgesprochen werden.

Die von den Umständen erzwungene Wanderung dieser Menschen zu uns ist ein Problem und im Grunde für niemanden eine Lösung. Deshalb sollte nichts unversucht bleiben, daß sie ohne Zustimmung nicht erst hier herkommen. Die Vorstellung, wir könnten zunächst alle kommen lassen, überprüfen sie, erkennen fünf Prozent an und schicken die anderen einfach wieder zurück, ist völlig absurd und funktioniert auch nirgendwo. Das hat bisher schon in Deutschland nicht geklappt, warum soll das in Zukunft der Fall sein, wenn wir mit mehr Menschen konfrontiert sein werden?

Auf Bari wurde verwiesen und gesagt, wie unmöglich das sei. Wir werden aber allmonatlich ein Vielfaches von Bari erleben, wenn wirklich abgeschoben würde. Wer für einen Schlepper 5000 D-Mark ausgegeben hat, klammert sich an jeden Strohalm, um im Land zu bleiben. Wir müssen da ganz realistisch sein.

Deshalb brauchen wir eine flexiblere Flüchtlingspolitik in Abstimmung mit dem Hohen Flüchtlingskommissar. Dabei könnten wir uns auch über Kontingente verständigen. Beispiel Jugoslawien: Das sind doch keine Asylbewerber in eigentlichem Sinn, sondern Kriegsflüchtlinge. Warum gibt es dafür kein europäisches Notaufnahmeprogramm? Wir haben in Deutschland im Jahr 1991/75 000 dieser Menschen ins Asylverfahren aufgenommen. Warum nicht ein Notaufnahmeprogramm mit Mindeststandards: Unterkunft, Verpflegung, ärztliche Versorgung, Schulbesuch der Kinder, Arbeitserlaubnis? Wenn der Krieg vorüber ist, gehen die Flüchtlinge wieder zurück. Wer sich dennoch politisch verfolgt glaubt, könnte danach einen Asylantrag stellen. Wenn wir weiterhin nur eine Fluchtfolgenpolitik betreiben, wird es zu ernsthaften Krisen kommen.

Ein letzter Punkt: Wir dürfen nicht zurückweichen vor der politischen Rechten. Da stimme ich Herrn Grosser vollkommen zu. Denn diese Parolen schrecken ja nicht diejenigen ab, die noch nicht hier sind - die bekommen das gar nicht mit;-, sondern es werden diejenigen in Angst versetzt, die millionenfach bei uns leben; das sind zum Beispiel die Berliner Türken und die französischen Algerier und Marokkaner und wer weiß noch. Diese Menschen fühlen sich plötzlich isoliert und ausgestoßen, und das vergiftet das innenpolitische Klima bei uns.

Deshalb muß die Politik - das ist in Deutschland offenbar immer noch sehr schwierig redlich sein und deutlich sagen, daß wir künftig mit mehr Ausländern zusammenleben werden, allein aufgrund der Familienzusammenführung. Und die Politiker müssen auch zugeben, daß es im Zusammenleben Probleme gibt. Le Pen kommt auch deshalb so gut bei den Leuten an, weil er der einzige ist, der das offen sagt. Er bestätigt die Menschen in den Problemen, die sie haben, und so fühlen sie sich verstanden. Wir schlagen den Leuten immer nur den Vorwurf des Rassismus um die Ohren, aber auf die tatsächlichen Probleme, die sie haben, gehen wir zu wenig ein.

Erfolgreiche Integrationspolitik heißt: mehr soziale und wirtschaftliche Teilhabe für die zugewanderten Minderheiten, ohne aber die Nöte und Ängste der Mehrheit herunterzuspielen.

### **Kaiser**

Wie können wir eine europäische Politik machen, wenn bei den einen das Portal sehr weit offen und bei anderen fast geschlossen ist?

### **Schnoor**

Asylpolitik soll dem Schutz des einzelnen Menschen dienen, damit er dem Staat, der ihn verfolgt, nicht ausgeliefert wird. Migrationspolitik dagegen betrifft eine Politik, mit der die Wanderung einer großen Zahl von Menschen gesteuert werden soll. Das sind zwei grundsätzlich verschiedene Dinge, die aber miteinander verwoben sind, und zwar auch deshalb, weil Asylrechtsregelungen als

Einwanderungsregelungen angewandt werden. Im Grunde ist es nicht korrekt, hier von Mißbrauch zu sprechen.

Europäische Politik muß das Asylrecht auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention und der Menschenrechtskonvention harmonisieren. Dabei muß gewährleistet sein, daß politisch Verfolgte nicht ihrem Verfolgerstaat ausgeliefert werden. Es muß ein faires Verfahren angewandt werden, das auch beschleunigt durchgeführt wird - der betroffenen Menschen wegen und nicht nur, weil es für den jeweiligen Staat notwendig ist.

Wir sollten dabei auf keinen Fall in einen Wettlauf um möglichst große Schädigkeit eintreten mit dem Ziel, die Flüchtlingspolitik so anzulegen, daß möglichst wenige Menschen aufgenommen werden. Denn es geht um den einzelnen, der einen Anspruch auf Schutz hat vor seinem Staat - auch wenn wir selbst annehmen, da gibt es keine Verfolgung mehr.

Ziel einer europäischen Politik muß es sein, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Lassen Sie es mich in aller Deutlichkeit sagen: Wenn die Benachteiligten dieser Erde nicht das bekommen, auf das sie glauben, Anspruch zu haben - ob es sich dabei nun um Menschenrechte oder um materiellen Wohlstand handelt;- , werden sie zu uns kommen und sich das holen. Eine gemeinsame europäische Politik muß also gegen Gewalt, Waffenexporte, Ausbeutung der Dritten Welt gerichtet sein.

Herr Stürmer hat zu Recht gesagt, Europa kann diese Last allein nicht schultern. Dennoch muß Europa mit einer solchen Politik beginnen, weil ich gar keine andere Alternative sehe. Wir sollten dabei eingedenk sein, was der Hohe Flüchtlingskommissar wiederholt gesagt hat: Es gibt in der Flüchtlingspolitik eine Regionalisierung. Und da wir nun einmal unsere Probleme unmittelbar vor unserer Haustür haben, sollten wir damit anfangen.

Was die Einwanderungspolitik angeht, fühle ich mich durch einige Beiträge ein wenig herausgefordert. Um es auch hier deutlich zu sagen: Ohne die Leistung der vielen Menschen, die aus dem Ausland zu uns gekommen sind in all den Jahren, hätten wir unseren Wohlstand nicht so erreicht, weder bei uns noch in Frankreich, noch sonstwo. Einwanderung kann also durchaus etwas Positives sein. Wir sprechen hierüber Einwanderung, die uns Probleme bereitet. Und dafür ist eine Einwanderungspolitik gefordert, zu der wir uns öffentlich bekennen müssen. Ob wir uns dann Einwanderungsland nennen, ist mehr eine Frage der Psychologie, ob man die Menschen damit schockt oder nicht. Es gibt ja bereits eine Einwanderungspolitik, auch wenn sie nicht ausreichend ist.

Ich nenne einige Elemente einer solchen Einwanderungspolitik. Erstens: Es gibt eine zeitliche Begrenzung der Einwanderung, Stichwort: Saisonarbeiter. Zum Beispiel: Jugoslawen, Ungarn, Tschechen. Dies kann man zeitlich ausdehnen, Frau John, und das tun wir auch, etwa bei den Jugoslawen, um sie nicht ins Asylverfahren zu zwingen. Wir erstatten den Kommunen die Sozialhilfekosten, um diese nicht zu veranlassen zu sagen: Nun stellt bitte einen Asylantrag. Dies ist eine gezielte Politik.

Zweitens: Es gibt auch eine Einwanderungspolitik, die auf bestimmte Gruppen ausgerichtet ist, nicht kontingentiert. Das betrifft etwa sowjetische Juden oder auch Wolgadeutsche. Das ist eine von uns gewollte Einwanderung in die Bundesrepublik. Ich nenne des weiteren: Familienzusammenführung in ganz Europa. Wir sollten die Folgen der seinerzeitigen Anwerbung von ausländischen Arbeitern nicht unterschätzen. Bei den sowjetischen Juden und bei den Wolgadeutschen gibt es übrigens eine Steuerung, nicht im Sinne einer Quotierung, sondern durch das Verfahren. Sie müssen nämlich ihre Anträge im Ausland stellen, was zu einer gewissen zeitlichen Streckung führt. Auch das ist Einwanderungspolitik. Es geht also nicht einfach: *laissez faire, laissez aller*.

Drittens die Frage der Quotierung. Wir hatten darüber bei den sowjetischen Juden nachgedacht, ob wir die Quote sehr groß machen. Aber niemand wollte in die Verlegenheit kommen, hier jemanden ablehnen zu müssen.

Bei anderen Gruppen hätte ich keine moralischen Bedenken, beispielweise zu sagen: Wir wollen den ausgebildeten Facharbeiter haben, aber nicht den ungelernten. Ich wehre mich aber gegen Vergleiche mit den Vereinigten Staaten. Nobelpreisträger, Herr Smyser, hätten wir natürlich auch gern, und jemandem wie Lew Kopelew nicht nur ein Bleiberecht zu geben, sondern ihn einzubürgern, hat ganze drei Wochen gedauert. Wer würde sich nicht darum reißen, einen solchen Mann mit seiner Frau als Staatsbürger zu haben?

Aber wie steht es in den USA um die Situation mit Mexiko? Es gibt dort eine Einwanderungsquote für Mexikaner; aber es kommen sehr viel mehr. Und da liegt das Problem.

Ich bin sehr dafür, Herr Brandt, daß Politik sich nach außen als handlungsfähig erweist. Denn das Hauptproblem bei der Migrationsfrage ist weniger, daß die Bevölkerung das Gefühl hat, es kommen zu viele zu uns, sondern die Politik wird damit nicht fertig.

Solange Wohlstand und Elend Tür an Tür leben, die Grenzen nicht geschlossen sind und nicht geschlossen werden können und wir die Gebote des Rechtsstaats beachten, kann kein Innenminister die Menschen so rasch wieder hinausbringen, wie sie über die offene Grenze hereinkommen. Und die Genfer Flüchtlingskommission wird nach wie vor als ein Reserveeinwanderungsweg gewählt werden, wenn es Einwanderungsquoten gibt. Das heißt, diejenigen, die von uns abgewiesen werden, werden gleichwohl kommen, wenn sie in ihrer Heimat keine Lebenschance mehr sehen. Deshalb bin ich skeptisch.

Ich habe grundsätzlich nichts gegen Einwanderung. Ich brauche mir nur anzusehen, daß ein Viertel unserer Arbeiter im Ruhrgebiet, im Bergbau, Türken sind, und zwar sehr tüchtige Leute.

### **Korte**

Untertage, "vor Ort" sind es noch mehr.

### **Schnoor**

Zweifellos.

Eine letzte Bemerkung. Ich meine, was wir unbedingt brauchen, ist eine Vision, wie die Welt von morgen aussehen soll. Sie wird dann nicht so sein. Aber man muß eine Utopie haben, die wir anvisieren wollen. Darüber haben wir uns bisher keine Gedanken gemacht. Wir sagen lediglich: Das wird so kommen, und es ist ganz schrecklich und so weiter. Aber was wollen wir eigentlich, was streben wir an? Das gehört auch zu den Fragen der Migrationspolitik.

### **Reiter**

Sie sagen, Herr Schnoor, Sie hätten keine moralischen Probleme, bestimmte Berufsgruppen, die bei Ihnen unterbesetzt sind, ins Land zu lassen. Ich habe damit aber politische Probleme, weil ich ein Land vertrete, aus dem möglicherweise die von Ihnen gewünschten Ingenieure und Ärzte weggehen. Wir haben in den 80er Jahren schätzungsweise 6000 oder 8000 Ärzte exportiert. Wie europäisch oder wie national soll da die Einwanderungspolitik abgestimmt werden? Sind wir dann auf der Seite derjenigen, die mit abstimmen, oder wird nur über uns abgestimmt? Das ist für mich eine ganz wichtige Frage.

### **Schnoor**

Mit dem sogenannten "brain drain", also der gezielten Abwerbung qualifizierter Berufsgruppen, habe ich durchaus moralische Probleme, Herr Reiter.

### **Chesnais**

Ich sehe drei große Unterschiede zwischen den Wanderungen aus dem Osten und denen aus dem Süden. Erstens: Die Wanderungen aus dem Osten sind bisher zu 90 Prozent auf bestimmte Volksgruppen beschränkt: Juden, Deutsche, Armenier, Griechen, Zigeuner. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich daran auch nicht viel ändern wird, nach allem, was ich hier gehört habe.

Zweitens: Mit diesen Wanderungen aus Osteuropa werden wir anderen Europäer vielleicht noch 10 bis 20 Jahre zu tun haben, während uns die Wanderungen aus dem Süden aufgrund der immer stärker werdenden Differenzen noch ein halbes Jahrhundert oder länger zu schaffen machen werden.

Drittens: Die Wanderungsströme aus der ehemaligen Sowjetunion werden bis jetzt noch vom KGB kontrolliert, der offenbar noch nicht aufgelöst ist. Wenn er zerfällt, kann man sich auf das Schlimmste gefaßt machen. Dann ist alles möglich. Bislang gibt es den KGB jedenfalls noch. Das Auswanderungsgesetz der alten Sowjetunion hat sich noch nicht geändert. Ob das föderative Gesetz in jedem der Nachfolgestaaten revidiert wird, ist ungewiß.

Ich hatte dann von dem demographischen Übergang gesprochen. Dazu muß man wissen, daß darin auch die Wanderungskomponente mitenthalten ist. Gegenwärtig beträgt die Weltbevölkerung ungefähr fünf Milliarden Menschen, die sich grob gesagt in zwei Lager teilen. Das eine Lager mit circa einer Milliarde Menschen ist das Aufnahmegebiet, und in diesem liegt offenkundig die kleine Europäische Gemeinschaft, von deren zwölf Mitgliedern elf Einwanderungsländer sind. Die einzige



Ausnahme ist Irland. Auch die ostasiatischen Länder sind neben den nordamerikanischen Ländern mehr und mehr zu Einwanderungsländern geworden, weil sie sich mit uns in einer vergleichbaren demographischen Situation befinden. Das, was die Wanderungsströme auf die Dauer - und wir müssen langfristig denken - in Gang hält, ist die demographische Entwicklung. Da wir nicht ausreichend Nachwuchs erzeugen, kommt der Nachwuchs zu uns.

So ist Frankreich ein Jahrhundert vor den anderen europäischen Ländern zu einem Einwanderungsland geworden, weil seine Geburtenrate schon vor der napoleonischen Zeit zu sinken begonnen hatte. Was bedeutet dies? Wenn wir unsere demographische Entwicklung beeinflussen, können wir unsere Wanderungsabhängigkeit begrenzen. Dabei gilt es aber, enorme politische Tabus zu überwinden. Es geht nicht darum, eine Geburtenpolitik aus Gründen einer imperialistischen Außenpolitik zu betreiben, sondern das innere Gleichgewicht zu erhalten.

Ich habe schon daraufhingewiesen, daß unsere Sozialausgaben vor allem alten Leuten zugute kommen. Sie haben ein höheres Lebensniveau, als es sich die Haushalte junger Menschen leisten können. Das ist in Frankreich ganz offensichtlich der Fall. Wenn wir unsere Abhängigkeit von den Wanderungsbewegungen verringern wollen, müssen wir unsere Alterspyramide wieder ins Gleichgewicht bringen. Sonst wird es besonders im Hinblick auf die jüngere Generation eine ausgesprochene Wanderungsabhängigkeit geben. Es werden so viele Einwanderer kommen, wie nötig sind, um die Geburtenrate auszugleichen. In Norditalien zum Beispiel liegt die Geburtenrate unter 50 Prozent, in einigen Gebieten reicht sie gerade aus, um die Sterbefälle zu kompensieren. In einigen Stadtvierteln werden die Einwanderer bei weitem die Mehrheit bilden. Die Situation wäre nicht mehr unter Kontrolle zu bringen.

Wir müssen also das demographische Ungleichgewicht bei uns zu überwinden trachten, selbst wenn es dabei Tabus abzubauen gilt, und zwar aus rein internen Gründen. Das ist durchaus möglich, auch wenn das Gegenteil behauptet wird. Es gibt eine Richtung, die eine Familienpolitik ohne demographische Wirkung will. Das westliche Land, in dem die Geburtenrate am höchsten ist, ist nicht Italien oder Spanien, sondern Schweden. Das ist meist nicht bekannt. Schweden hat ein ausgeglichenes Verhältnis von Geburten- und Sterberate. Dabei muß man bedenken, daß dort 90 Prozent der Frauen arbeiten. Es ist also möglich, zumindest Entscheidungen zu treffen, die darauf hinauslaufen, das Sozialbudget gleichmäßiger unter den alten und jungen Generationen zu verteilen.

Meine dritte Frage betrifft die Auswirkung der Migration, die im wesentlichen ein Positivsummenspiel für die Abwanderungs- wie für die Aufnahmeländer ist. Portugal hatte eine sehr große Abwanderung. Es hat sich entwickelt. Genauso ist es Irland ergangen. Wenn man die Abwanderungsländer betrachtet, kann man also feststellen, daß die Wanderung auch ein Entwicklungsmotorist. Von daher können wir auf lange Sicht die dann sich entwickelnden Zonen ausweiten, die wiederum zu Einwanderungszonen werden. So ist Mitteleuropa im Begriff, eine Einwanderungsregion zu werden. So verhält es sich in Südeuropa und sogar in Nordafrika.

Wenn wir uns entscheiden, die Pufferzonen, die zur Zeit noch Übergangszonen sind, wie Nordafrika oder die Türkei, auszuweiten, werden diese Gebiete auch Einwanderungsregionen werden. Damit wären wir durch diese Pufferzonen einigermaßen geschützt. Das ist eine sehr langfristig angelegte Strategie, die man aber mitbedenken sollte.

## Langguth

Die zentrale Frage ist auch, was in den Entsenderstaaten für die Flüchtlinge getan werden muß. Ich bin dabei nicht sehr optimistisch; dennoch sollte überlegt werden, inwieweit beispielsweise die Entwicklungshilfe an der Situation der Menschenrechte in den jeweiligen Ländern orientiert werden kann. Es müßten auch verstärkt Vereinbarungen getroffen werden bezüglich der Schlepperorganisationen, durch die die Einwanderungszahlen zu einem erheblichen Teil mit beeinflußt werden.

Zur Frage der wirtschaftlichen Hilfe. Wir sollten uns darüber im klaren sein: Wenn wir das Produktions- und Lebensniveau des Westens zum Maßstab für diese Staaten machen wollten, würde das ungeheure ökologische Folgen weltweit haben. Dennoch müssen wir wirtschaftliche und auch technische Hilfe leisten, zum Beispiel Managementausbildung. Heute sind dafür ganz neue Möglichkeiten gegeben, da es den Ost-West-Konflikt nicht mehr gibt.

Zur Innenpolitik. Herr Schnoor, ich habe gern gehört, daß Sie schnellere Verfahren befürworten. Ich war von 1976 bis 1980 im Deutschen Bundestag und habe das auch von der damaligen Bundesregierung schon gehört. Im Grunde hat sich in den letzten zehn Jahren kaum etwas geändert. Die Instrumente versagen im wesentlichen. Ich will gar nicht unbedingt einer Grundgesetzänderung

das Wort reden, sondern frage mich nur: Wie können die Deutschen etwa an der Dubliner-Übereinkunft voll und nicht "hinkend" mitwirken, wenn sie nicht bereit sind, die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen? Alles andere hätte zur Konsequenz, daß die Migrationsströme nach Deutschland gelenkt werden.

In dem Referat von Herrn Delors wurde die Einrichtung einer Art Wanderungsobservatorium gefordert. Die Europäische Gemeinschaft braucht in der Tat stärkere Instrumente, ich bezweifle aber, Herr Bitterlich, ob man auch noch den Europarat einschalten sollte. Ich bezweifle auch, ob es für die kurzfristige Lösung der Probleme sinnvoll ist, wie ebenfalls gefordert wurde, neue wissenschaftliche Institute aufzubauen. Darüber hinaus dauert es viele Jahre, bis so etwas realisiert ist.

### **Stürmer**

Das kann man mit task forces machen.

### **Langguth**

Jedenfalls muß schnell etwas geschehen. Ich bin auch erschrocken, wie schlecht die Informationspolitik in den Mitgliedsstaaten selbst bisher funktioniert.

Kurze Stichworte noch zu einigen anderen Möglichkeiten, die notwendig sind. Zu nennen wären: Verstärkte berufliche und soziale Förderung und Weiterbildung von in der Gemeinschaft ansässigen Dritt-Ausländern, etwa durch Einbeziehung in die EG-Programme; Koordination der Zugangsregelung für Mitgliedsstaaten; Annäherung der Regelung von Familiennachzug; gemeinsame Regelungen für Zeitarbeitsverträge.

Mir hat besonders gut gefallen, was Herr Reiter über die "Sehnsucht nach Europa" gesagt hat. Dies ist auch eine Chance, die wir insbesondere gegenüber den zentral- und osteuropäischen Staaten nutzen können. Denn das Hauptwanderungsproblem besteht für mich im Mittelmeerraum und im islamischen Bereich.

### **Senghaas**

Die Folgen der Migration zeigen sich in unseren Gesellschaften meist in Form von regionalen Schwerpunkten. Ghettobildungen sind bisher in Europa noch die Ausnahmen. In der Regel haben wir es mit Gemengelagen zu tun. Und wir wissen aus den Wahlstatistiken, daß Le Pen und vergleichbare Erscheinungen bei uns in der Bundesrepublik sich meist regional beziehungsweise subregional erklären lassen. Die Bevölkerung eines Landes ist eben nicht insgesamt davon tangiert, sondern bestimmte Bereiche sind besonders stark betroffen. Sieben Prozent Ausländer in der alten Bundesrepublik sind an sich nicht viel. Aber die Konzentration auf Schwerpunktgebiete macht die Dinge dann so problematisch. Das betrifft etwa die Ungelernten, die keine Arbeit mehr finden, bei gleichzeitiger Verknappung billigen Wohnraums und einem Abbau von Sozialfürsorgemaßnahmen in bestimmten Stadtbezirken. Dann werden die durchschnittlichen sieben Prozent an bestimmten Orten plötzlich zu 30,40 oder 50 Prozent. Und da wird es politisch brisant.

Ich meine, wir werden nicht umhin kommen, eine entsprechende Wirtschafts-, Infrastruktur- und Sozialfürsorgepolitik zu entwickeln, die speziell auf solche Problemräume ausgerichtet ist. Denn auch, wenn keine weiteren Migranten und Asylbewerber kommen würden, wären die Probleme, die ich eben genannt habe, trotzdem vorhanden. Um dieser politischen Brisanz zu begegnen, ist eine spezifische Innenpolitik gefordert, die sich jener Problembereiche annimmt.

### **John**

Mit dem Geld, das wir schon zur Bekämpfung der Armut ausgeben wollen?

### **Senghaas**

Dazu habe ich ja in meinem ersten Beitrag einen konkreten Vorschlag gemacht.

### **Smyser**

Herr Brandt hat sehr richtig unterschieden: Für die Migration brauchen wir Regeln, während es hinsichtlich der Flüchtlinge um Fragen der Interpretation geht. Dafür kann, meine ich, ein Institut, wie es Herr Stürmer vorschlägt, sicher hilfreich sein. In der EG könnte man zum Beispiel Daten sammeln. Das ist auch wichtig. Ein solches Institut jedoch, wenn es richtig besetzt ist, sollte nicht nur Informationen zusammentragen, sondern könnte dazu dienen, den Politikern den Rücken zu stärken,

wenn es darum geht, die Maßnahmen durchzusetzen, die alle für richtig ansehen. Es geht dabei um sehr schwere Entscheidungen, nicht nur um Hilfsangebote: Wen schiebt man ab, wen heißt man willkommen? Für solche und ähnliche Fragen könnte ein Institut wichtige Entscheidungshilfen leisten.

### **Widgren**

Wo bleiben die Vereinten Nationen, wenn es darum geht, Aktionen angesichts der weltweiten Wanderungsbewegungen zu unternehmen? Das hat sicher nicht zuletzt mit dem enormen Konfliktpotential zu tun, das sich im Nord-Süd-Bereich angesammelt hat. Schon die Vorbereitungen für die Rio-Umwelt-Konferenz im Juni 1992 haben dies deutlich gemacht, wo es zwischen Nord und Süd erhebliche Spannungen gab. Jetzt hat man begonnen, die globale Menschenrechtskonferenz 1993 vorzubereiten. Dort zeigen sich die gleichen Süd-Nord-Spannungen, wie dies auch bei der UNO-Bevölkerungskonferenz 1994 der Fall sein wird.

Meine Frage ist, ob es überhaupt möglich ist, einen ernsthaften Süd-Nord-Dialog über Wanderungsfragen in Gang zu bringen. Ich sehe dafür jetzt insofern bessere Voraussetzungen, als man sich auch im Süden in den letzten Jahren mehr und mehr der negativen Konsequenzen der Massenmigrationen bewußt geworden ist. Dazu gehört beispielsweise die massenhafte Abwanderung vom Lande in die Städte mit der Folge riesiger Megalopoli mit entsprechender Überbevölkerung und katastrophalen Umweltschäden.

Sicher, der Export von Arbeitslosen ins Ausland bringt der Dritten Welt in Form von Transferzahlungen etwa 50 Milliarden Dollar ein. Aber auf der anderen Seite hat die weitgehende Schließung des europäischen Arbeitsmarktes vor etwa 15 Jahren und jetzt des Arbeitsmarktes am Persischen Golf den südlichen Ländern die Verwundbarkeit des Gastarbeitersystems deutlich vor Augen geführt.

Hinzu kommt, daß sich mit steigendem Ausbildungsniveau in den südlichen Ländern die Abwanderung der Intelligenz erhöht, was wiederum zu einem Mangel an Experten auf vielen Gebieten führt und die Situation in diesen Ländern noch verschärft.

Die großen Belastungen durch Flüchtlingsbewegungen werden heute von den ärmsten Staaten Afrikas und Asiens getragen, was zu verstärkten politischen Spannungen intern und extern führt und dringende regionale politische Lösungen verhindert.

Des weiteren zwingen ökologische Veränderungen Millionen von Menschen auf die Wanderung. Große Teile der Bevölkerung in den Küstenregionen von Bangladesch, Ägypten, den Malediven und Kiribati müssen umgesiedelt werden, oder sie werden in den nächsten 50 Jahren als Folge des Treibhauseffektes im wahrsten Sinne des Wortes weggespült werden.

Was sollen wir jetzt tun? Wir müssen mit dem Süden zu einer Übereinstimmung kommen, wie wir Bevölkerungszuwachs, Umweltbelastungen, weltweite Ungleichheit allmählich in den Griff bekommen. Andernfalls werden wir uns einer Situation gegenübersehen, daß die Staaten die Bevölkerungsbewegungen überhaupt nicht mehr kontrollieren können. Das Bewußtsein für einen solchen Dialog scheint jetzt zu wachsen.

An konkreten Maßnahmen würde ich vorschlagen: Erstens die Schaffung eines multilateralen Systems, um die Zusammenarbeit in Migrationsfragen zwischen den 12 EG-Mitgliedern, den EFTA-, OECD- und KSZE-Staaten stärker zu fördern und um den Nord-Süd-Dialog voranzubringen. Zweitens: Im Rahmen der UNO den Dialog über die Süd-Nord-Migration fördern, wenn die Regierungen jetzt die Umweltkonferenz in Rio 1992, die Menschenrechtskonferenz 1993 und die Bevölkerungskonferenz 1994 vorbereiten. Vielleicht haben wir dann in drei oder vier Jahren eine Basis für gemeinsame Süd-Nord-Aktionen. Ohne eine solche Basis wären die Perspektiven schrecklich.

### **Kosto**

Ich kann nur die Bedeutung eines internationalen Dialogs unterstreichen, Herr Widgren, auch was eine größere Rolle für die UNO angeht.

Natürlich gibt es keine Ideallösung, sondern nur weniger schlechte Lösungen, wie hier gesagt wurde. Aber die Zeit drängt. Denn Herr Stürmer hat zu Recht gemeint, daß wir allenfalls noch zwei Jahre haben, um über die Migrationsfragen vernünftig zu reden, weil danach die Emotionen hochkochen werden und ein vernunftmäßiges Handeln unmöglich machen. Darin sehe auch ich die große Gefahr.

Ich stimme zu, daß die Politiker sich um Klarheit und Konsequenz bemühen müssen. Mitunter gibt es jedoch Fälle, wo dies gerade nicht gefordert ist. Wir haben bei uns im Westland, unserem Agrargebiet, viele illegale Arbeitskräfte, ohne die - so sagt man uns die Exportfähigkeit überhaupt nicht zu gewährleisten ist. Da drücken wir dann beide Augen zu. Ich kann das aber nicht akzeptieren.

### **Bitterlich**

Das gleiche Phänomen haben wir in Nordrhein-Westfalen zur Obsternte, in Rheinlandpfalz zur Weinernte und in Bayern zur Hopfenernte mit den polnischen Wanderarbeitern. Damit helfen wir der polnischen Wirtschaft und uns auch.

### **Kosto**

Herr Schnoor hat gesagt, die sowjetischen Juden seien in Deutschland willkommen. Wir haben - ich bin nicht stolz darauf - sowjetische Juden aus Holland nach Israel abgeschoben. In Holland hat das eine große Debatte ausgelöst. Aber ich meine, wir haben im Interesse aller richtig gehandelt. Denn das ist auch ein deutliches Signal für jene große Gruppen draußen, die jetzt wissen, daß sie nicht nach Holland kommen können. Aber wir sind natürlich immer in Versuchung, uns opportunistisch zu verhalten, um Aufsehen zu vermeiden und anderen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen. Dabei wäre es so wichtig, daß die Politiker klar, deutlich und konsequent sind.

### **Kaiser**

Die Diskussion hat mit plastischer Deutlichkeit herausgearbeitet, daß die Frage der Migration zu einer die Innen- und Außenpolitik der Ära nach dem Ende des Kalten Krieges zutiefst prägenden Probleme geworden ist. Machtvolle und vorerst wohl kaum veränderbare Entwicklungstendenzen in den ehemals "Zweite" und "Dritte" Welt genannten Regionen, die sich in vielerlei Hinsicht immer mehr ähneln, verstärken tendentiell Ausmaß und potentielle Wirkung der Migrationsfrage in der Weltpolitik. Zu ihnen zählen die sich verschärfende wirtschaftliche und soziale Krise und die von ihr ausgelöste Armut, politische Krisen und insbesondere gewalttätige Konflikte sowie der allgemeine Verfall von Autorität, der seinerseits zu Zusammenbrüchen bestehender Ordnungen führen kann.

Bei der Reaktion unserer Demokratien auf diese Entwicklungen ist die Mahnung Willy Brandts im Auge zu behalten, eine Dramatisierung zu vermeiden und von der Annahme auszugehen, daß demokratische Politik auch dieses Problem, wie schwierig es im einzelnen erscheinen mag, grundsätzlich behandeln und einer Lösung zuführen kann. Geschieht dies nicht, dann ersetzt Resignation tätige Politik. Mehr noch: Das Feld des Handelns wird dann jenen Politikern überlassen, welche bestehende Ängste mißbrauchen, um ihre Ziele zu verwirklichen, und dabei rassistischen und antidemokratischen Vorstellungen neue Betätigungsfelder öffnen.

Die wachsende Bedeutung der Migrationsfrage erfordert aber auch eine neue Quantität und Qualität des Umgangs mit diesen Problemen. Wissenschaft, Publizistik und Politik bedürfen besserer Information für eine sachliche Diskussion über diese Fragen. Dies erfordert intensivere empirische Analyse und laufende Beschäftigung mit den anstehenden Problemen sowohl unserer Gesellschaften als auch der Ursprungsländer.

Die Diskussion in diesem Kreis hat jedoch auch nachgewiesen, daß es insbesondere zwischen den beiden hier am stärksten vertretenen Ländern, Frankreich und Deutschland, zwar in dieser Frage viele Gemeinsamkeiten gibt, die von der Politik ähnliche Antworten erfordern. Dennoch stelle ich mir die Frage, ob die Unterschiede in der Binnenstruktur und in den Auswirkungen der Migrationsfrage in Frankreich und Deutschland nicht noch wichtiger als die Gemeinsamkeiten sind. Die unterschiedlichen historischgeographischen Ausgangspunkte des Problems in beiden Ländern schaffen andersartige Folgen, die auch länderspezifische Antworten durch die Politik erfordern.

Nimmt man die deutsch-französischen Beziehungen so ernst, wie sie es verdienen, dann müssen auf den verschiedenen Ebenen des Dialogs, insbesondere bei Regierung, Parlament und Wissenschaft, diese Fragen auf die Tagesordnung der regelmäßigen Kontakte und Gespräche gesetzt werden. Geschieht dies nicht, könnte es an dem notwendigen Verständnis für die Verschiedenartigkeit der Probleme in beiden Ländern mangeln, die dann womöglich zu politisch schädlichen Reaktionen führen. Erforderlich ist vielmehr, daß Öffentlichkeit und Regierungen beider Länder in der Lage sind, einander zu helfen. Von deutscher Seite wünscht man sich, daß Frankreich den Deutschen dabei hilft, mit der Aufgabe fertig zu werden, ein großes Einwanderungsland zu sein und eine entsprechende Politik zu betreiben, nachdem es bis heute diese Aufgabe weitgehend verdrängt hat.

Die Migrationsfrage wird ein zentrales Problem nicht nur für die Tagespolitik, sondern auch für den Charakter der demokratischen Strukturen und der politischen Verhaltensnormen der beteiligten Gesellschaften werden. Es geht bei der Behandlung von Asylsuchenden wie von Arbeitsuchenden aus anderen Ländern um so komplizierte Fragen wie die Aufrechterhaltung der Liberalität demokratischer Gesellschaften wie auch der Anpassung ihres inneren Charakters angesichts wachsender Anteile von Gruppen mit abweichenden Kulturen.

Eine besondere Herausforderung liegt in der Konsequenz einer auf die Ursprungsländer der Migration zielenden Politik: Ohne einen echten Transfer von Ressourcen in jene Länder, die ohne eine Umverteilung in unseren eigenen Gesellschaften unmöglich ist, wird es eine nachhaltige Verbesserung der Bedingungen nicht geben, die den Migrationsdruck vermindern. Unsere Demokratien stehen hier vor der Aufgabe, eine Neuinterpretation des Interessenbegriffs zu bewirken und den Gedanken zur allgemein akzeptierten Norm zu machen, daß die Wahrnehmung unserer Sicherheit im weitesten Sinne wie auch die Erfüllung der Normen einer humanen und liberalen Gesellschaft erfordern, daß wir im eigenen Lande ein größeres Opfer bringen.

Schließlich hat diese Diskussion erneut gezeigt, daß die Migrationsfrage wie alle wichtigen Fragen unserer Gesellschaften automatisch zu einem gemeinsamen Problem wird, da wir unter Bedingungen zunehmender Interdependenz in Europa leben. Dies gilt im besonderem Ausmaß für die Europäische Gemeinschaft. Wie sehr die Gemeinschaft sich dieses Problems bewußt ist, haben die Darlegungen von Präsident Jacques Delors gezeigt. Gelöst hat sie die Frage jedoch noch keineswegs. Mit der Durchsetzung des Gedankens einer von allen internen Kontrollen freien Gemeinschaft wird die politische Reaktion auf das Migrationsproblem zu einer Frage, bei der es um die Durchsetzung eines für die Gemeinschaft zentralen Prinzips geht. Dabei taucht auch das in anderen Gebieten der europäischen Politik zu beobachtende Dilemma auf, daß die Vielfalt der Kulturen, der Traditionen und der politischen Ansätze in Einklang gebracht werden muß mit einem Minimum an gemeinsamen Normen und Strukturen, damit die Integration der Europäischen Gemeinschaft ihren Fortgang nimmt.

### **Körper**

Das Thema der Völkerwanderungen und der Massenfluchten und, damit verbunden, die Bitternis von Teilen oder Abweisen wird uns auf lange Zeit bleiben. "Push" und "pull" wirken zusammen: die Unwohnlichkeit vieler Teile der Erde, die zunimmt, und die Annehmlichkeit der westlichen Wohlfahrtsdemokratien, die sich gefährdet fühlen. Die europäischen Nationen, jede einzelne wie alle zusammen, können einer moralischen und politischen Zerreißprobe ausgesetzt werden. Was heute schon in Frankreich spürbar ist und die politische Kultur belastet, kulturelle Dissonanzen und politischer Protest, kann morgen in Deutschland sich geltend machen, und ebenso in Italien und anderen Nachbarländern.

Wir haben uns daran zu erinnern, daß der Osten im Umbruch ist, große Teile des Südens aber im Aufbruch. Das Ende des Sowjetimperiums setzt Sprengkräfte frei, die sieben Jahrzehnte lang unter einem eisernen Deckel lagen: nationale, ethnische, religiöse, soziale. Wenn es nicht gelingt, eine politische Kultur des Ausgleichs und des vernünftigen Miteinanders zu bauen und auf freiheitliche Demokratie und soziale Marktwirtschaft zu gründen, dann werden sich die Kräfte gegeneinander kehren. Wir haben nur wenige Jahre Zeit, vielleicht zwei oder drei Jahre, und zwar West und Ost zusammen, um die große Veränderung zu bewirken. Danach können ethnische Konflikte, Massenarmut oder Umweltkatastrophen die Menschen vor sich her treiben, um irgendwo jenes Minimum an Sicherheit und Lebenserfüllung zu finden, das sie dort nicht mehr haben, wo sie zu Hause sind.

Von anderer Art sind die Bewegungen in den ehemals "Dritte Welt" genannten Armutszonen des Südens. Aus Mangel, Hunger, Umweltnot und politischer Unterdrückung entstehen zuerst Fluchtbewegungen und dann Völkerwanderungen. Die wichtigste Ursache aber ist wohl das Bevölkerungswachstum (100 Millionen Menschen im Jahr, mehr als in Skandinavien und Ostmitteleuropa insgesamt leben). Das ist zuerst ein Problem der südlichen Länder, aber es wird dort nicht verharren. Es übersetzt sich in Umweltkatastrophen und in menschliche Not und am Ende in Fluchtbewegungen. Was heute die westlichen Staaten in Unruhe versetzt, der steigende Strom von Flüchtlingen und Asylanten, ist nur der erste Vorbote dessen, was uns in wenigen Jahren bevorsteht, wenn nicht eine Wende eintritt.

Damit aber stellt sich die Frage, was die industriellen Demokratien tun können und leisten müssen, um einerseits am Ort der Not den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, andererseits aber das Gefüge der europäischen Gesellschaften vor moralischer und materieller Überlastung zu schützen. Mit Appellen zur Toleranz wird es nicht getan sein, auch nicht mit dem Lobpreis des multikulturellen Neben- und Miteinander. Es ist deutlich geworden, daß das Projekt Europa in eine Krise geraten kann, wenn die Einwanderungs- und Asylpolitik der europäischen Staaten nicht auf gleiche rechtliche und politische Grundlagen gestellt wird und gleiche Akzeptanz bei den Menschen findet. Es ist aber auch einsichtig, daß die Fähigkeit des Westens zur Umverteilung schon zu Hause begrenzt ist und noch mehr gegenüber der notleidenden Dritten Welt.

Die große Völkerwanderung tritt auch in einen Konflikt mit dem Projekt Europa. Die Wirtschafts- und Währungsunion, die seit der Maastrichter Konferenz Anfang Dezember vergangenen Jahres aus einem Plan zum Programm wurde, braucht "Schengenland", das heißt das Schengener Abkommen, ohne Personenkontrollen an den inneren Grenzen. Das erfordert aber unausweichlich gemeinsame Maßstäbe an den äußeren Grenzen.

Was Frankreich betrifft, so sind hier die Warnzeichen für die politische Kultur bereits deutlich zu sehen. Auf der äußersten Rechten formt sich Protest, der den Franzosen indes eher verziehen wird als den Deutschen.

Zusammenzufassen, was wir hier an wissenschaftlicher Weisheit und politischer Erfahrung zusammengebracht haben, kann nicht Sache dieses Schlußworts sein. Einige Stichworte müssen genügen:

1. Die große Völkerwanderung in Ost-West-Richtung, die 1990 im Osten angekündigt und im Westen befürchtet wurde, hat bisher nicht stattgefunden. Aber politische, soziale oder ökologische Katastrophen können Massenbewegungen innerhalb der "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" auslösen, die wahrscheinlich auch nach außen dramatische Rückwirkungen haben.

2. Unabhängig vom Ende des Ost-West-Konflikts haben sich in den ärmsten Teilen der Dritten Welt, aber auch im islamischen Halbmond, Bevölkerungsexplosionen ereignet und ereignen sich weiter, die das gesamte politische, gesellschaftliche und moralische Gefüge in Frage stellen: Algerien ist vielleicht ein Sonderfall, möglicherweise aber auch ein Fenster in die Zukunft.

3. Die westlichen Industrienationen müssen sich vor einer undifferenzierten Abwehr hüten. Sie sind nicht nur bedroht von Einwanderungswellen, sondern ebenso davon, oder vielleicht noch mehr, daß sie langsam grauer, älter und weniger werden. Zur Sicherung der sozialen Kohäsion brauchen die westlichen Nationen, vor allem die Deutschen, Einwanderer, deren Überzahl allerdings zugleich die politische Kohäsion schnell bedrohen kann. Eine europäische Einwanderungspolitik muß die nationalen Normen überwölben. Angesichts der europäischen Integration und des weltweiten Verkehrszusammenhangs sind nationale Nonnensysteme unzureichend geworden.

4. Der große Aufbruch der Menschen wird nicht so bald aufhören. Alle Ursachen wirken weiter; die ärmsten Staaten sind auch diejenigen, die sich am wenigsten helfen können, und sie befinden sich in einer teuflischen Spirale. Es ist physisch nicht möglich, daß Europa, zumal in einer Phase weltwirtschaftlicher Rezession, tiefer Statusangst großer Bevölkerungsteile und harter Konkurrenz zwischen den modernsten Industrienationen, die Reisschüsseln der Welt füllen oder allen, die kommen, eine Heimstatt bieten kann. Schmerzliche Entscheidungen stehen deshalb bevor, und einige wurden im Verlauf unseres Gesprächs angedeutet.

5. Insgesamt ist der Zustand der Weltbevölkerung zwar kritisch, aber durchaus noch am europäischen Ende beherrschbar. Man muß sich vor Katastrophengerede hüten, weil das hilflos macht. Man muß sich aber auch davor hüten, so zu tun, als sei dieses Weltproblem mit wenig Geld und vielen guten Worten lösbar. Wir sind am Ende der beruhigenden Reden angelangt. Tatkraft und Entschlossenheit müssen folgen.

Aber wirksame Hilfe im Osten und im Süden setzt voraus, was bei vielen Gutmeinenden übersehen wird: daß nämlich die westlichen Industriestaaten entscheidungsstark und zugleich politisch stabil und wirtschaftlich gesund sein müssen.

Die Staatenwelt nach dem Kalten Krieg ist schwer zu begreifen, zu steuern, in neue Stabilität zu überführen. Dieser Bergedorfer Gesprächskreis hat recht daran getan, die kommenden Völkerwanderungen ebenso zu betrachten wie diejenigen, die schon im Gange sind. Aber wir beginnen erst, die Herausforderungen zu erkennen, die darin für das Management der Welt wie für das Gefüge der industriellen Gesellschaften liegen.